



Plenarprotokoll

31. Sitzung

Donnerstag, 20. Juni 2013

Finanzierungsmöglichkeiten der westlichen Elbquerung der A 20.....	2492	Flemming Meyer [SSW].....	2501
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/832		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	2504
Finanzierung der westlichen Elb- querung optimieren.....	2492	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/832 und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/949 an den Wirtschaftsausschuss.....	2505
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/949		Gründung einer eigenen „Elite- schule des Sports“ in Schleswig- Holstein.....	2506
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2492, 2502	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/673	
Kai Vogel [SPD].....	2494	Andreas Breitner, Innenminister....	2506
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2495	Barbara Ostmeier [CDU].....	2507
Christopher Vogt [FDP].....	2497		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2500		

Jürgen Weber [SPD].....	2508	Bedeutung des Kreuzfahrt- und Fährtourismus für Schleswig- Holstein	2516
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2510	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Anita Klahn [FDP].....	2511	Drucksache 18/950	
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	2513	Oliver Kumbartzky [FDP].....	2516
Lars Harms [SSW].....	2514	Hartmut Hamerich [CDU].....	2517
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/673 und der Tagesord- nungspunkt insgesamt durch die Berichterstattung der Landesregie- rung erledigt.....	2515	Regina Poersch [SPD].....	2519
Gemeinsame Beratung		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2520
a) Sommerferientermine entzerren - Tourismusstandort Schleswig- Holstein stärken	2515	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2521
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/808		Flemming Meyer [SSW].....	2522
Sommerferientermine entzerren - Tourismusland Schleswig-Hol- stein stärken	2515	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	2523
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Hartmut Hamerich [CDU], zur Geschäftsordnung.....	2525
Drucksache 18/951 (neu)		Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 18/808 sowie der für selbstständig erklärten Ände- rungsanträge Drucksachen 18/951 (neu) und 18/950	
b) Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Hol- stein	2515	2. Überweisung der An- träge Drucksachen 18/909 und 18/910 sowie des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/952 an den Wirt- schaftsausschuss.....	2526
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/909		Sicherheit für alle Bürger - Kein Rückzug der Polizei aus der Flä- che!	2526
Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barriere- freies Urlaubsland	2516	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/831	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Astrid Damerow [CDU].....	2526
Drucksache 18/952		Simone Lange [SPD].....	2527
c) Kreuzfahrttourismus und Fähr- tourismus in Schleswig-Holstein voranbringen	2516	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2528
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/910		Wolfgang Kubicki [FDP].....	2529
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	2530
		Lars Harms [SSW].....	2532
		Andreas Breitner, Innenminister....	2533
		Beschluss: Ablehnung.....	2534
		Torge Schmidt [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	2534

Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring.....

2534

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/889Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume..

2534

Jens-Christian Magnussen [CDU].

2537

Olaf Schulze [SPD].....

2539

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN].....

2540

Dr. Heiner Garg [FDP].....

2542

Sven Krumbeck [PIRATEN].....

2544

Flemming Meyer [SSW].....

2545

Hartmut Hamerich [CDU].....

2546

Heiner Rickers [CDU].....

2547

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN], zur Ge-
schäftsordnung.....

2548

Beschluss: Überweisung an den Um-
welt- und Agrarausschuss und den
Wirtschaftsausschuss zur ab-
schließenden Beratung.....

2548

Gemeinsame Beratung**a) Bienen nachhaltig schützen!**.....

2548

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/847**b) Verbesserung der Lebensbedin-
gungen von Bienen und anderen
pollen- und nektarsammelnden
Insekten**.....

2548

Antrag der Fraktion der PIRA-
TEN
Drucksache 18/922

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....

2548

Sven Krumbeck [PIRATEN].....

2549

Heiner Rickers [CDU].....

2550

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN].....

2551

Christopher Vogt [FDP].....

2552

Flemming Meyer [SSW].....

2553

Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume..

2554

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN], zur Ge-
schäftsordnung.....

2555

Beschluss: 1. Annahme des Antrags
Drucksache 18/8472. Überweisung des An-
trags Drucksache 18/922 an den
Umwelt- und Agrarausschuss.....

2556

**Zulassung von Frequenzen für den
lokalen Hörfunk in Schleswig-Hol-
stein**.....

2556

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/850

Torsten Albig, Ministerpräsident... 2556

Dr. Axel Bernstein [CDU]..... 2557

Peter Eichstädt [SPD]..... 2558

Rasmus Andresen [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]..... 2560

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 2561

Sven Krumbeck [PIRATEN]..... 2563

Lars Harms [SSW]..... 2564

Beschluss: Berichts Antrag Drucksache
18/850 und der Tagesord-
nungspunkt insgesamt durch die
Berichterstattung der Landesregie-
rung erledigt.....

2565

Gemeinsame Beratung**a) Ausgleichsflächenkataster**..... 2565Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/904**b) Zustimmung zur Bundeskom-
pensationsverordnung
(BKompV)**.....

2565

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/908Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume.. 2565Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]..... 2567

Heiner Rickers [CDU]..... 2568

Sandra Redmann [SPD]..... 2570

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN], zur Ge-
schäftsordnung..... 2571

Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck-
sache 18/908 und der Tagesord-
nungspunkt insgesamt durch die
Berichterstattung der Landesregie-
rung erledigt.
2. Annahme des Antrags
Drucksache 18/904..... 2572

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Andreas Breitner, Innenminister

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und
Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich an diesem schö-
nen sonnigen Tag im Kieler Landtag und eröffne
die Sitzung. Zunächst teile ich Ihnen mit, dass der
Kollege Volker Dornquast nach wie vor erkrankt
ist. - Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus alles
Gute und gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt ist die Kollegin Angelika Beer von den
PIRATEN. Von der Landesregierung sind wegen
dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene Frau
Bildungsministerin Wara Wende und Frau Finanz-
ministerin Monika Heinold beurlaubt.

Bevor wir in die Beratungen einsteigen, möchte ich
Sie bitten, mit mir zusammen Schülerinnen und
Schüler der Gemeinschaftsschule Rugenbergen aus
Bönningstedt auf der Tribüne zu begrüßen. - Herz-
lich willkommen im Schleswig-Holsteinischen
Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Finanzierungsmöglichkeiten der westlichen Elb- querung der A 20

Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/832](#)

Finanzierung der westlichen Elbquerung opti- mieren

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des
SSW
[Drucksache 18/949](#)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht,
ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abge-
ordneten Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion das
Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe
Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben viele Re-
den des Ministerpräsidenten und des Wirtschafts-
ministers, insbesondere vor Unternehmensverbän-
den wie vor wenigen Tagen in Fockbek bei Rends-
burg, bei denen die besondere **Bedeutung** der **A 20**

(Hans-Jörn Arp)

und des Ausbaus der Infrastruktur in Schleswig-Holstein stets hervorgehoben wird. Es wird darin darauf hingewiesen, dass dies die Chance für Schleswig-Holstein sei.

Dafür haben Sie eigentlich Applaus verdient, wäre da nicht der Antrag der regierungstragenden Koalition, der unabhängig vom Koalitionsvertrag eine andere Aussage trifft. Es wird deutlich gesagt: nach Abwägung aller ökonomischen und ökologischen Zahlen. Das Projekt wird eigentlich immer wieder infrage gestellt. Herr Ministerpräsident, was zählt denn nun? - Wahrscheinlich wird uns Herr Meyer Klarheit in der Frage bringen, ob es nun losgeht oder nicht. Herr Meyer, es macht Spaß, mit Ihnen die eine oder andere Veranstaltung zu besuchen. Ich glaube dann immer, Sie sind einer von uns aus dem bürgerlichen Lager, wenn Sie vor Unternehmensverbänden reden.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, mit Ihnen macht das wirklich keinen Spaß, aber Sie sind auch nicht dran.

Wir alle wissen, es gibt die **Bodewig-Kommission**, die Sie mit ins Leben gerufen haben. Diese hat gesagt, dass uns für die Infrastruktur in Deutschland eigentlich jährlich 5 Milliarden € fehlen. 10 Milliarden € stehen zur Verfügung. Es gibt einen Investitionsstau von rund 30 Milliarden €. Eigentlich fehlen jährlich 5 Milliarden €. Eine Woche nach der Bundestagswahl wollen sich die Verkehrsminister der Länder und des Bundes darüber einigen, woher das Geld kommen soll. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten, die ich hier nicht diskutieren will. Darüber werden wir später diskutieren.

Es gibt die Möglichkeit, bei Großprojekten ein **ÖPP-Projekt** in einer Größenordnung ins Leben zu rufen, die vielleicht sogar den Elbtunnel finanzieren würde. Das lehnen wir nicht grundsätzlich ab, denn wir sagen: Die beste Wirtschaftspolitik, die wir betreiben können, ist eine vernünftige Infrastrukturpolitik.

Herr Minister, in einem Punkt unterscheiden wir uns. Sie sagen, Sie wären bereit, von **Dänemark** zu lernen. In diesem Punkt unterscheiden wir uns noch nicht. Die Genehmigungsverfahren gehen in Dänemark schneller. Bei der festen Fehmarnbelt-Querung sehen wir, wie schnell so etwas gehen kann und mit welchen Möglichkeiten dies geschieht. Wir sehen, wie schnell die Planung dort umgesetzt wird. Davon können wir sicherlich lernen.

In der Frage der **Finanzierung** unterscheiden wir uns allerdings wesentlich. Sie sagen, man müsste

eine Art Staatsmodell mit einem Staatsunternehmen machen, das sich das Geld vom Kapitalmarkt holt. Wir alle wissen, dass auf dem Kapitalmarkt genügend Geld ist. Das Geld könnte auch von der Europäischen Kommission oder von der Europäischen Bank kommen. Das Geld bekäme man auf diese Weise wahrscheinlich für einen Zinssatz von unter 1 %. Wenn man eine Finanzierung mit privaten Unternehmen macht, dann wissen Sie, dass diese eine Rendite von 7 bis 8 % haben wollen.

Dies ist der wesentliche Punkt, über den wir heute diskutieren. Ein **Staatsunternehmen** ist ein Unternehmen, das zurzeit nicht existiert, zumindest nicht in Schleswig-Holstein und schon gar nicht für den Bereich der Infrastruktur. Es gibt zwei Beispiele, bei denen Staatsunternehmen zurzeit aktiv sind. Zum einen ist das die Elbphilharmonie. Sie wissen, wie die Kostenexplosion dort aussieht. Zum anderen gibt es das Beispiel des BER in Berlin-Brandenburg. Dort explodieren die Kosten ebenfalls. Es gab dort „erfolgreiche“ Aufsichtsratsvorsitzende wie Herrn Wowerit und Herrn Platzek. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch eine Rolle für Herrn Stegner wäre. Er kennt die Rolle eines Aufsichtsratsvorsitzenden. Bei dem Projekt des Tunnels bei Glückstadt wäre für uns allerdings dann die Perspektive, dass man leichter nach London als nach Wischhafen kommt. Das würden wir befürchten.

(Zurufe SPD)

Herr Meyer, Sie werden eine **Kostenexplosion** sehen, die Sie nicht im Griff haben werden. Trauen Sie den Unternehmern zu, dieses Projekt als Unternehmen mit Unternehmen zu planen, und planen Sie nicht mit einem Staatsunternehmen. Das ist fortgeschrittener Sozialismus. Ich sage Ihnen: Sie haben weder die Mitarbeiter noch das Management noch das Know-How. Lassen Sie uns weiter darüber diskutieren, wie wir das finanzieren.

Sie sagen selbst, dass das Planfeststellungsverfahren für den Elbtunnel 2014 abgeschlossen sein wird, dass Sie dann gemeinsam mit dem Bund über die Finanzierung reden werden und dass damit auch die Ausschreibung folgt. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass ab 2017, zum Ende dieser Legislaturperiode hin, der Bau des Elbtunnels vorangetrieben und sogar von Ihnen und Ihrem Kabinett unterstützt wird.

Wir wollen deutlich von Ihnen hören, ob es an dem ist und ob wir dem glauben können, was Sie überall öffentlich erklären. Deshalb haben wir um diesen Tagesordnungspunkt gebeten. Wie gesagt, der Antrag der regierungstragenden Fraktionen sieht an-

(Hans-Jörn Arp)

ders aus. Das ist keine Zustimmung, sondern impliziert ein Sowohl-als-Auch, aber eher nein. Unser Antrag ist ein klares Bekenntnis zur A 20. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir werden die A 20 weiter bauen, und sie wird die Elbe queren; so viel schon einmal vorweg. Für die SPD-Landtagsfraktion sage ich heute gern noch einmal: Wir stehen zur A 20 mit einer **westlichen Elbquerung**. Sie zählt zu den wichtigsten Verkehrsachsen für Schleswig-Holstein. Daher bauen wir die A 20 weiter; in dieser Wahlperiode bis zur A 7 und damit schneller und weiter, als CDU-Verkehrsminister die vorangegangenen Bauabschnitte realisieren konnten.

(Beifall SPD und SSW)

Wir werden - das haben wir mit unseren Koalitionspartnern vereinbart - die laufenden Planfeststellungsverfahren nutzen, um die Neubewertung der prognostizierten Verkehrsströme sowie der ökologischen und finanziellen Folgewirkungen vorzunehmen. Das halten wir für richtig und wichtig. Natürlich braucht diese Straße auch eine Elbquerung; das ist aus unserer Sicht unstrittig.

Was die **Finanzierung** angeht, ist erst einmal der Bund in der Pflicht, ein geeignetes Modell zu entwickeln. „Geeignet“ bedeutet, es muss einen Anschluss in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen gewährleisten. Es sollte zeitlich in etwa so geplant werden, dass die Querung steht, wenn die Autobahn dort ankommt. Und es muss finanziell solide unterlegt, mit transparenter Finanzierung, und attraktiv für die Nutzerinnen und Nutzer sein.

Wer sich jetzt schon auf ein Modell festlegt, ohne die Alternativen seriös geprüft zu haben, bringt sich in eine ganz schwierige Lage. Das gilt nicht nur für die A 20, sondern das sollte bei der Planung von Großprojekten generell eine Selbstverständlichkeit sein.

Ihren Antrag finde ich indes etwas wirr: Die Landesregierung soll die Bundesregierung dabei unterstützen, dass diese etwas prüft, was die Landesre-

gierung selbst vorgeschlagen hat? Da muss ich schon sagen: Natürlich soll der Bund das prüfen.

(Beifall SPD)

Sonst hätte Minister Meyer es doch nicht angesprochen. Aber die Prüfung selbst bekommen die Fachleute im Bundesministerium doch bestimmt auch ohne extra Unterstützung aus dem kleinen Schleswig-Holstein hin.

Vielleicht wäre dem Projekt mehr gedient, wenn die CDU-Landtagsfraktion auf Bundesebene bei ihren eigenen Parteifreunden etwas mehr Tempo machen würde. Diese erwecken nämlich mitunter den Eindruck, als rangiere Deutschlands Norden bei ihnen eher unter fernher. Niedersachsen und Schleswig-Holstein ziehen dagegen mittlerweile endlich an einem Strang, und das wird in Berlin durchaus wahrgenommen.

Ich habe großes Verständnis für die Nöte des Kollegen Arp. Aber ich muss auch sagen: Lassen wir die Kirche im Dorf und die Finanzplanung für die A 20 dort, wo sie hingehört, nämlich auf Bundesebene.

Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden mit der **A 20** eine zusätzliche Verbindung bekommen, die für unseren Wirtschaftsraum an der Unterelbe neue Impulse bringen wird. Sie schafft eine starke Ost-West-Verbindung und stärkt damit den gesamten **norddeutschen Raum**. Das wird sie nur dann tun, wenn eine ausfinanzierte Elbquerung zur Verfügung steht. Sie können sicher sein, dass unsere Landesregierung weiß, was auf dem Spiel steht. An unserer Koalition wird ein vernünftiges, nachhaltiges, tragfähiges Konzept für die westliche Elbquerung nicht scheitern.

Unsere Landesregierung ist aktiver Part im fachlichen Diskurs über das Wie. Wir vertrauen darauf, dass Minister Meyer mit aller fachlichen Kompetenz im Interesse Schleswig-Holsteins für die beste Lösung eintritt. Handeln und finanzieren muss aber letztlich der Bund. Er muss ein geeignetes Modell vorlegen. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Schönen Dank. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Arp, das war ja eine richtige Ruck-Rede. Ich erinnere an die Antike. Da hat der berühmte Senator Cato der Ältere immer jede Rede mit dem schönen Satz begonnen: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.“ Daraufhin applaudierten dann immer alle.

Ich glaube, wir sind hier in einer ähnlichen Situation. Alle sagen immer: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die A 20 gebaut wird.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber das ist eher ein Ritual, als dass es echte Politik wäre.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich möchte aber gern noch einmal auf Ihren Antrag eingehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, der Kollege Christopher Vogt möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen oder eine Zwischenbemerkung machen. Möchte Sie darauf eingehen?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kollege, sehr gern gestatte ich Ihnen eine Zwischenfrage.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Herr Kollege Dr. Tietze, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie die positiven Äußerungen und das Bekenntnis des Ministerpräsidenten und des Ministers zur A 20 überhaupt nicht mehr ernst nehmen, oder wie muss ich Ihre Aussage verstehen?

- Ich wollte nur deutlich machen, dass zwischen der Frage, etwas zu benennen, was sozusagen schnell und unmittelbar umgesetzt wird, und auf der anderen Seite die Realitäten zu sehen, ein Unterschied besteht. Die Realität ist nun einmal die, dass die A 20 bisher nicht voll finanziert ist; das wissen Sie genauso gut wie ich.

Im Übrigen ist es völlig egal, ob Sie das in der CDU, in der FDP, in der SPD oder bei den Grünen diskutieren. Es ist ein Fakt: Wir haben noch keine

Finanzierung für die A 20. Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem Vorschlag, der jetzt mit der **Eignungsabschätzung** vorgelegt worden ist, wonach jetzt 50 % der Baukosten durch den Bund übernommen werden sollen, ist eine Voraussetzung angesprochen worden. Bei 1,3 Milliarden € sind das immerhin 650 Millionen €. Und es besteht die Bedingung, dass es einen Komplettbau gibt, dass also die A 20 tatsächlich komplett zu Ende gebaut wird, also auch auf niedersächsischer Seite, und dass mindestens 30.000 Fahrzeuge darauf fahren können.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wenn Sie hier also fordern, dass die A 20 zu Ende gebaut wird, dann müssen Sie sich mit einer gesicherten Finanzierung auseinandersetzen. Ich finde, Herr Arp, gestern hat Ihr Verkehrsminister im Bund einen fundamentalen Kurswechsel vorgenommen. Man könnte fast sagen, er hat bei den Grünen abgeschrieben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Künftig, so Herr **Ramsauer**, solle anders als bisher der größte Teil der Mittel in den **Erhalt bestehender Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen** fließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiterhin führt Herr Ramsauer aus, der Etat für neue Projekte werde zurückgefahren. Wörtlich sagt Herr Ramsauer, und das muss man sich am heutigen Tage dann doch einmal auch in diesem Landtag zu Gemüte führen, solange der seit Jahren mit 10 Milliarden € ausgestattete Verkehrsetat nicht aufgestockt werde, stehe sein Haus vor der Frage des Umsteuerns. Jetzt Originalzitat Ramsauer:

„Die Zeit der Wunschzettel ist vorbei. Wir müssen streng priorisieren.“

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Angesichts knapper Kassen sollen demnach statt der bisherigen 55 % künftig nur noch 30 % der bereitstehenden Mittel in den Neubau von Straßen fließen. Dafür sollen für den Erhalt der bisher bestehenden Verkehrsinfrastruktur 70 % des Etats aufgewendet werden.

Herr Ramsauer analysiert dann auch noch einmal konkret den Zustand der **Brückenbauwerke** in Deutschland und sagt, es sei ebenfalls ein Projekt in

(Dr. Andreas Tietze)

einem Umfang von ungefähr 1 Milliarde €, diese Brücken zu sanieren.

Machen wir uns also nichts vor: In der Bundesrepublik Deutschland liegt heftigster Druck auf dem Verkehrsetat. Deshalb ist es im Prinzip egal, ob ich hier als Grüner, als Roter, als Schwarzer oder als was auch immer stehe. Dies ist einfach eine Erkenntnis des gesunden Menschenverstandes, dass der Ausbau der A 20 nicht schnell vorangeht.

Deshalb möchte ich auch noch einmal auf die Prognosen eingehen, die immer wieder und regelmäßig herangezogen werden. Dazu gibt es eine **Kleine Anfrage** meiner **Bundestagsfraktion** im Deutschen Bundestag. In dieser auf die A 20 bezogenen Kleinen Anfrage wird eindeutig herausgestellt, dass die bisherigen Erwartungen, gerade auch die wirtschaftlichen Erwartungen, bei der A 20 nicht eingetreten sind. Im Übrigen haben die bisherigen Mautprojekte Herrentunnel in Lübeck und Warnow-Tunnel, nicht wirklich das erreicht, was versprochen worden ist. Die dort prognostizierten Zahlen sind nie und nimmer erreicht worden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eine Studie des Instituts für Raum- und Verkehrsforschung in Erfurt, die vor etwa drei Wochen herausgekommen ist. In dieser Studie heißt es, es seien keine nennenswerten **regionalwirtschaftlichen Effekte** mit dem **Autobahnbau** verbunden. Autobahnen könnten weder Erreichbarkeitsdefizite mindern noch die daraus resultierenden Wachstumsschwächen beseitigen. Eine zentrale Aussage dieser Studie lautet: Neue Autobahnen in strukturschwachen Gebieten würden nicht für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sorgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können doch nicht kollektiv diese Lernerkenntnis blockieren. Sie haben Blockaden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Deshalb tragen Sie das Thema A 20 wie ein Mantra vor sich her, wiederholen es immer wieder und nehmen diese Fakten nicht zur Kenntnis.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Arp?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte.

Hans-Jörn Arp [CDU]: Lieber Herr Kollege, wie erklären Sie sich dann, dass der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister bei jeder Gelegenheit den weiteren Bau der A 20 und so schnell wie möglich auch die Elbquerung fordern? Das ist ja zu Ihnen ein Widerspruch; das müssen Sie doch einmal klären.

(Christopher Vogt [FDP]: Die haben alle keine Ahnung!)

- Zunächst einmal ist die Forderung, die hier gestellt wird - - Das haben wir in unserem Koalitionsvertrag sehr elegant gelöst,

(Lachen CDU und FDP)

indem wir uns auf eine realistische Forderung eingelassen haben. Ich möchte das hier für die Grünen erklären:

(Zuruf: Machen Sie das!)

Wir stehen zu der Aussage, dass wir uns bemühen, die A 20 bis zur A 7 zu bauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dazu stehen wir. Aber wir sagen gleichzeitig: Wenn Sie das wirklich wollen, müssen Sie richtig gut sein. Dann müssen Sie priorisieren. Dann müssen Sie die Voraussetzungen in Berlin schaffen. Dann müssen Sie tatsächlich für diese Sache einstehen. Wir fühlen uns an diesen Vertrag gebunden. Deshalb ist es richtig, die **A 20 bis zur A 7** zu bauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Da gibt es bei uns überhaupt keinen Zweifel.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum geben Sie dann Millionen für die Planung darüber hinaus aus?)

Deshalb geht es uns an dieser Stellen tatsächlich um die A 20. Es geht um einen sinnvollen Abschluss. Aber ich habe deutlich gesagt: Meine Fraktion bleibt skeptisch, ob wir 1,5 Milliarden € für die westliche Elbquerung aufbringen können. Das wird uns nicht gelingen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es: Es geht darum, in dieser Legislaturperiode eine vernünftige Politik für Straßenbau, Wasserstraßen und Schienen zu machen. Da halten wir klar Spur; da sind wir vertragstreu. Deshalb steuern wir in

(Dr. Andreas Tietze)

Richtung einer nachhaltigen Verkehrswende. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

(Christopher Vogt [FDP]: Entschuldigung!)

- Dann hat jetzt gern das Wort der Kollege Christopher Vogt. Das war hier anders notiert, aber das hatten wir gestern schon mit Ihrer Fraktion. Ich glaube, ich muss mit ganz vielen Leuten Kaffee trinken gehen, wenn das so weiter geht. Tut mir leid. - Herr Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin, vielen Dank, dass ich doch noch die Ehre habe, vor dem Hohen Haus sprechen zu dürfen. Ich kenne es schon, mit Herrn Kumbartzky und Frau Klahn verwechselt zu werden, aber mit Herrn Dr. Breyer ist mir das zum ersten Mal passiert. Sei's drum.

Herr Kollege Dr. Tietze, wie immer, muss ich sagen, bin ich freudig erregt, nachdem ich Ihre Rede zur Kenntnis nehmen durfte. Ich möchte Sie nur auf eine Sache hinweisen: Wenn Sie so skeptisch sind und offen ablehnen, dass die A 20 über die A 7 hinaus gebaut wird, frage ich mich, warum Ihre Fraktion es unterstützt, dass Millionen € für Planungen ausgegeben werden.

(Beifall FDP und CDU)

Diesen Widerspruch werden Sie nicht ganz auflösen können.

Meine Damen und Herren, die **A 20** soll Bestandteil des **transeuropäischen Straßennetzes** werden, was nachvollziehbar ist. Als Küstenautobahn unserer Region besitzt die A 20 auch eine große strategische Bedeutung. Sie wird jedoch nur dann Bestandteil des europäischen Straßennetzes werden, wenn sie auch bis zum Ende gebaut wird. Dazu gehört selbstverständlich der Bau der westlichen Elbquerung.

Für die Westküste unseres Landes, für die Region Unterelbe, würde die A 20 endlich die dringend benötigte Verkehrsanbindung in Richtung Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern darstellen und für Hamburg, dessen Verkehrsströme vor dem Kollaps stehen, die dringend benötigte Entlastung.

An die Grünen möchte ich nur sagen, da eben der Einwurf kam: „Fahren Sie einmal nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Da haben die **Autobahnen** auch **nicht** dazu geführt, die **Wirtschaft** voranzubringen.“ - Ich glaube, ohne Autobahnen in den neuen Bundesländern wäre die wirtschaftliche Situation dort nicht besser. Insofern ist das ein komisches Argument.

(Beifall FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, unser Land braucht dringend eine **leistungsfähige Ost-West-Verbindung** im Straßenbereich. Herr Vogel, vielleicht der Hinweis, weil Sie immer wiederholen, dass Sie mehr bauen werden als wir in unserer kurzen Regierungszeit: Wir hatten auch kein Baurecht. Wir konnten ohne Baurecht, das die Große Koalition versäumt hat vorzubereiten, auch nicht bauen. Das ist einfach das Problem, das wir hatten, weil das in einem Rechtsstaat leider nicht anders möglich ist.

(Peter Eichstädt [SPD]: Leider?)

- Zurecht, Herr Kollege Eichstädt. Da haben Sie mich wieder erwischt. Herzlichen Glückwunsch!

Meine Damen und Herren, auch wenn es die Grünen nicht wahrhaben wollen: Die Straße wird auch in Zukunft Verkehrsträger Nummer eins in Deutschland bleiben. Das bedeutet mitnichten, dass wir nicht auch Schienenwege und Wasserstraßen erhalten und ausbauen müssen. Man muss das eine tun und darf das andere nicht lassen, meine Damen und Herren.

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder von Ihnen behauptet, es sei kein Geld für eine **öffentliche Finanzierung** der westlichen Elbquerung da. ÖPP-Modelle - das haben Sie auch heute noch einmal betont - seien auch nicht realistisch. Die Studie des Bundesverkehrsministeriums kommt offenbar zu einem anderen Ergebnis und besagt, dass ein mautfinanziertes ÖPP-Modell grundsätzlich machbar wäre.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Tietze?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat Herr Tietze das Wort.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herzlichen Dank, Herr Kollege Vogt. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden: Sie gehen in Ihrer Rede auf die Finanzierung ein. Wenn wir alle Projekte Schleswig-Holsteins nehmen - die Hinterlandanbindung, den Fehmarnbelt, Nord-Ostsee-Kanal, A 20 -, wenn wir vorsichtig schätzen, sind wir bei 4 Milliarden €, wenn wir die Kostensteigerung einpreisen, sind wir bei 5 Milliarden €. Glauben Sie, dass bei den von Herrn Ramsauer gestern vorgetragenen finanziellen Engpässen im Bundeshaushalt das Bundesland Schleswig-Holstein 50 % der Bundesmittel für Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen erhalten wird? Sind Sie der Auffassung, dass wir 50 % des Bundeshaushalts erhalten werden?

(Lars Harms [SSW]: Die werden ja auch alle in einem Jahr gebaut!)

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege Dr. Tietze, das ist natürlich über einen Zeitraum von in etwa 15 Jahren zu sehen. Wenn Sie das in den Vergleich zum jährlichen Haushalt stellen, zeugt das nicht gerade von Ihrer Seriosität, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall FDP und CDU)

Natürlich, Herr Dr. Tietze, wird das schwierig, weil man das Problem nicht dadurch löst, dass man sagt: Wir fordern jetzt gar nichts mehr, was uns ideologisch nicht in den Kram passt. Dann sollen sich doch die anderen über Mittel aus dem Bundestopf freuen. So war es in der Vergangenheit zu Ihrer damaligen Regierungszeit. So darf es nicht wieder werden, Herr Kollege.

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben auch die neue Gestaltung des **Bundesverkehrsweegeplans** angesprochen, Herr Kollege Dr. Tietze. Dort gibt es eine neue Kategorie, in die auch die A 20 soll.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Insofern wird der Bund in Schleswig-Holstein überproportional in den nächsten Jahren investieren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, mit großer Freude.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Vogt, reden Sie doch nicht drumherum!

(Heiterkeit Christopher Vogt [FDP])

Halten Sie den Bundesverkehrswegeplan für unterfinanziert - ja oder nein? Das war die Frage von Herrn Dr. Tietze. Was antworten Sie darauf?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege Matthiessen, Herr Kollege Dr. Tietze hat mich nicht gefragt, ob ich ihn grundsätzlich für unterfinanziert halte.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann frage ich Sie das!)

- Darf ich Ihnen das vielleicht kurz erläutern: Seine Frage war vielmehr die, ob wir 50 % aus dem Bundesverkehrswegeplan nach Schleswig-Holstein bekommen, was natürlich Unsinn war - ich hatte eben darauf hingewiesen -

(Beifall FDP und CDU)

weil es ja um einen längeren Zeitraum geht und das alles nicht aus dem jährlichen Etat finanziert wird. Ich halte ihn auch für unterfinanziert.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Das habe ich an dieser Stelle auch schon mehrfach gesagt. Wir müssen mehr in die Infrastruktur investieren - übrigens nicht nur der Bund, sondern auch das Land. Da sind Sie auch gefordert, Herr Abgeordneter Matthiessen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Christopher Vogt [FDP]:

Na gut.

(Heiterkeit)

Das wird wahrscheinlich die intelligenteste.

(Christopher Vogt)

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Vogt, teilen Sie meine Auffassung, dass es sinnvoll wäre, wenn beispielsweise der verkehrspolitische Sprecher der Grünen gelegentlich den Reden des Ministerpräsidenten beispielsweise auf dem Unternehmertag folgen würde, um festzustellen, dass das, was Sie hier vortragen, identisch ist mit dem, was der Ministerpräsident jedenfalls außerhalb dieses Hauses vorträgt, und dass es dann sinnvoll wäre, in der Koalition diese Fragen zu klären und nicht entsprechende Überlegungen Ihnen gegenüber kundzutun?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nur der erste Halbsatz war vernünftig!)

- Ich danke Ihnen für das Koreferat, Herr Kubicki. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Tietze?

Christopher Vogt [FDP]:

Eine Frage würde ich zulassen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Vogt, würden Sie mir freundlicherweise erklären: Sie regieren ja in Berlin mit.

- Ich nicht!

- Ihre FDP jedenfalls. Können Sie mir freundlicherweise erklären, warum wir dann trotz Ihrer Regierungsarbeit in Berlin nicht bereits die A 20 in Schleswig-Holstein finanziert bekommen haben?

(Lachen Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Dr. Tietze, ich glaube, Sie kennen das Finanzierungssystem auf Bundesebene. Ich möchte mir noch einmal den Hinweis erlauben, dass zum Beispiel die Mittel für den Abschnitt zwischen Wittenborn und Weede mit rund 150 Millionen € seit Jahren beim Bund freigegeben sind. Bloß wenn wir kein Baurecht haben, kann man keine Straßen bauen, Herr Kollege Dr. Tietze.

(Beifall FDP und CDU)

Ich hatte vorhin schon darauf hingewiesen: Das Problem werden wir auch durch Ihre Frage nicht auflösen.

(Zuruf CDU: Woher soll Tietze etwas wissen?)

Meine Damen und Herren, über die Anschubfinanzierung von 50 %, die wohl nötig wären, wurde schon einiges gesagt. Das wurde vom Bund in Aussicht gestellt.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ich durchaus verstehen kann, dass Minister Meyer als SPD-Minister mit dem Kollegen Lies aus Niedersachsen - ebenfalls SPD -, der ebenfalls wie Herr Meyer mit den Grünen koalieren muss, der dieses Schicksal mit Ihnen teilt,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

dass diese beiden Herren die Zahlen eines CSU-Bundesministers anzweifeln. Das kann ich politisch noch irgendwie nachvollziehen. Was ich allerdings nicht nachvollziehen kann und nicht verstehen möchte, ist die Tatsache, dass einfach die Zahlen angezweifelt werden und gesagt wird: Der Bund muss hier eben einspringen und das Ganze komplett allein finanzieren. Das ist irgendwie nicht mit den Äußerungen des Kollegen Dr. Tietze von gerade zusammenzubringen. Deswegen würde ich mich freuen, wenn die Landesregierung da etwas konstruktiver herangehen und nicht einfach sagen würde: Der Bund hat das gefälligst schnellstmöglich allein zu finanzieren.

Meine Damen und Herren - Herr Dr. Tietze, Sie hatten auch die Planung angesprochen -, es ist schon etwas scheinheilig, denn Sie wissen ganz genau, dass, als die Grünen in **Niedersachsen** in die Regierung eintraten, zunächst einmal die **Planungsmittel** für die **A 20** gekürzt wurden.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dann sagten Sie, es gehe nicht voran, und das alles werde nichts. - Das finde ich einigermaßen scheinheilig.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ihr **Änderungsantrag**, meine Damen und Herren, ist in den ersten beiden Sätzen nur ein schlechter Scherz. Der letzte Satz setzt dem Ganzen noch die Krone auf. Denn dort zweifeln Sie offen den Sinn des **Weiterbaus der A 20** an. Ich freue mich schon auf die Rede des Verkehrsministers und darauf, wie er das mal wieder abräumt.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich möchte kurz etwas zum **Antrag** der **CDU-Fraktion** sagen. Wir werden dem Antrag heute zu-

(Christopher Vogt)

stimmen, auch wenn wir die Zahlen noch nicht vollständig nachvollziehen können, weil sie noch nicht öffentlich sind. Wir halten es für richtig, dass geprüft wird, ob man das dänische Modell übertragen kann. Die Dänen sind beim Infrastrukturausbau vorbildlich: nicht nur bei der Finanzierung, sondern auch bei der Planung. Wir können uns davon noch eine Scheibe abschneiden.

Meine Damen und Herren, das Problem bleibt: Diese Koalition hat in der Verkehrspolitik nach wie vor keinen **gemeinsamen Kurs**. Das merkt man ganz besonders bei der festen Fehmarnbelt-Querung und leider auch heute wieder bei dem für unser Land so wichtigen Weiterbau der A 20. So ist auf Dauer kein Staat zu machen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Abgeordneten Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag fordert die CDU-Fraktion die Realisierung des westlichen Elbtunnels und die **Verlängerung** der **A 20** als sogenanntes **F-Modell**. Was bedeutet das? Das ist ein mautfinanziertes Modell. Nicht nur für Lkw, sondern auch für Pkw soll eine Maut erhoben werden, um dies zu finanzieren.

Ich sage es sehr klar: Wir PIRATEN unterstützen den Bau der A 20, aber wir sind gegen die Privatisierung des Straßenbetriebs, die Sie anstreben.

(Beifall PIRATEN)

Gerade in Schleswig-Holstein haben wir mit **ÖPP-Modellen** sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Ich nenne als Beispiel die Sylter Keitum-Therme, die heute eine millionenschwere Bauruine ist. Ich nenne das Partikeltherapiezentrum. Dort ist inzwischen der Investor Siemens ausgestiegen. Die Kosten bleiben bei uns hängen. Ich nenne weiterhin den Lübecker Herrentunnel, bei dem die Nutzerzahlen gegenüber den Planungen eingebrochen sind, während die Kosten immer weiter steigen.

(Beifall PIRATEN und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Probleme von ÖPP-Projekten sind doch längst bekannt. Sie haben höhere Finanzierungskosten,

weil ein privater Investor höhere Zinsen als der Staat zahlen muss. Sie haben hohe Transaktions- und Beratungskosten. Sie haben weiterhin ein Insolvenzrisiko. Der Betreiber kann pleitegehen; ich nenne den Fall Nürburgring.

Der Bundesrechnungshof hat bei seinen Prüfungen festgestellt, dass die Einnahmeprognosen der privaten Bieter um bis zu 75 % über denen des Bundes lagen. Mit Blick darauf gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Investor rechnet richtig, dann haben wir einen riesigen Einnahmeausfall. So etwas privat zu vergeben, ist dann ein riesiges Verlustgeschäft für den Staat. Oder der Investor rechnet falsch, während der Bund richtig rechnet. Dann geht der Investor pleite, und die Kosten bleiben doch an uns hängen. So kann es nicht funktionieren.

Die **niedersächsische Behörde für Straßenbau** hat für die A 7 ausgerechnet, dass eine öffentliche Finanzierung bis zu 60 Millionen € günstiger wäre. Als dieses Gutachten an die Öffentlichkeit drang, hat man schlichtweg die Präsidentin der Behörde abgesetzt, weil diese Berechnungen missliebig waren.

Das **britische Unterhaus** hat in einer Untersuchung festgestellt, dass eine Verschuldung über öffentlich-private Partnerschaften bis zu 1,7-mal teurer als eine Finanzierung durch staatliche Investitionsverschuldung ist.

Das kann doch nur heißen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Diese ÖPP-Straßenbaumodelle dienen in Wahrheit dazu, sich zu horrenden Kosten von der **Schuldenbremse freizukaufen**. Der einzige Grund, dieses Modell privat zu finanzieren, liegt darin, dass sie wegen der Schuldenbremse nicht aus öffentlichen Haushalten realisierbar sind. Dazu nehmen Sie horrenden Mehrkosten in Kauf. Das kritisiert der Bund der Steuerzahler zu Recht.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Herr Arp, jetzt hören Sie zu: Die Verbände der mittleren und kleinen Bauunternehmen beschwerten sich inzwischen längst darüber, dass es gerade bei ÖPP-Projekten im Fernstraßenbau eine systematische **Benachteiligung** von **kleinen Unternehmen** gibt. Sie dient nämlich nur den großen Unternehmen.

Die Praxis dieser Modelle ist erschreckend. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen wurden von privaten Beraterfirmen erstellt. Der **Bundesrechnungshof** hat festgestellt - ich zitiere -:

„Zum Teil waren die Grenzen zwischen Beratung und Lobbying fließend.“

(Dr. Patrick Breyer)

Die Rechnungshöfe haben bei ÖPP-Modellen immer wieder herausgefunden, dass sie in der Nachbetrachtung wesentlich schlechter abgeschnitten haben, als im Vorhinein kalkuliert war.

Hinzu kommt: Diese dubiosen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen von privaten Beratungsfirmen werden geheim und unter Verschluss gehalten. Niemand kann sie nachprüfen. Selbst Abgeordnete können sie nur unter dem Siegel der Vertraulichkeit einsehen und dürfen sich bei ihrer Prüfung nicht beraten lassen.

Der Bundesrechnungshof hat dieses F-Finanzierungsmodell des Elbtunnels bis heute nicht geprüft, wie er auf meine Anfrage hin mitgeteilt hat. Die **Voruntersuchung**, die von einer Finanzierbarkeit dieses Modells ausgeht, nimmt an, dass eine höhere Maut eingenommen wird als in den ersten Untersuchungen prognostiziert wurde. Gleichzeitig kommt nach der Voruntersuchung kein höheres Verkehrsaufkommen zustande. Wie absurd ist das denn? Das kann doch gar nicht sein!

Ich fordere ganz klar eine **unabhängige Untersuchung** der **Wirtschaftlichkeit** dieses Vorschlags vonseiten des Bundesrechnungshofs und die vollständige Offenlegung aller Kalkulationen und Planungen. Die Wahrheit ist doch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, dass Ihr Unionskollege, Verkehrsminister Ramsauer, schon längst für die Einführung einer Pkw-Maut auf allen Straßen ist. Die Kanzlerin hat ihn im Vorwahlkampf zurückgepfiffen. Sie wollen über diese privaten Projekte eine **Pkw-Maut** durch die Hintertür einführen.

(Zuruf PIRATEN: Unglaublich!)

Das mache ich nicht mit.

(Zuruf CDU: Sie werden auch nicht gefragt!
- Weitere Zurufe)

Die „Möchtegern-Steuersenkungspartei“ FDP tritt hierbei tatsächlich für eine neue Pkw-Maut ein.

(Christopher Vogt [FDP]: Was?)

Was ist das denn anderes als eine Steuererhöhung, wenn Sie für immer mehr Straßen eine private Maut-Abgabe fordern?

(Zurufe FDP)

Die SPD - das sage ich abschließend - hat in einer Arbeitsgruppe, in der mehr Lobbyisten als Abgeordnete saßen, ein ÖPP-Beschleunigungsgesetz entwickelt. Ihr Spitzenkandidat Steinbrück kassiert Gelder für Vorträge zum Thema „ÖPP“.

Für uns PIRATEN ist klar: Diese privaten Finanzierungsmodelle reduzieren die Transparenz und auch die öffentliche Kontrolle. Deswegen sind sie abzulehnen.

(Beifall PIRATEN - Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, es gibt den Wunsch einer Zwischenbemerkung des Kollegen Garg. Lassen Sie diese noch zu?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Breyer, könnten Sie mir die Stelle nennen, aus der Sie entnehmen, dass die FDP einer Mautfinanzierung für Pkw zustimmt?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ihr Kollege hat vorhin in der Rede gesagt, dass Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen. Dieser sieht eine Realisierung des westlichen Elbtunnels über ein sogenanntes F-Modell vor, nach dem auch Pkw Maut zahlen müssen. Was das andere als eine Steuer- oder Abgabenerhöhung sein soll, müssen Sie der Öffentlichkeit erklären.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Nutzungsgebühr, keine Steuererhöhung!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kollegen das SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der morgendliche Verkehrsfunk belegt es eindrücklich: **Von und nach Hamburg** geht oftmals gar nichts mehr auf der Straße. Kilometerlange **Staus** zeugen von der Überlastung der Autobahnen und verlängern die Wegezeiten teilweise erheblich.

Die industriepolitische und touristische Bedeutung einer durchgängigen Verbindung kann man also gar nicht unterschätzen. Genau das aber wirft im Grun-

(Flemming Meyer)

de der vorliegende **CDU-Antrag** der Landesregierung vor. Dabei haben, nebenbei bemerkt, die Antragsteller ein Dreivierteljahr verstreichen lassen, bis sie die auf einer Pressekonferenz von Jost de Jager und Hans-Jörn Arp im September letzten Jahres gestellten Forderungen in einem Antrag formuliert haben.

(Heiterkeit Dr. Ralf Stegner [SPD])

So einfach scheint die Sachlage dann doch nicht zu sein. Man kann die komplexen Entwicklungen nicht ignorieren, etwa die Erkenntnis, dass im Straßenbau eine **mautfinanzierte private Lösung** keinesfalls ein Allheilmittel ist. Es bleiben nämlich zu viele Fragen offen, zum Beispiel die Frage nach Mauterhöhungen, wenn die Nutzerzahlen unter den Erwartungen bleiben, oder die Frage danach, wohin die Verkehre ausweichen, um die Maut zu umgehen.

Daher ist es wenig überraschend, dass die behaupteten volkswirtschaftlichen Vorteile der Mautfinanzierung von keiner **wissenschaftlichen Studie** untermauert werden. Der ADAC hat bereits im Oktober letzten Jahres davor gewarnt, dass die Vorfinanzierung durch private Investoren nur die Kosten in die Zukunft verlagere. Selbst für die Autofahrerlobby hat sich die Mautfinanzierung also erübrigt. Sie ist ein Gedankenmodell, das in den Köpfen von Markttheoretikern vorherrschend ist. Es gibt andere, vielleicht bessere und effektivere Modelle, die überlegenswert sind.

Abgesehen davon ist es überhaupt nicht einzusehen, dass wir im Norden dem Verkehr Zusatzkosten aufbürden, die es im Süden, zum Beispiel in Bayern, nicht gibt. Damit würden wir in die **Wettbewerbsbedingungen** eingreifen, und das würde dann ausgerechnet strukturschwache Gebiete wie die schleswig-holsteinische Westküste und den Nordwesten Niedersachsens treffen. Dabei müssten unsere Anstrengungen eigentlich genau diesen Gebieten gelten, damit sie nicht den Anschluss verlieren.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Richtig ist allerdings - da stimme ich den Antragstellern zu -, dass das bisherige **System zur Planung** von **Verkehrswegen** und zur Umsetzung von Verkehrsplanungen nicht mehr zeitgemäß ist. Es fehlen auf **Bundesebene** transparente und nachvollziehbare Bewertungsverfahren anstehender Infrastrukturprojekte. In vielen Fällen wurden die Programme über Jahrzehnte einfach fortgeschrieben oder die Zeiträume einfach verlängert.

Im Juli 2003 hat das damalige Bundeskabinett den gültigen **Bundesverkehrswegeplan** beschlossen.

Das war vor zehn Jahren. Vor drei Jahren hat der Bundesverkehrsminister die Fortschreibung beschlossen, ohne auch nur eine Straße oder ein Projekt noch einmal neu zu kalkulieren oder umzuplanen. Dabei fordern Betriebe, Anlieger und Logistiker klare Leitlinien und Priorisierungen angesichts der tatsächlichen Verkehrsströme.

Für diese Diskussion ist der Landtag der richtige Ort. Es ist gut, dass wir hier darüber streiten, wie die Verkehrsströme zukünftig verlaufen sollen und wer was wie finanziert.

Allerdings warne ich in diesem Zusammenhang davor, Luftschlösser zu bauen. Nicht ohne Grund ist im Antrag nicht mehr die Rede von 6 Millionen €. Noch im September 2012 verkündete die CDU, dass die Bundesregierung die 6 Millionen € Anschubfinanzierung nicht auf die Länderquote anrechnen würde. Diese Summe ist durch keinerlei belastbare Berechnungen gedeckt. Überhaupt liegen bezüglich der **westlichen Elbquerung** noch keine belastbaren Daten vor. Darum sollten wir uns auf die Abschnitte konzentrieren, bezüglich derer die Planungen wesentlich weiter fortgeschritten sind.

Unter Verkehrsminister Meyer wurden die Planungen erheblich beschleunigt.

(Lachen Hans-Jörn Arp [CDU])

Die Kapazitäten werden besser genutzt. Es wird nicht alles gleichzeitig in Angriff genommen, sondern Stück für Stück.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst wenn der **Planfeststellungsbeschluss** rechtskräftig ist, werden die Bagger in Bewegung gesetzt. So sollten wir das auch bei der westlichen Elbquerung halten. Ich glaube, mit dieser Koalition und mit dieser Regierung kann man sehr gut einen Staat machen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp zu einem Dreiminutenbeitrag das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will insbesondere dem Kollegen Tietze Folgendes deutlich sagen: Die Verkehrsminister Bodewig - der Name sagt Ihnen wahrscheinlich

(Hans-Jörn Arp)

nichts mehr -, Stolpe - auch der ist längst vergessen - und Tiefensee haben vor Herrn Ramsauer das Verkehrsministerium geleitet. Sie haben in den neuen Bundesländern sehr wesentliche **Neubaumaßnahmen** durchgeführt, während in den alten Bundesländern in den letzten Jahren auf Verschleiß gefahren worden ist. Deshalb ist es richtig, dass Herr Ramsauer sagt: Ich habe nicht mehr als 10 Milliarden € zur Verfügung, und ich muss das meiste Geld zunächst einmal in die **Unterhaltung** stecken. - Da sind auch große Brücken dabei. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass sich die Verkehrsminister einig sind - diese Auffassung vertritt übrigens auch der Verkehrsausschussvorsitzende des Deutschen Bundestages, ein Grüner -: Mit den 10 Milliarden €, die uns heute zur Verfügung stehen, werden wir nicht auskommen. Wir brauchen 15 Milliarden €. - Das habe ich am Anfang meiner Rede schon gesagt.

Man ist sich also klar darüber, dass die 10 Milliarden € nicht ausreichen, sondern dass man 15 Milliarden € braucht. Woher diese **5 Milliarden €** kommen sollen, muss geklärt werden. Diesbezüglich gibt es verschiedene Gedankenmodelle: Mineralölsteuererhöhung ist das eine Modell, Mautfinanzierung auf allen Straßen ein anderes. Es gibt verschiedene Modelle, über die sie diskutieren. Das wird man vor der Bundestagswahl sicherlich nicht mehr bekannt machen. Aber eine Woche nach der Bundestagswahl werden sie sich zusammensetzen.

Die Verantwortung für die derzeitige Situation liegt - das muss man ganz deutlich sagen - ganz wesentlich bei den ehemaligen sozialdemokratischen Verkehrsministern. Sie haben den heutigen Zustand mitzuverantworten, weil sie auf Verschleiß gefahren sind.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tietze? - Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie jetzt Steuererhöhungen für den Bau der A 20 verlangen? Habe ich Sie richtig verstanden, dass die schleswig-holsteinische CDU für Mautgebühren auf schleswig-holsteinischen Straßen ist?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Wenn Sie das verstanden haben, brauchen Sie ein Hörgerät.

(Beifall CDU und FDP)

Ich habe gesagt: Diese Koalition berät zusammen mit Grünen und Sozialdemokraten über verschiedene Gedankenmodelle. Mehr ist das noch nicht. Das ist kein Vorschlag.

Für mich ist wichtig zu betonen, dass der Zustand hinsichtlich der **Elbquerung bei Glückstadt** so, wie er heute ist, unerträglich ist. Es geht nicht an, dass der Ministerpräsident und der Verkehrsminister bei jeder Gelegenheit sagen: „Jawohl, wir wollen das, und wir reden eigentlich nur noch über die Finanzierung“, aber auf der anderen Seite hier im Hohen Haus die Grünen als Koalitionspartner sagen: Mit uns geht das nur bis Bad Bramstedt.

Wir brauchen endlich Klarheit, nicht für uns, sondern für die Investoren an der Strecke. Die Firmen dort müssen sich überlegen, ob sie weggehen. Ich kann Ihnen viele Firmen nennen, gerade im Untereelberaum, die vor Investitionen stehen. Das ist der Sinn dieser Veranstaltung. Man muss sagen, wie das in Zukunft laufen soll. Es geht um nichts anderes.

(Beifall CDU)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gestatten Sie noch eine Bemerkung, Frau Präsidentin? - Lieber Herr Kollege Arp, ich stelle also fest: Sie haben keine Vorschläge zur Finanzierung. Sie halten hier Sonntagsreden, und Sie sind nicht in der Lage, dem Hause zu sagen, wo das Geld, das Sie hier fordern, herkommen soll. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie hier keine Vorschläge vorgetragen haben, wo die 5 Milliarden € herkommen sollen.

- Auch das haben Sie nicht richtig verstanden. Irgendwie sind Sie heute eingenebelt. Eben wurden wir dafür angegriffen, dass wir ein F-Modell fordern. Und nun behaupten Sie, dass wir keine Vorschläge zur Finanzierung haben. Eins von beidem geht nur.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben gesagt: Der derzeitige Zustand ist unerträglich. Deshalb brauchen wir, egal wie die Finanzierung aussieht, eine Lösung. Die Finanzierung muss in der nächsten Zeit geklärt werden.

Ich will jetzt ein anderes Thema ansprechen. Auch dazu haben Sie dummes Zeug erzählt. Sie haben den **Herrentunnels** mit der Elbquerung verglichen. Das ist ein ziemlich unpassender Vergleich. Beim Herrentunnel oder beim Warnowtunnel können Sie innerhalb von drei Kilometern ausweichen. Hier ist ein Ausweichen nicht möglich. Wenn Sie auswei-

(Hans-Jörn Arp)

chen und nicht durch den Elbtunnel fahren wollen, stehen Sie bei Hamburg wieder vor dem Elbtunnel. Dort stehen Sie dann drei Tage lang im Stau. Das ist der Unterschied. Deshalb können Sie das eine mit dem anderen überhaupt nicht vergleichen.

(Beifall CDU und FDP)

Was wir brauchen, ist eine klare Aussage des Verkehrsministers hier und heute. Er sollte sagen - das macht der Ministerpräsident sonst vor jeder Veranstaltung -: Jawohl. Wir wollen ein **klares Bekenntnis**; mehr wollen wir nicht. Wenn wir dieses klare Bekenntnis hier bekommen, hat sich der Antrag erübrigt. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt viele Gründe, weshalb wir die westliche Elbquerung brauchen.

(vereinzelter Beifall SPD, CDU und FDP)

Das sagen wir nicht nur in den Sitzungen des Westküstenbeirats, sondern auch im Landtag und vor allen Dingen in den Gesprächen, die wir zum Beispiel in der Region **Untere Elbe** führen. Ich sage es einmal ganz deutlich: Die Region Untere Elbe hat dann eine reale Wachstumsperspektive, wenn sie als starke zusammenhängende Region agieren kann, wenn Stade, Cuxhaven, Brunsbüttel, Glückstadt und Wedel noch stärker zusammenwachsen.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und FDP)

Eine Elbquerung westlich von Hamburg stärkt die **norddeutsche Region**. Wir brauchen sie auch, um den Standortnachteil, den wir in Schleswig-Holstein wegen des Nadelöhrs Hamburg haben, besser auszugleichen. Das sind gute wirtschaftliche Gründe für die A 20.

(Beifall SPD, CDU, FDP und SSW)

Kurzum: Verkehrsachsen und Wachstumsachsen bedingen sich gegenseitig. Deswegen hat die **A 20 Priorität**. Herr Arp, das ist eine klare Aussage für die Landesregierung.

(Beifall SPD, CDU, FDP und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wunderbar!)

Allerdings wird es in dieser Legislaturperiode keinen Bau **westlich der A 7** geben.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viele halten das für wünschenswert, aber - das sage ich Ihnen auch - das ist komplett unrealistisch. Bei uns geht es Stück für Stück voran. Das ist ehrliche Politik, und dafür steht die Landesregierung.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet aber auch, dass für alles westlich der A 7 die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und die Vorbedingungen zu klären sind.

Die erste Voraussetzung ist erfüllt: Wir haben uns zusammen mit **Niedersachsen** - das wurde gemeinsam mit dem niedersächsischen Kollegen, Herrn Lies, gesagt - klar und deutlich zur A 20, zur westlichen Elbquerung, bekannt. Wir brauchen sie für den gesamten norddeutschen Raum. Wir brauchen sie auch als Verbindung zwischen den Häfen von Nord- und Ostsee. Insofern arbeiten beide Länder daran, dass die notwendigen Schritte zur Baurechts-erlangung unternommen werden.

Aber wir wollen auch vom Bund möglichst schnell eine klare Antwort auf die Frage der **Finanzierung** der Elbquerung.

(Lars Harms [SSW])

Gibt es tatsächlich eine tragfähige Finanzierung bei einem **ÖPP-Modell**, wie es Herr Ferlemann in einem Schreiben an uns darstellt? Oder ist es besser, eine andere Finanzierung zu wählen?

(Beifall PIRATEN)

Das habe ich Bundesverkehrsminister Ramsauer letzte Woche in einem persönlichen Gespräch deutlich machen können. Ich habe ihm auch gesagt: Wenn dieses ÖPP-Modell westliche Elbquerung scheitert, wird es in Deutschland in den nächsten 50 Jahren kein ÖPP-Modell mehr geben. Das heißt, es muss wirklich funktionieren.

(Beifall SPD und SSW)

Eine abschließende Bewertung werden wir natürlich erst vornehmen können, wenn wir den Nachweis der Wirtschaftlichkeit für die ÖPP-Variante abgeschlossen und bei uns auf dem Tisch liegen haben.

(Minister Reinhard Meyer)

Mein niedersächsischer Kollege und ich, wir sind deshalb dafür, alle Finanzierungsmöglichkeiten offenzuhalten. Die Frage der Sonderfinanzierung betrifft dabei übrigens alle Abschnitte der A 20, um wirklich voranzukommen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke, Herr Minister. - Bei einigen Sätzen hatte ich doch den Eindruck, dass Sie die Pressemitteilung von Herrn de Jager vorgelesen haben; deswegen meine Nachfrage.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ich habe ja keine von Ihnen vorgelesen, Herr Breyer.

- Sie haben gesagt, Sie forderten eine **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung**. Können Sie mir sagen, wer mit dieser Wirtschaftlichkeitsuntersuchung befasst ist? Sind das wieder private Firmen, die daran verdienen, dass sie positiv ausfällt?

- Das ist die Grundsatzfrage nach Gutachten. Es gibt einen beauftragten Gutachter. Zu diesem Gutachten haben wir Fragen. Wir erwarten vom Bund, dass diese Fragen beantwortet werden. Das ist ein vernünftiges Verfahren.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir reden natürlich mit dem Bund auch darüber, dass es weitergehen muss. Von der **Bodewig-Kommission** war die Rede. Sie wird im Herbst Vorschläge vorlegen. Wir reden natürlich auch über Vorbilder in Dänemark. Wir reden auch über Möglichkeiten einer Realisierungsgesellschaft. Auch darüber habe ich schon mit Herrn Ramsauer gesprochen. Neben der Priorität „Erhalt vor Neubau“ beim Bundesverkehrswege-

plan müssen wir darüber reden, wie wir in Zukunft Projekte wie die A 20 eigentlich noch finanzieren können.

Meine Damen und Herren, weil das so ist, werden wir die A 20 mit Realismus und Pragmatismus östlich und westlich der A 7 weiter vorantreiben, und das heißt, in dieser Legislaturperiode, was die Baumöglichkeiten angeht, nur bis zur A 7, denn das ist in der Tat realistisch. Ich kann Ihnen zusagen: Wir streben die Planfeststellungsbeschlüsse für alle Abschnitte bis zur Elbe westlich der A 7 an. Das ist ganz wichtig, um auch hier ein Zeichen zu setzen.

(Beifall SSW und Hartmut Hamerich [CDU])

Wir sind aber abhängig vom Verfahren und davon, dass wir **rechtskräftiges Baurecht** bekommen. Das hindert uns im Moment in Bad Segeberg am Weiterbau. Wir werden im Oktober 2013 vor dem Bundesverwaltungsgericht sein. Wir hoffen auf ein positives Urteil und darauf, dass wir danach endlich anfangen können, weil die Menschen in Schleswig-Holstein das von uns erwarten.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Genauso gehört dazu, dass wir die **Finanzierungsfragen** weiter mit dem Bund klären. Viele Fragen sind ungeklärt - gerade für Neubauvorhaben. Da müssen wir die Diskussion weiter intensiv vorantreiben. Ich verspreche Ihnen: Wir werden die Frage der Finanzierung intensiv vorantreiben, insbesondere bei der A 20. Unabhängig von der Frage, ob Karthago zerstört werden sollte oder nicht, verspreche ich Ihnen: Ich bin und bleibe ein Fan der A 20. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Ich frage: Ist Ausschussüberweisung beantragt worden,

(Zurufe: Ja!)

oder wollen Sie in der Sache abstimmen? - Wer den Antrag Drucksache 18/832 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/949 als selbstständigen Antrag dem Wirtschaftsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Gründung einer eigenen „Eliteschule des Sports“ in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/673

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in diese Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei den **Olympischen Spielen** in London war **Schleswig-Holstein** mit der Rekordzahl von 16 Athletinnen und Athleten vertreten. Sie brachten drei Goldmedaillen mit - eine Glanzleistung für unser Land.

(Beifall)

Nicht nur im Segeln, Rudern und Beachvolleyball macht Schleswig-Holstein sportlich von sich reden - etliche Europa-, deutsche und norddeutsche Meisterschaften finden jährlich bei uns statt. Die Reiter, die Synchronschwimmerinnen, die Turner, die Kanuten und die Kegler, um nur einige zu nennen, sie alle haben beeindruckende sportliche Leistungen erzielt und stehen für den guten sportlichen Ruf unseres Landes.

Die Landesregierung unterstützt den Sport nach Kräften. Ich danke dem Parlament ausdrücklich dafür, dass es gelungen ist, dem Sport durch die Erhöhung der jährlichen Förderung eine bessere Planungsgrundlage einzuräumen.

Eine wichtige Voraussetzung, damit sich Sportler auf Spitzenniveau weiterentwickeln können, ist eine funktionierende **duale Karriere**. Es gilt dabei, sich so früh wie möglich auf eine berufliche Karriere nach dem Sport vorzubereiten. Mit den beiden Partnerschulen des Leistungssports in Ratzeburg und Friedrichsort und der Profilquote für das Studium haben wir in Schleswig-Holstein den richtigen Weg eingeschlagen.

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass unsere beiden Partnerschulen nicht, wie in dem Antrag formuliert, in einem Verbundsystem mit Hamburg eingerichtet worden sind; sie agieren jeweils eigenständig, allerdings in enger Zusammenarbeit mit

dem gemeinsamen Olympiastützpunkt Hamburg und Schleswig-Holstein.

Unsere **Partnerschulen** können den jungen Sportlern sowohl die schulischen Grundlagen nahebringen als auch die Teilnahme an Wettkämpfen ermöglichen. Und es funktioniert. An den Partnerschulen fiel das Abitur der bisherigen Leistungssportabsolventen gut bis sehr gut aus. Auch das Bildungsministerium unterstützt diesen Kurs des Dreiklangs aus schulischer, beruflicher und wissenschaftlicher Ausbildung, wie überhaupt der Sport als Teil der Ausbildung positiv mitgestaltet wird.

Einen hervorragenden Ruf genießen zudem unsere **Bundesstützpunkte Segeln** und für den Nachwuchs im **Beachvolleyball** in Kiel-Schilksee sowie in Ratzeburg für **Rudern** mit entsprechendem Internatsbetrieb. Außerdem haben wir weitere regionale Sportschwerpunkte im Land wie etwa die **Landesturnschule** in Trappenkamp oder für **Tischtennis** in Schwarzenbek.

Deutschlandweit gibt es derzeit 41 **Eliteschulen des Sports**. Zum Begriff selbst: Es ist ein Terminus technicus, ein Fachbegriff, den der DOSB geprägt hat, der für sich betrachtet nach meiner Auffassung weder für fachbegriffliche Begründungen noch für ideologische Reflexe Raum lässt. Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland ohne eine solche Einrichtung. Der Titel wird vom Arbeitskreis Eliteschulen des Deutschen Olympischen Sportbundes vergeben, der sechs Hauptkriterien für die Vergabe des Titels festlegt.

Zu diesen Kriterien zählt ein gelungenes **Management des Zeitbudgets** für die Schülerinnen und Schüler. Das kann auch bedeuten, dass zwei Schulen als eine Eliteschule fungieren können. Dies gilt jedoch nur innerhalb desselben Ortes, um den Schülern kurze Wege zu ermöglichen.

Die ursprüngliche Idee, Kiel und Ratzeburg als eine Eliteschule anmelden zu können, mussten wir daher verwerfen. Auch lässt sich derzeit die Einrichtung einer notwendigen reinen Sportklasse angesichts der Zahl der infrage kommenden Schülerinnen und Schüler nicht darstellen. Aktuell haben wir in Ratzeburg acht Vollzeit- und sieben Teilzeitlandeskadernmitglieder, von denen ein Athlet im Bundeskader steht. In Friedrichsort haben wir unter fünf Landeskadern eine Athletin im Bundeskader.

Ein weiteres entscheidendes Kriterium ist die **Anzahl der Bundeskaderathleten** in unseren Schwerpunktsportarten Beachvolleyball, Segeln und Rudern. 10 % der Leistungssportschüler müssen in ei-

(Minister Andreas Breitner)

nem Bundeskader sein. Diese Quote wird derzeit nicht erfüllt.

Dabei muss man berücksichtigen, dass der deutsche Ruderverband die Teilnahme an einer Weltmeisterschaft als mögliche Qualifikation für den Bundeskader grundsätzlich erst mit 17 oder 18 Jahren zulässt. Beim Segeln gilt ein Einstiegsalter ab 19 Jahren.

Dies hat aufgrund der Schulzeitverkürzung auf G 8 zur Folge, dass der notwendige Bundeskaderstatus in der Regel nicht während der Schulzeit erreicht werden kann.

An den Eliteschulen müssen darüber hinaus **personelle Kapazitäten** geschaffen werden, um die Athleten trotz Wettkämpfen schulisch betreuen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, es bleibt unser Ziel, die duale Karriere für unsere Leistungs- und Spitzenathleten zu fördern und auszubauen. Eine Eliteschule im Schnellverfahren zu etablieren, ist der falsche Ansatz. Es gilt vielmehr, in einem gemeinsamen Schulterschluss von Innen- und Bildungsministerium, Landessportverband, den Sportfachverbänden, den Experten des Olympiastützpunkts und allen voran mit einer geeigneten Schule die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dazu gehört auch, die Entwicklung der Partnerschulen, der Bundesstützpunkte und der Profilquote abzuwarten und auszuwerten.

Der aktuelle Wechsel von drei Sportlern der Eliteschule Berlin ins Internat Schilksee zeigt, dass wir mit unserem dualen System und der sportlichen Leistungsfähigkeit auf dem richtigen Weg sind. Ich gehe davon aus, dass sich das weiter herumsprechen wird.

Wir müssen uns fragen, wie wir den **Unterbau von Eliteschulen und Leistungsschulen** für den Spitzensport entwickeln. Die sportlichen Talente, die wir überall im Land haben, auch schulisch zu fördern und Sport als Teil des Bildungsauftrags zu verstehen, ist genau der richtige Weg. Der **Landessportverband** stellt sein **Konzept zur schulischen Talentförderung** in Kürze vor. Schon heute haben wir in Schwarzenbek für Tischtennis eine Schule, die sich der Talentförderung verschrieben hat. Das zu institutionalisieren und zu strukturieren, ist richtig und gut und hat unsere Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Anita Klahn [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Frau Kollegin Barbara Ostmeier von der CDU-Fraktion.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ich hoffe, dass wir wie bei dem vorherigen Thema am Ende der Aussprache von allen Applaus bekommen und nicht nur von den fachpolitischen Sprechern, die aktiv für die Berichterstattung gestimmt haben.

Sehr geehrter Herr Minister, zunächst einmal möchte ich mich sehr herzlich für Ihren umfassenden Bericht zum Thema **Eliteschule** in Schleswig-Holstein bedanken. Ausschlaggebend für unseren Antrag war ja, dass Sie sich im September 2012 vollmundig dafür ausgesprochen haben, in Schleswig-Holstein eine Eliteschule einzurichten. Wenn ich Ihren Bericht jetzt bewerte, komme ich kurz und knapp zu dem Ergebnis, dass Sie sich im letzten Jahr im Rahmen einer Tagung des Landessportverbands im Kieler Landeshaus doch etwas forsch geäußert haben und Sie mittlerweile - damit stimmen wir in unseren Beiträgen überein - zu der Erkenntnis gelangt sind: Die Einrichtung einer Eliteschule anzukündigen, ist das eine, sie zu realisieren, ist das andere. Nicht nur wir, sondern auch alle Fachbereiche und Sportinteressierten waren sehr verwundert über die Aussage, dass Schleswig-Holstein zu dem Zeitpunkt bereits alle Qualitätskriterien des DOSB - Sie haben sie aufgeführt - erfülle.

Dennoch finden wir die Beschäftigung mit dem Thema evident für die **Entwicklung des Leistungssports** in Schleswig-Holstein. Mit großer Unterstützung der damaligen CDU-geführten Landesregierung sind im Jahr 2011 mit den **Sportinternaten** in Kiel-Schilksee mit den Schwerpunktsportarten Segeln und Beachvolleyball sowie in Ratzeburg mit der Schwerpunktsportart Rudern exzellente Einrichtungen etabliert worden. Sie haben es erwähnt: der erste wichtige Baustein.

(Beifall Peter Eichstädt [SPD])

Der zweite folgte mit der Einführung der **Profilquote**, für die Sie auch von unserer Seite große Unterstützung bekommen haben. Dass wir eine eigene Eliteschule des Sports als dritten Schritt brauchen, steht für uns in der Sache völlig außer Frage. Die CDU unterstützt diese weitere Form der Förderung

(Barbara Ostmeier)

der dualen Karriere, Schule, Beruf und Leistungssport.

Meine Damen und Herren, in der **Eliteschule des Sports** findet bereits sehr früh eine vorbildliche Förderung von Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportlern ab der fünften Klassenstufe statt. Talente werden dort entdeckt, Talente werden geformt, und Talente werden schließlich an die internationale Spitze gebracht. Junge Menschen als positive Botschafter unseres Landes in einem fairen Wettbewerb - auch ein weiterer erstrebenswerter Effekt.

Die Trias aus Entdecken, Formen und Internationalität ist bis dato an 41 Eliteschulen des Sports und an 105 allgemeinbildenden Schulen in der gesamten Bundesrepublik zu einem Erfolgsmodell des deutschen Sports geworden. Nur im Norden der Republik, im Land zwischen den Meeren, gibt es einen weißen Fleck. Schade für ein starkes Schleswig-Holstein, schade für unsere starken Spitzensportler!

(Beifall CDU und FDP)

Wir wollen das ändern. Als Oppositionsfraktion bieten wir der Regierung auch in diesem Punkt gern unsere Unterstützung an.

Aber es bedarf unserer Ansicht nach - auch der Minister kommt zu dieser Einsicht - eines behutsamen Vorgehens in einem geordneten Verfahren. Die Grundlagen müssen erfüllt sein.

Folgende Fragestellungen ergeben sich im Vorwege der Erfüllung der Qualitätskriterien - ich möchte Ihnen gern einige exemplarisch nennen -: Bekommen wir mit unseren **derzeitigen Schwerpunktsportarten** Beachvolleyball und Segeln am Standort Kiel überhaupt eine komplette Sportart zusammen, die **schulorganisatorisch** weitere Stellen wie einen Koordinator oder Lehrer-Trainer-Stellen rechtfertigen würde? Haben wir in Schleswig-Holstein ausreichend Schwerpunktsportarten, oder müssen wir auch einmal über den jetzigen Tellerrand hinausschauen, zum Beispiel auf Handball, Fußball, American Football, Schwimmsport oder Reiten? Handelt es sich dabei überwiegend um Einzel- oder Mannschaftsdisziplinen? Eine wichtige Frage, wenn wir die Klassenstärken erfüllen wollen. Welche **Kadergrößen** verlangen die nationalen Fachverbände?

Meine Damen und Herren, Herr Minister, als eine Besonderheit gelten die **fachspezifischen Eliteschulen**. Denkbar wären demnach auf den **Segel-**

sport oder das **Rudern** ausgerichtete Eliteschulen in Schleswig-Holstein.

Es gibt aber auch weitere Aktivitäten, die im Land schon auf dem Weg sind. Ein gutes Beispiel für aktuelle Aktivitäten gab die Berichterstattung im „Schleswig-Holstein-Magazin“ des NDR zu einer Kooperation des Tischtennisverbands Schleswig-Holstein mit dem TSV Schwarzenbek und dem Gymnasium Europaschule Schwarzenbek, die bereits früh Talente im **Tischtennis** sichten und fördern. Die Studentafel der Schüler ist auf den Sport ausgerichtet. Nachhilfe- und Förderstunden werden erteilt - finanziert übrigens mit Mitteln des Fachverbands. Aus meiner Sicht ergibt es Sinn und ist überlegenswert zu prüfen, ob wir weitere Sportdisziplinen zu **Schwerpunktsportarten** machen.

Dies alles müssen wir mit der gebotenen Sorgfalt und mit kompetenter Begleitung durch Fachleute gemeinsam besprechen. Mit „gemeinsam“ meine ich nicht nur den Landtag und die Landesverwaltung, sondern auch unseren Landessportverband, alle interessierten Fachverbände, die Spezialisten vom Olympia-Stützpunkt Hamburg Schleswig-Holstein, die Partnerschulen des Leistungssports und die Schulen, die bereits Kooperationen mit Vereinen und Verbänden eingegangen sind.

Lassen Sie uns dementsprechend im Ausschuss für Innen und Recht das Thema Einführung einer eigenen Eliteschule des Sports auf die politische Agenda setzen, um dort das Weitere zu erörtern und im Sinne der Sache voranzubringen. Ich zitiere an dieser Stelle gern Herrn Meyer: „Stück für Stück ein wenig voran.“

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion der CDU beantragt die Überweisung der Drucksache in den für Sport zuständigen Ausschuss für Innen und Recht. Ich freue mich, dass wir hier weiter die richtigen Signale setzen. - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt in der Tat das zweite Mal in diesem Jahr, dass wir uns mit dem Thema **Leistungssport** befassen. Das ist ja schon einmal

(Jürgen Weber)

erfreulich. Beim Hochschulzulassungsgesetz haben wir das einmütig, gemeinsam gemacht. Das ist ein gutes Signal.

Bei der Frage **Eliteschule des Sports** sollten wir, wenn wir über die Inhalte reden, nach intensiver Debatte mehr oder weniger zu einer einheitlichen Auffassung, zu einer unterstützenden Auffassung, kommen. Mir ist zwar klar, dass es immer Leute gibt, die beim Begriff „Elite“ in Ohnmacht fallen, aber der DOSB hat nun einmal entschieden, dass es „Eliteschule des Sports“ heißt. Man hätte sie auch „Schulen der sportlichen Avantgarde“ nennen können oder wie auch immer. Das ist letztlich egal.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit - Zurufe)

Dass man über Elite im Parlament lacht, verwundert ja nicht; dazu will ich mich jetzt aber nicht weiter äußern.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit - Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten über die Inhalte reden, um die es im Kern geht. Ich finde, dass der Bericht des Ministers sehr gut war und zum Ausdruck gebracht hat, worum es geht. Ich möchte auch Frau Ostmeier in allen zentralen Punkten eigentlich nicht widersprechen,

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

sondern einige Ergänzungen machen.

Lassen Sie mich drei oder vier Anmerkungen dazu machen. Das eine ist, dass wir, wenn wir über solche Einzelmaßnahmen und über die inhaltliche Ausgestaltung reden, auch in Schleswig-Holstein und in diesem Haus eine Debatte über den **Stellenwert des Spitzensports** insgesamt brauchen. Wir müssen schon die Frage beantworten, wie wichtig uns sportliche Erfolge und wie wichtig uns Leistungssportlerinnen und -sportler sind, die beruflich und gesellschaftlich ihr Leben hinterher meistern können. Diese Grundsatzfrage müssen wir unabhängig von dieser konkreten Maßnahme beantworten.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Das hat auch damit zu tun, dass, wenn wir Sport fördern - ich denke, das ist unstrittig - und wenn wir im Rahmen des gesamten Sportbereichs auch Leistungssport fördern, wir wissen müssen, dass die Möglichkeit, sich als Leistungssportler sportlich zu betätigen, begrenzt ist. Sie können mit 90 Jahren vielleicht noch Leistungssport im Schach ausüben, aber Sie können das in den meisten anderen Sportarten nicht. Wir brauchen also junge Menschen, die sich beruflich und gesellschaftlich so entwickeln

können, dass sie als Leistungssportler auch ein Stück als Vorbild in dieser Gesellschaft gelten können. Ich glaube, das sollten wir unterstützen. Deswegen sind wir im Grunde für das, was sich Eliteschulen des Sports nennt.

(Vereinzelter Beifall SPD, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Zahlen und Daten sind hier schon genannt worden. Es sind immerhin bemerkenswerte Zahlen, wie ich finde. Ich rede jetzt nicht von Medaillengewinnern und -siegern, um nicht andere hier im Haus zu provozieren, sondern ich nenne nur die Zahl derjenigen, die sich an den **Olympischen Spielen** als Leistungssportler beteiligt haben: Von den 392 deutschen Sportlerinnen und Sportlern, die an den Start gegangen sind, kommen immerhin 104 von den sogenannten Eliteschulen des Sports. Das ist schon eine bemerkenswerte Zahl.

Auf einen Kernpunkt haben Frau Ostmeier und der Minister ausführlich hingewiesen: Das ist jetzt natürlich keine Wunsch-Dir-was-Veranstaltung, nach dem Motto: „Wir wollen so eine Schule, dann schneiden wir noch irgendwo drei oder vier Stellen heraus, das können wir, wenn wir das wollen, uns finanziell noch leisten, und dann machen wir einmal eine.“ - Die **Kriterien** sind hart. Der **DOSB** hat klare, präzise Vorgaben gemacht. Dort, wo wir nicht genügend Kaderathletinnen und -athleten haben, können wir nicht einfach sagen, dass wir eine Eliteschule machen. Das heißt, die Frage der Förderung des Leistungssports insgesamt ist ins Auge zu fassen, und dann auch konzentriert in einzelnen, auch regional begrenzten Bereichen, damit wir zu solchen Schulen kommen. Das will ich nicht alles wiederholen. Ich bitte nur sehr darum, dass wir das ins Auge fassen und uns nicht gegenseitig Forderungen zurufen, die faktisch gar nicht umsetzbar sind.

Ein vorletzter Punkt, auf den ich hinweisen möchte: Auch diese Eliteschulen wachsen im eigentlichen System. Wir brauchen sowohl für die Akzeptanz als auch für den Unterbau Verbesserungen im **Schulsport** insgesamt. Das ist jetzt nicht das Thema, das will ich jetzt nicht ausführen, aber wir haben im Hinblick auf Schulsportunterricht Defizite, die wir beheben müssen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir haben Anknüpfungspunkte. Die **Partnerschulen des Sports** sind genannt worden. Auch innerhalb der - in Anführungszeichen - normalen Schulen müssen wir schauen, ob wir für diejenigen

(Jürgen Weber)

jungen Menschen, die Spitzensport leisten und leisten wollen, den Schulalltag - also in normalen Schulen, die keine Partnerschulen geschweige denn Eliteschulen sind - entzerren und Möglichkeiten schaffen können, Sport im Rahmen dieses Schulalltags zu betreiben. Da haben wir viele praktische Detailregelungen zu treffen. Ich möchte nur, dass sie nicht vergessen werden, während wir über den großen Überbau der Eliteschulen sprechen.

Zum Schluss will ich ein ganz praktisches Beispiel nennen. Die Grunderkenntnis, dass Breitensport nur dann möglich ist - wir alle wollen Breitensport, Gesundheitssport, Betätigung von jungen Menschen aus gesundheitlichen Gründen, um sich in der Gesellschaft und in der Gruppe sozial weiterzuentwickeln -, wenn es Attraktivität und Anreize für die Jugendlichen gibt. Leistungssport und Leistungssportler bieten das.

Das ist klar, wenn man in den privaten Bereich blickt. Ich habe das gestern Abend zu Hause diskutiert. Natürlich gehen meine Jungs nicht bei jeder Möglichkeit, wenn das Wetter draußen einigermaßen gut ist und sie Zeit haben, draußen auf die Wiese, auf den Platz und spielen stundenlang bis zum Umfallen Fußball, weil sie das so spannend finden, in sieben Jahren vielleicht einmal in der C-Kreisklasse zu spielen, sondern weil sie Leistungssportler sehen, weil sie denen nacheifern und im Team gemeinsam etwas leisten wollen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das sollten wir ihnen ermöglichen, und das sollten wir gemeinsam tun. - Danke schön.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst Herrn Breitner für den offenen und ehrlichen Bericht, dem wir entnehmen, dass eine Gründung einer Eliteschule des Sports in Schleswig-Holstein nicht auf der Tagesordnung steht. Ich sage hier ganz offen und um etwas Wasser in den konsensualen Wein zu gießen: Wir als Grüne sind darüber nicht so traurig.

Bei der Vorbereitung in der grünen Fraktion auf diesen Tagesordnungspunkt kam es zu einer munteren und kontroversen Debatte über Sinn und Unsinn einer Eliteschule des Sports in Schleswig-Holstein. Schon der **Begriff** der **Eliteschule** war umstritten. Mir war es wichtig darauf hinzuweisen, dass sich diese Internatsschulen nicht in **Kaderschmieden** in der Tradition der 25 Kinder- und Jugendsport-schulen der ehemaligen **DDR** entwickeln dürfen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Um Gottes Willen!)

Tatsächlich scheint es so, dass sich diese besondere Form der Sportförderung zum Zwecke einer höheren Medaillenausbeute bei Olympia ziemlich bruchlos in die wiedervereinigte Bundesrepublik hinübergerettet hat. So erfolgreich war eigentlich nur noch das bekannte grüne DDR-Ampelmännchen.

Die jetzt in den neuen Bundesländern noch bestehenden 20 Eliteschulen des Sports waren allesamt bereits vor der Wende Kinder- und Jugendsport-schulen. Sportwissenschaftler beklagen immer wieder, dass sich zu viel von dem alten DDR-Geist in diesen Einrichtungen erhalten hat.

Nachvollziehbar ist aber auch das Anliegen, dass Kinder und Jugendliche, die wirklich begabt sind und den großen Traum vom olympischen Siegeretreppechen verwirklichen wollen, auch in Schleswig-Holstein eine **Sportförderung** erhalten sollten, bei der Sportkarriere, Schule und Berufsausbildung unter einen Hut gebracht werden können.

Das **Motto** der **Eliteschulen** macht mich jedoch skeptisch: „Hier werden aus Talenten Sieger“ - so steht es über den Türen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja und? - Anita Klahn [FDP]: Was ist daran so schlimm?)

Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einer Elitenförderung nicht aus allen Talenten Sieger gemacht werden können. Von den 11.000 in Deutschland auf einer Eliteschule trainierenden Schülerinnen und Schülern wird nur ein kleiner Teil auch nur in den Nahbereich einer Medaillen-chance oder eines internationalen Titels gelangen - eben eine Elite. Auf der Strecke bleibt ein erheblicher Anteil von Gescheiterten, die gemessen am Erfolg einen zu großen Teil ihres Kindes- und Jugendalters bedingungslos dem Leistungssport verschrieben haben.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie sind nicht selten getrieben vom hemmungslosen Ehrgeiz ihrer Eltern. Die frühzeitige Vereinseitigung auf das Training einer bestimmten Sportart birgt die Gefahr der mentalen, emotionalen und in-

(Burkhard Peters)

tellektuellen Reduzierung in sich. Dies kann spätere Lebens- und Berufschancen verengen und verbauen, ohne dass auf der Habenseite ein befriedigender sportlicher Erfolg zu verbuchen wäre.

In der Vorbereitung auf das Thema stieß ich unter anderem auf einen äußerst interessanten **Filmbeitrag des WDR** vom 22. April 2013, der unter dem Titel „**Elitärer Balanceakt**“ ausgestrahlt wurde und sich mit den Eliteschulen des Sports befasste. Hier kann man sehen, wie sich Kinder teilweise von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr für ihren Traum quälen und schinden. Kritisch wird angemerkt, dass der Schulerfolg im Zweifel häufig zurückstehen muss. Wenn die Vorbereitung auf ein wichtiges Sportereignis im Vordergrund steht, kann die Schulzeit auf manchen Schulen ohne Weiteres um ein Jahr verlängert werden. Den jungen Sportlern bleibt nach dem Bericht kaum Zeit, sich selbst und ihren Aufwand für den Sport kritisch zu hinterfragen. Auch Fragen nach einer Zukunft außerhalb des Sports haben keinen Platz.

Besonders aufschlussreich in dem Beitrag ist die Aussage des Sportwissenschaftlers Professor Dr. Arne Güllich von der Technischen Universität Kaiserslautern. Dieser hat die **Effizienz der Eliteschulen** des Sports untersucht und hinterfragt. Dazu bestand vor allem nach dem aus Sicht der Öffentlichkeit zu mageren Medaillenergebnis der Sommerspiele von London erheblicher Anlass. Er kommt zu dem Ergebnis, dass bei den untersuchten Olympiateilnehmern diejenigen statistisch geringere Medaillen Chancen hatten, die am längsten eine Eliteschule des Sports besucht hatten.

Er präferiert eindeutig das Modell des im angelsächsischen Bereich praktizierten **Campus-Sports**. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, dass die Sportlerinnen und Sportler nach einer längeren, nicht spezialisierten Entwicklungsphase erst relativ spät ein gezieltes Leistungstraining in einer speziellen Disziplin aufnehmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Fahren Sie mal in die USA!)

- Dies erkläre - unter anderen Faktoren - den erheblichen Erfolg im internationalen Wettbewerb von Sportlerinnen und Sportlern aus den USA - Herr Garg - Kanada, England, Australien und Neuseeland. Dort wird genau dieses Modell präferiert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da würde ich an Ihrer Stelle mal hinfahren! Späte Spezialisierung!)

Diese These scheint auch durch den vorliegenden Bericht bestätigt zu werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Natürlich!)

Die in unserem Land schwerpunktmäßig geförderten Sportdisziplinen Beachvolleyball, Segeln und Rudern, lassen ohnehin eine sehr **frühe Spezialisierung** nicht zu. Auch ohne Eliteschulen hat das Land Schleswig-Holstein deshalb mit 16 Athletinnen und Athleten und drei errungenen Goldmedaillen in London eine gute Bilanz vorzuweisen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Quatsch!)

Die bestehenden **Partnerschulen** des Leistungssports in Ratzeburg und Kiel, und vor allem das Konzept der **Profilquote** für das Studium, sind aus unserer Sicht gute Voraussetzungen, um Sportkarriere, schulische, berufliche und wissenschaftliche Ausbildung erfolgreich zu verbinden.

Wir Grünen plädieren dafür, die für die Sportförderung vorgesehenen Landesmittel mehr dafür einzusetzen, den Breitensport, Gesundheitssport und den Funsport auch jenseits der bestehenden Vereinsstrukturen zu unterstützen. Eine Eliteschule des Sports brauchen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Beratung fortfahren, bitte ich Sie, mit mir zusammen Schülerinnen und Schüler der Alexander-von-Humboldt-Schule in Neumünster sowie der Emil-Possehl-Berufsschule aus Lübeck auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Frau Kollegin Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für den Bericht. Nachdem ich ihn gehört hatte, habe ich gedacht: Okay, das sieht recht sportlich aus; Wir werden uns hier relativ einmütig artikulieren. Das dachte ich insbesondere auch nach den Beiträgen von der Kollegin Ostmeier und dem Kollegen Weber. Ich bin dem Kollegen Weber ausgesprochen dankbar für seine Darstellung, das ist genau meine Intention.

(Anita Klahn)

Aber ich muss an dieser Stelle auch sagen, dass ich völlig fassungslos über den Bericht des Kollegen Peters bin. Etwas anderes kann ich dazu gar nicht sagen. Haben sie sich jemals mit Jugendlichen unterhalten, die begeistert Sport machen, die davon träumen, auch noch weiterzukommen und dafür ihre Freizeit freiwillig opfern? Haben Sie sich jemals damit auseinandergesetzt, wann Jugendliche welche Trainingseinheiten absolvieren müssen, damit sie ihren Traum verwirklichen können, in welchem Alter? Das müssen sie relativ früh machen. Wenn sie nicht rechtzeitig ordentlich trainiert werden, dann besteht die Gefahr von Verletzungen und die Gefahr, dass sie nicht das Optimum erreichen können.

Herr Kollege Peters, ich finde es völlig daneben, dass Sie hier die DDR-Zeit als Negativbeispiel anführen, wenn es darum geht, sportbegeisterte Jugendliche dahin zu bekommen, dass sie sowohl gute Leistungen in der Schule erbringen als auch gute Leistungen im Sport erzielen können, weil man ihnen das Zeitmanagement vereinfacht, indem man Schulen anbietet, in denen Rücksicht darauf genommen wird. Dort wird dann nicht Montagmorgen um acht Uhr eine Englischklausur geschrieben, sondern an einem anderen Tag, zu einer anderen Uhrzeit, weil nämlich am Wochenende Wettkämpfe gewesen sind.

Kennen Sie Jugendliche, die sagen: Ich gehe freiwillig im Alter von 13 Jahren von zu Hause weg in ein anderes Bundesland, damit ich mein Ziel erreiche, in der Leichtathletik Spitzensportlerin zu werden, weil ich einmal eine Medaille bei Olympia bekommen möchte? Wollen Sie diesen Jugendlichen hier wirklich sagen: Mach das bitte überall in anderen Bundesländern, aber ja nicht in Schleswig-Holstein, denn wir sind der Meinung, dass das etwas mit DDR und mit Knüppeln zu tun hat; das ist etwas ganz Schreckliches? Wollen Sie Jugendlichen auf den Weg mitgeben, dass Leistung sich nicht lohnt? - Ehrlich gesagt fehlen mir die Worte. Vielleicht unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Dr. Tietze darüber.

(Beifall FDP und CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso sind denn die ganzen Ex-DDR-Trainer übernommen worden?)

- Sie können sich gern zu Wort melden, wenn Sie etwas sagen möchten. Wenn das Ihre Meinung ist, dann werde ich den Menschen in dieser Welt und in diesem Land sehr gern Ihre Haltung in jedem Gespräch, das ich mit Sportlern führe, vortragen.

(Zurufe SPD)

- Nein, ich bin nicht Obama.

Ich bin der Meinung, dass es unsere Aufgabe ist, auch in Schleswig-Holstein die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir die sportlichen Talente hier fördern. Wir haben mit der **Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes**, mit der **Profilquote**, einen ersten Schritt gemacht. Ich bin sehr dankbar, dass wir das in der letzten Legislaturperiode auf den Weg bringen konnten und dass die jetzige Regierung an der Stelle weitermacht.

Ich bin dem Innenminister auch wirklich sehr dankbar für seine Worte, und dafür, dass er hier auf dem Weg ist und dass er auch die Kriterien ins Spiel gebracht hat, die nicht ganz ohne sind und die es nicht ganz einfach machen zu sagen, jede Schule kann sich bewerben.

Ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass wir eine Chance nutzen sollten. Wir haben im Moment das Problem, dass wir den **Rückzug der Bundeswehr** und dadurch viele große freie Flächen haben. Wir haben Areale in Städten, in denen es verschiedenste Schulformen gibt, wie zum Beispiel in der Nähe von Neumünster, die wir hierfür vielleicht ausstatten könnten. Wir sollten dort hinschauen und gucken, ob wir für diese Region dadurch nicht a) etwas tun und b) an dieser Stelle genau das auf den Weg bringen können, was wir für unsere Kinder brauchen.

Es geht eben nicht nur um Rudern und Segeln, es geht auch um Leichtathletik, es geht um Reiten und eine ganze Reihe weiterer Breitensportarten. Sie haben das bereits ausgeführt. Das wäre meine Bitte, dass wir genau diese Chance, die sich an dieser Stelle bietet, nutzen.

Aus diesem Grund möchte ich darum bitten, dass wir den Antrag auch in den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen bekommen.

(Zurufe)

- Entschuldigung, ich meine den Bericht. Wir sollten an der Stelle dort weiter beraten.

(Beifall FDP und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich weise nur kurz darauf hin, dass die Geschäftsordnung nicht vorsieht, dass gegebene mündliche Berichte überwiesen werden. Aber selbstredend können Sie im Innen- und Rechtsausschuss und auch im Bildungsausschuss im Rahmen der Selbstbefassung über dieses Thema weiter diskutieren. Ich sage das nur,

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

damit es nachher nicht zu Irritationen kommt, wenn wir die Beratung abschließen.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Ja, das ist eigentlich auch nur eine formale Frage. Inhaltlich kann die Debatte gern weiter geführt werden. Das ergibt auch Sinn.

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion ist die direkte Konsequenz aus den Ankündigungen von Herrn Minister Breitner aus dem letzten Jahr, als er zum einen eine **Profilquote** bei der Hochschulzulassung zum anderen die **Eliteschulen des Sports** ankündigte. Die Profilquote haben wir schon behandelt. Dass wir nun die Eliteschulen des Sports ebenfalls auf der Agenda haben, ist folgerichtig. Das haben die Kolleginnen und Kollegen der CDU sehr stringent in der Begründung zu dem Antrag entwickelt. Gut, dass wir diesen Antrag endlich behandeln. Er stand schon auf der Tagesordnung für die 10. Tagung. Da sind wir - was die Schnelligkeit angeht - sportlich nicht unbedingt an der Spitze. Aber gut Ding will Weile haben. Ich bin froh, dass wir detailliert informiert werden sollen.

Der Minister hat in seinem Bericht eine **Bestandsaufnahme** vorgelegt, mehr nicht. Das ist nicht viel, angesichts der vollmundigen und mutigen Ankündigungen aus dem letzten Jahr. Das ist aber genug, um hier und später im Ausschuss vertieft darüber zu sprechen.

Denn ich gebe zu, dass die Eliteschulen des Sports bei mir durchaus auch Bauchgrummeln verursachen. Lieber Kollege Weber, aber Bauchgrummeln führt nicht zwingend zum Umfallen. Sie sehen, ich stehe noch.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Das Bauchgrummeln hat seine Ursache. Zum einen haben wir eine natürliche Skepsis gegenüber dem Begriff der **Elitenbildung** bereits im Schulalter. Wir wollen Kinder individuell fördern entsprechend ihren Stärken, Neigungen und Talenten, und wir wollen ihnen dort helfen, wo sie Unterstützung brauchen. Den Begriff der Elite höre ich nicht so gern, weil wir nicht selektieren, sondern das gemeinsame Lernen in den Vordergrund stellen wollen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Andererseits ist natürlich auch eine außergewöhnliche sportliche Begabung eine Stärke und ein Talent, das förderungswürdig ist und besondere Bedingungen benötigt, um voll ausgeschöpft zu werden.

Wie sehen diese Bedingungen nun aus? Wie sieht es aus mit der Anzahl der förderungswürdigen Kaderathleten in Schleswig-Holstein? Welche Zugangsvoraussetzungen sollen gelten? Welche Klassenstufen sind geplant? Welche Voraussetzungen bedarf es hinsichtlich der Mensen und sportlergerechtem Essen? Wie sieht es aus mit der Unterbringung der Schülerinnen und Schüler; brauchen wir ein Internat? Was machen der Ganztagsbetrieb, die pädagogisch betreuten Arbeitszeiten? Welche Abschlüsse werden erreichbar sein? Die Liste der Fragen ist lang, und wir haben viel zu besprechen.

Besonders wichtig sind mir in diesem Zusammenhang die Fragen nach den **Finanzierungsmöglichkeiten** und dem **räumlichen Bedarf**. Die PIRATEN beobachten sehr sorgfältig die Entwicklung an den Schulstandorten, gerade dort, wo Schulen in Existenznot geraten, weil ihnen die Schüler ausgehen. Wir sehen die Sorgen der Schulträger, die investiert und Angst vor Investitionen in erheblichem Ausmaß haben.

Dass bei der Gründung einer Eliteschule des Sports Investitionen nötig werden, steht wohl außer Frage. Ich möchte gern noch einmal ausführlicher darüber informiert werden, welche Kosten diese Investitionen generieren und wer sie am Ende trägt.

Ein weiterer finanziell relevanter Punkt ist für mich erheblich. Wo kommen die vielen **Lehrerstellen** dafür her? Es ist an dieser Stelle schon bemerkenswert, dass ausgerechnet Teile der Opposition jede Planstelle, die an Gesamtschuloberstufen geht, akribisch nachzählen, an dieser Stelle aber recht entspannt argumentieren.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Thomas Rother [SPD])

Auch der Geschäftsführer des Leistungssports im Landessportverband, Thomas Behr, wird im „sh:z“ mit der Anmerkung zitiert, dass das ganze Projekt nur Sinn mache, wenn das Bildungsministerium auch die notwendigen Planstellen bereitstellen werde. Ich spreche nicht gegen den Plan, ich will aber wissen, wie viele Lehrer wir bewegen und wo sie herkommen, denn im Angesicht eines massiven strukturellen Defizits im Lehrerbereich fällt die Einrichtung einer Eliteschule des Sports schon fast

(Sven Krumbeck)

unter den Begriff Luxus. Eine Luxuseinrichtung habe ich ehrlicherweise in einer Zeit der Sicherung des Unterrichtsangebots in der Fläche und einer endlich erfolgen müssenden Entlastung unserer Lehrkräfte insgesamt nicht auf der politischen Tagesordnung.

Ich betone es aber gern noch einmal: Das ist meine eigene Betrachtungsweise. Ich selbst bin Absolvent mindestens einer Partnerschule des Leistungssports, nämlich der Gemeinschaftsschule Friedrichsort. Daher gehört es sich einfach, dass ich mich umfassend informiere, um gegebenenfalls die Einrichtung einer sportlichen Eliteschule aufrichtig unterstützen zu können. Schließlich stellt Schleswig-Holstein - was die bessere Förderung angeht - einen weißen Punkt auf der bundesweiten Landkarte dar. Wir müssen nicht jeden Trend mitmachen, wenn etwas aber richtig und wichtig und vor allem machbar ist, dann sollten wir dabei sein. Da stimme ich Herrn Minister Breitner vom Grundsatz her zu.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Ich freue mich darauf, das Projekt weiter in den Ausschüssen zu beraten. - Danke.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Kollegen des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anfang des Jahres haben wir hier eine Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes diskutiert. In diesem Zusammenhang hat der SSW darauf hingewiesen, dass wir als Land Schleswig-Holstein beim Thema Spitzensport und Hochschulstudium noch besser werden sollten. Ich denke, mit der vereinfachten Hochschulzulassung für junge Spitzensportlerinnen und Spitzensportler durch die eingeführte **Profilquote** ist uns ein wichtiger Schritt in diese Richtung gelungen. Doch auch vor diesem Hintergrund ist klar: Wenn wir unserem Anspruch gerecht werden und dem Sport die bestmöglichen Rahmenbedingungen und eine verlässliche Perspektive geben wollen, dann müssen wir weitere Maßnahmen auf den Weg bringen.

Aus Sicht des SSW gehören verbesserte **Förderstrukturen** im Bereich **Schule und Karriere**, die die CDU in ihrem Antrag fordert, grundsätzlich da-

zu. Auch den vorgeschlagenen Weg über eine schleswig-holsteinische Eliteschule des Sports sehen wir durchaus positiv.

(Beifall SSW und CDU)

Es ist in unseren Augen sinnvoll und nur konsequent, wenn wir jungen Spitzensportlern nicht erst mit Beginn ihres Studiums, sondern schon zu Schulzeiten optimale Bedingungen für ihre duale Karriere bieten.

(Beifall SSW, vereinzelt PIRATEN, Beifall Barbara Ostmeier [CDU] und Beate Raudies [SPD])

Bitte erlauben Sie mir aber an dieser Stelle den Hinweis, dass wir uns bei der Vereinbarkeit von sportlicher und beruflicher Karriere im Bereich Schule nicht im luftleeren Raum bewegen. Neben der angesprochenen Profilquote an unseren Hochschulen haben wir durch unsere **Partnerschulen** des Leistungssports in Friedrichsort und Ratzeburg gute Voraussetzungen dafür, dass sich junge Menschen neben ihrer beruflichen Karriere auch auf ihre sportliche Laufbahn vorbereiten können. Schon nach zweijährigem Bestehen dieser Partnerschulen lässt sich festhalten, dass dieser Ansatz der richtige ist. Die Leistungssportabsolventen profitieren von kurzen Wegen zu ihren Trainingsstätten, die Vereinbarkeit von Schule und sportlichen Wettkämpfen ist gegeben, und ihre Abschlussergebnisse können sich sehen lassen.

Neben diesem gut funktionierenden System, zu dem im Übrigen das Bildungsministerium einen wichtigen Beitrag leistet, haben wir mit der Erhöhung der jährlichen **Förderung** auch den **Breitensport** weiter gestärkt. Wie Sie wissen, sind aus den Zweckabgaben im Glücksspielbereich 8 %, beziehungsweise mindestens 7 Millionen €, für den Landessportverband und seine Mitgliedsvereine sowie den außerunterrichtlichen Schulsport und den außerschulischen Sport vorgesehen. Dies ist besonders wichtig, weil es aus Sicht des SSW natürlich nicht nur darum gehen kann, einige wenige Spitzensportler zu fördern. Auch der Breitensport braucht in unseren Augen eine verlässliche Perspektive, das ist völlig klar.

Für uns ist es aber kein Widerspruch, wenn wir sowohl den Breitensport als auch den Spitzensport verstärkt fördern. Die **Rahmenbedingungen** für eine duale Karriere müssen weiter verbessert werden, denn wir wollen, dass noch mehr junge Menschen von diesen Bedingungen profitieren können.

(Lars Harms)

Eine **Eliteschule** bietet genau diese erweiterten Möglichkeiten. Hier wird eine hochwertige schulische Ausbildung mit optimalen Trainings- und Wettkampfbedingungen kombiniert. Im Kern geht es darum, dem Nachwuchs sportliche Spitzenleistungen zu ermöglichen, ohne dass dabei Bildungschancen auf der Strecke bleiben. Ich glaube, auch auf dieses Ziel können wir uns alle verständigen. Das ist insbesondere für diejenigen Jugendlichen wichtig, die keinen Profisport wie Fußball oder Handball betreiben, bei dem man später Geld verdienen kann. Es geht insbesondere um diejenigen, die Sportarten betreiben, die nicht so finanzträchtig sind. Gerade diese Sportler müssen auf ihre berufliche Perspektive achten, und wir als Staat müssen ihnen Gelegenheiten dazu bieten.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Um ehrlich zu sein, kann es schon verwundern, dass von den rund 40 Eliteschulen des Sports in Deutschland keine einzige hier in Schleswig-Holstein liegt. Das ist allerdings bei Weitem kein Grund für unüberlegte Schnellschüsse. Mit Blick auf den vorliegenden Antrag will ich die Kollegen der CDU um etwas Geduld bitten. Das Prädikat Eliteschule des Sports wird durch den Arbeitskreis Eliteschulen des **Deutschen Olympischen Sportbundes** vergeben und ist an strenge **Kriterien** geknüpft. Der politische Wille und die engagierte Arbeit des Innen- und des Bildungsministeriums allein reichen nicht. Wir müssen erkennen, dass einige dieser Kriterien derzeit noch nicht erfüllt werden. Der Teil der jungen Athleten hierzulande, die auch im jeweiligen Bundeskader sind, ist zum Beispiel zu gering. Auch für die Einrichtung einer reinen Sportklasse reicht es noch nicht. Eine Bewerbung macht unter diesen Voraussetzungen bisher wenig Sinn.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einen sehr wichtigen Punkt hinweisen, der im Antrag leider viel zu kurz kommt: Ein Ausbau der Spitzensportförderung durch die Gründung einer eigenen Eliteschule kann nur gemeinsam gelingen. Nicht nur Innen- und Bildungsministerium, sondern vor allem auch der Landessportverband, die betroffenen Vereine und nicht zuletzt die Universitäten und die Partnerschulen des Sports sollen ihr Wissen und ihre Erfahrungen in diesen Prozess einbringen können. Nur so werden wir unser **gemeinsames Ziel**, die Leistungssportstruktur nachhaltig zu stärken, auch erreichen,

(Beifall SSW und vereinzelt CDU, SPD und PIRATEN)

denn vielleicht im Gegensatz zur Fraktion der Grünen sage ich: Leistungssport ist kein Teufelswerk,

(Beifall SSW und vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

sondern die Grundlage dafür, dass Jugendliche **Vorbilder** bekommen, denen sie im Breitensport nacheifern können. Somit sind Eliteschulen des Sports nicht nur förderlich für die sportliche, die schulische und die berufliche Entwicklung der betroffenen jungen Sportler, sondern auch eine mittelbare Förderung des Breitensports. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Barbara Ostmeier [CDU] und Anita Klahn [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. - Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/673 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es wurde kein Antrag gestellt. Gleichwohl wurde mehrfach betont, dass man weiter über dieses Thema diskutieren wird. Der Tagesordnungspunkt ist an dieser Stelle aber erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19, 31 und 32 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Sommerferientermine entzerren - Tourismusstandort Schleswig-Holstein stärken

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/808

Sommerferientermine entzerren - Tourismusland Schleswig-Holstein stärken

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/951 (neu)

b) Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/909

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barrierefreies Urlaubsland

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/952

c) Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Schleswig-Holstein voranbringen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/910

Bedeutung des Kreuzfahrt- und Fährtourismus für Schleswig-Holstein

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/950

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Passender als kurz vor Beginn der Sommerpause hätte eine solche Debatte nicht sein können. Daher freue ich mich, dass wir jetzt über den Tourismus und die Sommerferienregelung sprechen. Eingangs möchte ich auf den FDP-Antrag zur Entzerrung der Sommerferientermine eingehen. Bereits am Rande der ITB in Berlin im März 2013 hatte sich die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Tourismus der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz auf Initiative von Schleswig-Holstein dafür ausgesprochen, dass die **Sommerferienregelung gestreckt** wird. Auch die Tourismusverbände haben sich das wichtige Thema in diesem Jahr auf die Fahnen geschrieben. Das finde ich sehr gut. Sie haben dafür sehr gute Argumente genannt.

Meine Damen und Herren, es muss bei dieser Regelung etwas passieren. Dass die drei großen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg in diesem Jahr fast zeitgleich Sommerferien haben, verkürzt die umsatzstarke Sommersaison. Ziel muss sein, die Sommerferien zu entzerren und den Rahmen von 90 Tagen künftig so weit wie möglich auszuschöpfen.

(Beifall FDP und SSW)

Es kann nicht sein, dass sich Bayern und Baden-Württemberg nach wie vor weigern, am sogenannten **rollierenden System** teilzunehmen. Dabei hätten auch die großen Süd-Bundesländer Vorteile von einer Ausdehnung des Ferienkorridors: Es gäbe weniger Staus, die Durchschnittspreise in der Hauptsaison würden sinken und die gesamte **Tourismusbranche** würde **höhere Einnahmen** erzielen.

Nach Schätzungen der Hochschule Harz bringt - so schreibt es der Deutsche Reiseverband - eine Verlängerung der Ferienzeit dem Hotel- und Gastgewerbe Mehreinnahmen von rund 100 Millionen € pro Ferientag. Damit einher gehen natürlich auch mehr Arbeitsplätze und steigende Steuereinnahmen.

Ich freue mich daher sehr, dass Wirtschaftsminister Reinhard Meyer bei der Wirtschaftsministerkonferenz ein klares Signal für den Tourismusstandort Schleswig-Holstein gesetzt und sich zum wiederholten Male FDP-Forderungen angeschlossen hat.

(Beifall FDP)

Dafür vielen Dank, Herr Meyer.

In dem Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/808, der am 7. Mai 2013 eingereicht wurde, fordert die FDP-Landtagsfraktion genau das, was Minister Meyer später angestoßen hat. So ein schnelles Umsetzen von Beschlüssen der FDP-Fraktion kannte ich bisher nur von FDP-Ministern. Also nochmals vielen Dank, Herr Meyer.

(Beifall Anita Klahn [FDP])

Daher war ich auch bis Dienstagabend sehr zuversichtlich, dass unser Antrag heute eine breite Mehrheit finden wird. Es wäre auch für die Bildungsministerin Waltraud Wende ein starkes Signal gewesen; denn diese hätte sich in der KMK darauf stützen können, dass der gesamte Landtag diese Initiative unterstützt. Dann jedoch kam Dienstagabend der **Änderungsantrag der Koalition**. Ich finde es ein bisschen schade, dass Sie nun einen eigenen Antrag einbringen, anstatt unserem Antrag einfach zuzustimmen, zumal wir doch gerade im Tourismusbereich oftmals einer Meinung waren und gemeinsame Initiativen gestartet haben. Ich erinnere zum Beispiel an die gemeinsame Initiative, Herr Tietze, die wir einmal gestartet haben zur Vermarktung des Weltnaturerbes Wattenmeer. Ich hätte mir gewünscht, dass wir das auch bei diesem Thema gemeinsam machen. Ich erinnere mich auch noch gut an die von Dialogbereitschaft geprägten Worte des Herrn Ministerpräsidenten Albig in seiner ersten Regierungserklärung. Ich zitiere:

(**Oliver Kumbartzky**)

„Jede gute Idee wird ... gebraucht, und in guter demokratischer Tradition werden wir keine Idee nur deshalb ablehnen, weil sie von der Opposition kommt.“

(Anita Klahn [FDP]: Das ist schon etwas länger her!)

Geben Sie sich also einen Ruck und stimmen Sie unserem Antrag einfach zu. Wenn Sie Ihren Antrag nicht zurückziehen wollen, schlage ich vor, ihn zu einem selbstständigen Antrag zu erklären, sodass wir dann gern Ihrem Antrag zustimmen, sofern Sie auch unserem Antrag zustimmen.

Ich mache Ihnen noch ein Angebot: Ihrem Antrag zum barrierefreien Tourismus würden wir dann auch zustimmen. Ich glaube, auf diese Weise würden wir eine gute Vereinbarung treffen.

Damit komme ich zum nächsten Thema. Ich habe mich ein wenig über den CDU-Antrag zum **barrierefreien Tourismus** gewundert, zumal zu diesem Thema schon sehr viel angestoßen worden ist, auch noch zu schwarz-gelber Regierungszeit.

Für das Land Schleswig-Holstein weist der barrierefreie Tourismus ein hohes **wirtschaftliches Potential** auf. Aber nicht nur deshalb sollte im touristischen Bereich auf allen Ebenen dafür gesorgt werden, dass Schleswig-Holstein-Urlaub für Menschen mit Behinderung zu einer Selbstverständlichkeit wird. Eine zunehmende Sensibilisierung der Anbieter und gegebenenfalls auch der lokalen Verwaltungen erscheint geboten, weil es mancherorts tatsächlich noch Barrieren in den Köpfen einiger gibt, die es abzubauen gilt.

(Beifall FDP)

Das Thema „Barrierefreies Reisen“ ist auch ein Schwerpunktthema der TASH. Den Start bildet das im letzten Jahr von Wirtschafts- und Sozialministerium gemeinsam mit der TASH durchgeführte Fachforum. In der Fortsetzung ist dann ein **Projekt** aufgelegt worden, wobei bei der **TASH** nun eine Stelle zur Erarbeitung, Vernetzung und Vermarktung barrierefreier Urlaubsangebote in Schleswig-Holstein angesiedelt wurde, was durch die Landesregierung gefördert wird.

Das Projekt „Barrierefreier Tourismus in Schleswig-Holstein“ läuft seit dem 1. April 2013 und dauert bis zum 31. März 2015 an. Es gibt elf Pilotregionen, und diese entwickeln Angebote oder Projekte, die dann durch die TASH vermarktet werden. Das alles erfolgt in enger Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, dem Sozialverband Deutschland dem Projekt

„Qualität und Qualifizierung“ an der Fachhochschule Westküste sowie dem Tourismusverband. Das begrüßen wir sehr. Und wir sind der Meinung, dass erfolgreiche Projekte auch fortgeführt werden sollen.

In Anbetracht der kurzen Zeit obliegt es mir, jetzt nur noch einen Satz zum Thema **Kreuzfahrt-Tourismus** zu sagen. Näher werde ich darauf eingehen, wenn der schriftliche Bericht dazu vorliegt. Deshalb finde ich es gut, dass ein solcher Bericht beantragt wird. Dem stimmen wir natürlich zu. Bei der TASH gibt es das ZPW-Projekt „Kreuzfahrtdestination Schleswig-Holstein“. Ich denke, damit sind wir auf einem guten Weg, weil dieses Projekt genau das anstößt, was unser Land voranbringen sollte.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich werde die sitzungsfreie Sommerzeit übrigens komplett im schönsten Bundesland der Welt, in Schleswig-Holstein, verbringen.

(Beifall FDP)

Denn ich habe ebenso wie Sie das große Glück, dort zu leben und zu wohnen, wo andere Urlaub machen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP - Anita Klahn [FDP]: Ich bin auch dabei!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tradition folgend, dass wir gerade im Bereich Tourismus in erster Linie fachlichen Argumenten und nicht politischem Kalkül folgen, versuchen wir, jetzt wieder einmal ein bisschen Einstimmigkeit dazu herbeizuführen, was den Tourismus für uns und Schleswig-Holstein so wichtig macht. Diesen müssen wir gemeinsam nach vorn bringen.

Ich darf auf die einzelnen Punkte der vorliegenden Anträge eingehen.

Die **Häfen** sind mit 55.000 Beschäftigten **Eckpfeiler** der **maritimen Wirtschaft** bei uns in Schleswig-Holstein. Sie wickeln die Verkehrsströme ab und schaffen so die Voraussetzung für Wertschöpfung und Beschäftigung. Sie schaffen aber auch Wertschöpfung und Beschäftigung für den Bereich des Tourismus.

(Hartmut Hamerich)

Insgesamt haben die Häfen in Schleswig-Holstein 2012 gegenüber 2011 ein sehr unterschiedliches Bild abgeliefert. Konnte **Kiel** in diesem Jahr noch mit einem Plus aufwarten, hat es in **Lübeck** Einbrüche beim Güterumschlag und bei den Passagieren gegeben. Diese Zahlen, auch nachlesbar auf den Seiten des Berichts des Wirtschaftsministeriums, zeigen es ganz deutlich: Wir sind in einer Phase der **Stagnation** der Häfen. Das muss uns nicht panisch machen. Aber wir sollten schon auf der Hut sein, wenn wir hören, dass der Seehafen Kiel einer großen Kreuzfahrtreederei wie der MSC keine annehmbare Verbindung zum Beispiel nach Berlin anbieten kann, sodass diese Kreuzfahrtreederei mit 20 Anlandungen nach Rostock umzieht. Wir müssen uns fragen, woran das liegt, um so etwas abstellen zu können.

Auf der anderen Seite können wir es auch nicht akzeptieren, dass Warnemünde bei den Hafengebühren subventioniert wird, während sich unsere Häfen dem Wettbewerb stellen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist attraktives Reiseland für **Kreuzfahrer** und **Fährtouristen**. Gerade die Skandinavier kommen gern nach Schleswig-Holstein, bleiben einige Tage hier und geben bei uns Geld aus. Jeder Passagier lässt bei Landgängen etwa 200 € am Ort. Der Kreuzfahrttourismus ist nach wie vor ein besonders dynamisch wachsender Bereich der deutschen Wirtschaft. Dies belegen die Zahlen eindeutig.

Damit wir davon aber auch profitieren können, brauchen wir eine **leistungsfähige Hafenhinterlandanbindung**. Das fängt im Kleinen am Bahnhof mit englischsprachigen Ansagen an und hört mit Autobahnanschluss und schnellen Schienenverbindungen auf. Gerade der Kreuzfahrt- und Führtourismus hat das Potenzial, die krisenbedingte Lücke beim Güterumschlag einigermaßen zu kompensieren. Daran sollten wir im Wirtschaftsausschuss gemeinsam arbeiten. Bis dahin wird sicherlich auch der beantragte Bericht des Ministeriums vorliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein wichtiger Bereich für den Tourismus ist die **Barrierefreiheit** unserer touristischen Destination. Wir brauchen verbindliche Leitlinien für einen barrierefreien Tourismus, insbesondere für die Vernetzung der Angebote in Schleswig-Holstein.

Herr Kollege Kumbartzky, ja, wir haben im Bereich Barrierefreiheit schon Vieles auf den Weg gebracht. Aber wir sehen die Notwendigkeit, dem auch die nötige Aufmerksamkeit zu verschaffen. Denn es ist

wohl zu kurz gesprungen, wenn wir in dem Bereich nur über Menschen mit Handicap reden. Barrierefreiheit ist aber ein Stück mehr. Barrierefreiheit bedeutet zunächst einmal, dass sich das Aufmerksamkeitspotenzial im Beherbergungsbetrieb, in der Gastronomie und bei den Verkehrsträgern weiterentwickeln muss. Denn auch heutige Best Ager oder Familien mit Kindern sind auf Barrierefreiheit angewiesen.

Ich finde es ja schön, dass Sie einen Begrüßungsantrag gestellt haben, aber ich möchte Sie darauf hinweisen, dass mit der zusätzlichen Stelle bei der **TASH** keineswegs etwas für den barrierefreien ÖPNV getan worden ist. Denn diese Stelle gibt es eigentlich nur für **barrierefreies Bauen**. Das finden wir schade.

Vielleicht ist dem einen oder anderen von Ihnen schon einmal beim Besuch eines **Hotels** - Werbung will ich hier nicht betreiben - einer **skandinavischen Gruppe** aufgefallen, dass es so eine Art Erste-Hilfe-Kasten auslegt. Da finden Sie Gegenstände wie diese hier.

(Der Abgeordnete Hamerich zeigt einige Gegenstände)

Falls zum Beispiel der Kleiderhaken für den behinderten Gast nicht an der richtigen Stelle angebracht worden ist, findet er in diesem Erste-Hilfe-Kasten einen Kleiderhaken.

(Heiterkeit)

Er findet zum Beispiel auch ein solches Bandmaß, um damit die Breite einer Tür ausmessen zu können, um festzustellen, ob er mit seinem Rollie durch die Tür kommt.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Das kann man vorher ausmessen, bevor man unsinniger Weise in diese Richtung fährt. Es gibt auch die barrierefreie Karte zum Eintritt mit einem gestanzten Loch, sodass jeder, der nicht lesen oder sehen kann, sich damit helfen kann.

Ein solcher Erste-Hilfe-Kasten ist also vielleicht bedenkenswert. Diese skandinavische Hotelgruppe jedenfalls macht dies. Ich finde das ganz gut. Diese Hotelgruppe wirbt damit, dass alle ihre Hotels europaweit barrierefrei sind.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine sehr verehrte Damen und Herren, die **Entzerrung der Sommerferien** wollen selbstverständlich auch wir. Es gibt keinen Grund, diese Anträge in den Ausschuss zu schieben. Ich denke, die große

(Hartmut Hamerich)

Mehrheit in diesem Haus ist für eine Entzerrung der Sommerferien. Und dies ist keine Erfindung erst seit heute oder gestern, sondern dies wollen wir schon lange. Zuständig sind wir leider nicht, sondern die KMK ist zuständig.

Eine Entzerrung ist wichtig für unsere Tourismussorte, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort und nicht zuletzt für die Touristen selbst. Denn wenn hier in Schleswig-Holstein ganz Deutschland am Strand herumliegt und sich gegenseitig auf die Pelle rückt, dann bleibt dabei die Erholung oftmals auf der Strecke. Entzerrte Sommerferien dagegen führen zu mehr Erholung, zu einer besseren Bettenauslastung, zu sichereren Arbeitsplätzen.

Wir werden dem jetzt geänderten Antrag der Koalition auf rund 90 Tage unsere Zustimmung geben. Deswegen halte ich Ihren Ansatz, Herr Kollege Kumbartzky, die Anträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären, für gut. Selbstverständlich stimmen wir auch dem FDP-Antrag zu. Das ist ein klarer Auftrag an die Landesregierung, bis spätestens 2017 hier etwas zu bewegen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Rede war eine Herausforderung für unsere Stenografen!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fünf Minuten für drei Facetten unseres Urlaubslandes, das nenne ich einmal ambitioniert. Wir versuchen das mal; meine beiden Vorredner haben es auch geschafft.

Zum **Kreuzfahrttourismus**. Lassen Sie uns darüber reden, wie unser Land noch stärker von diesem Segment profitieren kann. Wir haben dazu unseren Änderungsantrag vorgelegt. Lassen Sie uns den Bericht des Wirtschaftsministers abwarten und dann schauen, was wir wo noch verbessern können. Ich sage gleich: Wir würden gern den CDU-Antrag heute überweisen und dann die dort genannten Punkte gemeinsam im Ausschuss beraten.

Der Kreuzfahrttourismus ist ein wichtiges Standbein, von dem unsere Regionen profitieren, wenn sie sich mit entsprechenden Angeboten gut aufstellen, wie es zum Beispiel die Holsteinische Schweiz macht mit „Castles, Lakes and Roses“. Dabei geht

es um mehr als nur gute Infrastruktur für die Gäste, die hier starten oder ankommen. Unser Augenmerk muss den **Landausflügen** gelten. In Kiel fällt in diesem Jahr knapp die Hälfte der 128 Anläufe in die Zeit außerhalb des Ferienkorridors. Das zeigt: Kreuzfahrerinnen und Kreuzfahrer tun unserem Land gerade außerhalb der Ferienzeiten gut.

Damit leite ich zum **Sommerferienkorridor** über. Glückwunsch und Dank an den Herrn Wirtschaftsminister, dass die anderen Bundesländer seiner Initiative auf der Wirtschaftsministerkonferenz gefolgt sind, den Sommerferienkorridor zu entzerren. Aber an der Stelle gehen wir ein bisschen weiter als der FDP-Antrag, der ja nicht falsch ist. Ich nehme das Angebot gern an, dass wir uns mit unseren Anträgen gegenseitig unterstützen.

(Beifall)

Wir wollen darauf abstellen, dass in unserem Land eben nicht nur 90 Tage Saison betrachtet werden, sondern dass wir davor und danach Saison haben: am besten 365 Tage - auch wenn meine Kollegen dann behaupten, das seien Sommerferien pur.

Ich will überleiten zum Bereich **Urlaub ohne Barrieren**. Jede Person sollte unabhängig von einer Behinderung in der Lage sein zu reisen: zu einer Destination, zu einer Sehenswürdigkeit oder Veranstaltung ihrer Wahl. Reisende mit Handicaps werden infolge des demografischen Wandels zunehmend durch eine weitere große Gruppe ergänzt, nämlich ältere Menschen mit Mobilitäts-, Seh- oder Hörproblemen. **Barrierefreiheit** ist für 10 % der Bevölkerung zwingend erforderlich, für 30 bis 40 % der Bevölkerung zwingend notwendig, aber für 100 % der Bevölkerung komfortabel.

Wir möchten, dass sich Schleswig-Holstein der **Arbeitsgemeinschaft Barrierefreie Reiseziele** mit ihren augenblicklich sieben Mitgliedsregionen anschließt. Das sind allesamt Städte und Tourismusregionen, die sich der Entwicklung des barrierefreien Tourismus als Tourismus für alle in ihren Regionen und in Deutschland in besonderem Maße verschrieben haben.

Bei den Angeboten gilt: Der Inhalt muss stimmen. Die Zielgruppen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, werden bloße Ankündigungen besonders übel nehmen, denn sie haben wenige Ausweichmöglichkeiten, wenn die gemachten Versprechen nicht eingehalten werden.

Ein Balanceakt wiederum kann die **Benennung der Zielgruppen** sein. Auch wenn Barrierefreiheit niemandem schadet und viele unterschiedliche Men-

(Regina Poersch)

schen grundsätzlich irgendwie davon profitieren können, trägt die allgemeine Aussage „Tourismus für alle“ wieder ein Stück weit zur Unsichtbarkeit von Menschen mit Behinderung bei, zumal diese sich nie ganz sicher sein können, ob ihr spezifischer Bedarf unter „alle“ subsumiert ist oder nicht.

Es ist außerdem erforderlich, die touristische Servicekette von der Reiseorganisation über die Aktivitäten am Urlaubsort bis hin zu den Betrieben barrierefrei zu gestalten. Das alles sind Dinge, für die es wichtig war und ist, die Stelle bei der **TASH** einzurichten. Ich will auch erwähnen, dass sich in unseren Urlaubsorten eine ganze Menge tut. Auch in der Förderpolitik ist Barrierefreiheit längst Förder Voraussetzung in den Richtlinien.

Ich will zu dem Bereich **Arbeit** überleiten. Der **Tourismus** schafft Arbeit in vielen Bereichen, weit über Gastronomie und Hotellerie hinaus. Davon müssen auch Menschen mit Behinderung profitieren können. Wir haben bereits gute Beispiele in Schleswig-Holstein. Ich will das Hotel Alter Kreisbahnhof in Schleswig nennen, wo so etwas wunderbar funktioniert.

(Beifall SPD und SSW)

Um es kurz zu machen - die Zeit rennt -: Ein breiterer Ferienkorridor stärkt unsere Tourismuswirtschaft, aber davor und danach muss unser Land definitiv auch Saison haben. Der Kreuzfahrttourismus ist ein wichtiges Standbein sowohl für die Häfen als auch für unsere Regionen. In Sachen Barrierefreiheit war es Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, der im vergangenen Jahr die Projektförderung für eine Koordinierungsstelle bei der TASH bewilligte.

Auf unserer Agenda stehen der Städte- und Tagungstourismus. Im Gesundheitstourismus haben wir noch großes Potential. Dass die Signale heute so sind, dass wir das wieder gemeinsam machen, dass wir gemeinsam überlegen, wie wir unser Tourismusland voranbringen, macht mich heute wirklich fröhlich. Das sind gute Signale. - Damit wünsche ich Ihnen schöne Ferien und Summerfeeling pur!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP - Zuruf: Schon?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort der Kollege Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 1964 regelte das sogenannte **Hamburger Abkommen** die **Schulferien** in Deutschland. Dadurch ist eine einmalige Situation entstanden, die anders ist als in vielen anderen europäischen Ländern. Es gibt in Deutschland einen **Sommerferienkorridor** von bis zu drei Monaten. Seit fast 50 Jahren ist das so. Das wurde übrigens, wenn man das einmal nachliest, mit den Erntehelferinnen und -helfern in Süddeutschland begründet. Ich glaube, die fahren heute eher Pizza aus als bei der Ernte zu helfen. Auch da hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Insofern wundert man sich, dass sämtliche Bemühungen in Deutschland bisher keinen Erfolg hatten - weder von Eltern noch von Schülerinnen und Schülern noch von der Wirtschaft -, diese Regelung anders zu setzen. Es ist ein Fakt: Die bestehende Regelung unserer Sommerferien bremst den Deutschlandtourismus aus. Die Chancen auf eine längere Tourismussaison bleiben in unserem Bundesland vertan.

Laut einer aktuellen **Studie** des **DTV** könnten im Tourismusbereich bei einer entsprechenden Reform interessanterweise - wenn man die Zahl hört! - durch eine freundlichere Regelung bis zu 15,6 Milliarden € erwirtschaftet werden. Dies ermöglicht im Übrigen die Schaffung von bis zu 250.000 Arbeitsplätzen. Dies darf nicht ignoriert werden.

Der DTV schlägt in seinem Gutachten einige Neuregelungen vor, zum Beispiel eine nördliche und eine südliche Gruppe. Das finde ich in der Tat interessant; würde doch endlich einmal dieser gordische Knoten, der seit 50 Jahren besteht, durchgeschlagen. Bleibt zu hoffen, dass die **Kultusministerkonferenz** einlenkt. Ich wünsche dem Wirtschaftsminister viel Erfolg, dass er dies auch im Bereich der Bildungsminister und Bildungsministerinnen der Bundesrepublik Deutschland verankern kann, dass wir hier eine Änderung dringend brauchen.

Wir müssen das Potenzial Schleswig-Holsteins nutzen, einen nachhaltigen und qualitativen Tourismus zu entwickeln. Das ist die Auffassung meiner Fraktion. Dabei geht es auch um die **Stärkung der Regionen**. Denn so unterschiedlich die Angebote auch sind: Wir brauchen stärkere Angebote im Familienurlaub, im Natururlaub. Unser wunderschönes Weltnaturerbe Wattenmeer, Aktivurlaub, Wellness, Gesundheitstourismus, Tagesausflüge, Fahrradaus-

(Dr. Andreas Tietze)

flüge - alles das sind interessante touristische Attraktionen in unserem Bundesland.

Auch der **Kreuzfahrttourismus**, der hier angesprochen wird, ist in der Tat ein wichtiger touristischer Bereich. Aber auch da muss man etwas kritischer hinschauen. Denn gerade der Kreuzfahrttourismus ist ein Bereich, der sehr stark die Umwelt belastet. Deshalb steht meine Fraktion sehr eindeutig dafür, dass wir gerade beim Kreuzfahrttourismus eine neue intelligente Schiffsbauindustrie brauchen, die auf grüne Antriebstechnologien setzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwähnte noch einmal die Schaffung von Landstromanschlüssen, um die Immissionen zu ändern. Ich gehe noch einmal auf neue Antriebstechniken ein.

Auch die **Barrierefreiheit** ist ein Thema, das in der schleswig-holsteinischen Tourismuswirtschaft wichtiger ist. Wir haben häufiger in diesem Landtag über die Inklusion gesprochen. Ich glaube, hier muss man deutlich machen, dass der Tourismus auch ein Baustein ist. Wenn wir einen inklusiven Tourismus, eine **inklusive Gesellschaft** haben, ist eben auch der Tourismus in diesem Konzept mit drin. Bitte kein separates Konzept, sondern lassen Sie uns gemeinsam an dem Konzept einer Inklusion arbeiten. Das ist der vorrangige Weg, um dann auch die positiven Effekte für den Tourismus zu nutzen.

Wichtig ist, dass wir auch zur Kenntnis nehmen, dass gerade die **mobilitätseingeschränkten Menschen** aufgrund der demografischen Entwicklung immer zahlreicher werden. Wir werden älter und auch mobilitätseingeschränkter. Deshalb ist natürlich auch wichtig, dass sich unsere **Urlaubsangebote** gerade an diese Zielgruppe richten. Wir unterstützen das sehr.

„Schleswig-Holstein - Urlaub, so weit das Auge reicht!“ ist der Leitspruch unserer Tourismus-Agentur. Wir stehen dahinter. Ich finde es gut, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag erreichen konnten. Liebe Regina Poersch, herzlichen Dank noch einmal für deine emsigen Umtriebe, durch die du das möglich gemacht hast. Das war im Wesentlichen dein Verdienst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Regina Poersch [SPD]: Gern!)

Auch mir bleibt es, für die schöne Tourismusregion Schleswig-Holstein zu werben. Was könnte schöner sein, als davon zu reden. Es gibt eine wunderschöne Insel in unserem Bundesland, wo jedenfalls ich meinen Urlaub zu Hause verbringen werde.

(Zuruf CDU: Fehmarn meinen Sie, oder? - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

- Insofern möchte ich Ihnen ans Herz legen: Besuchen Sie im Sommer einmal unsere schöne Insel Sylt. Da gibt es immer für jeden Geschmack etwas Schönes zu entdecken.

(Zuruf FDP: Ist das nicht elitär?)

- Da gibt es auch etwas Nichtelitäres. Sie können auch bei Wattwanderungen oder Naturtourismus eine ganze Menge Schönheit unserer Natur erleben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vermutlich sind jetzt alle Kolleginnen und Kollegen sehr gespannt darauf, wohin Herr Dr. Breyer in Urlaub fahren wird. Vielleicht erzählt er uns das jetzt. Er hat jedenfalls für die Piratenfraktion das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich glaube nicht, dass das mit dem Datenschutz vereinbar ist! - Anita Klahn [FDP]: Datenschutz! - Weitere Zurufe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat unterliegt mein Zeitbudget dem Datenschutz.

(Heiterkeit - Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD - Lars Winter [SPD]: Fragen Sie Obama, er weiß das! - Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen verzichte ich an dieser Stelle auf einen Werbeblock; das hat der Kollege schon zur Genüge gemacht.

Passend zur Urlaubszeit unterhalten wir uns über den Tourismus in Schleswig-Holstein. Das ist ein schönes Thema, bei dem erfreulicherweise große Einigkeit herrscht. Die ersten Anträge betreffen die **Entzerrung der Ferientermine**, um unserem Tourismus zu helfen, eine längere Ferienzeit hinzubekommen. Da ist es in der Tat sehr bedauerlich, dass sowohl das schwarz-gelb regierte Bayern als auch das grün-rot regierte Baden-Württemberg diese Entzerrung blockieren. Ich hoffe in der Tat, dass wir hier zu Fortschritten kommen können.

(Dr. Patrick Breyer)

Da beide Anträge aus meiner Sicht begrüßenswert sind, beantrage ich, sie für selbstständig zu erklären und darüber abzustimmen.

Auch zur **Förderung des barrierefreien Tourismus** liegen uns zwei Anträge vor. Sie zielen genau in die richtige Richtung. Denn wir alle kennen die Zahlen: Erst etwa 1 % der Hotelbetten hierzulande sind barrierefrei zugänglich, obwohl 10 % der Menschen in Deutschland ein körperliches Handicap haben. Der Nachholbedarf ist also enorm, gleichzeitig auch das wirtschaftliche Potenzial dieses Tourismuszweiges.

Leider geschieht in der Praxis allzu oft das Gegenteil der Förderung barrierefreien Tourismus. Ich kann aus Dithmarschen berichten, dass ein Bahnübergang, der ursprünglich barrierefrei war, indem man die Gleise überqueren konnte, dichtgemacht worden ist. Man soll jetzt eine Treppe benutzen. Einem Rollstuhlfahrer, der das bei der Bahn beanstandete, wurde gesagt: Fahren Sie doch einen Halt weiter. Dann können Sie in der Gegenrichtung eine halbe Stunde später wieder zurückfahren. - Das ist keine Barrierefreiheit und kein Vorbild für barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Da beiden Anträge aus meiner Sicht in die richtige Richtung weisen, beantrage ich, auch sie für selbstständig zu erklären und darüber abzustimmen.

Schließlich haben wir das Thema „**Kreuzfahrttourismus**“ auf der Agenda. In der Tat ist es richtig, dass das ein wachsender Tourismuszweig ist. Richtig ist aber auch, was der Kollege Andreas Tietze gesagt hat, dass nämlich leider heutzutage die allermeisten Kreuzfahrtschiffe noch eine katastrophale Klima- und Umweltbilanz aufweisen.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen ist mir die pauschale Forderung der CDU nach Förderung zu undifferenziert. Ich finde, dass ökologische Kriterien auch bei der Tourismusförderung eine Rolle spielen müssen. Wir müssen besonders ökologisch günstige Angebote promoten und sollten keine Werbung für Dreckschleudern machen.

(Zuruf CDU: Oh!)

Insofern freue ich mich über die weitere Beratung und hoffe, dass wir an diesem Antrag noch einiges verbessern können. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Eigentlich ist schade, dass ich nicht nach meinem Urlaubsziel gefragt werde.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sie dürfen das gern allen verraten.

Flemming Meyer [SSW]:

Wenn irgendjemand noch nicht weiß, wo er seinen Urlaub verbringen soll,

(Zuruf CDU: Kann er eine Zwischenfrage stellen!)

kann ich die Hot-Dog-Bude in Sønderhav empfehlen. Das liegt auf der anderen Seite der Grenze.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Anita Klahn [FDP])

Die Debatte um die **Entzerrung der Sommerferien** ist nicht neu. Immer wieder hat es Diskussionen gegeben, nachdem die bundesweiten Sommerferientermine von der Kultusministerkonferenz für mehrere Jahre festgelegt wurden. Der Grund für die Uneinigkeit hierfür ist ganz einfach: In der Kultusministerkonferenz wird ausschließlich der pädagogische Aspekt der Ferienregelung in den Vordergrund gerückt.

Wenn es nun wie in diesem Fall zu einer Verkürzung der bundesweiten Sommerferien kommt und sie beispielsweise auf 71 Tage zusammengestaucht werden, hat das natürlich negative Auswirkungen auf die hiesige Tourismusbranche. Das ist klar. Eine Verkürzung der Sommerferien auf die Monate Juli und August führt zu einer Verkürzung der Hauptsaison in der Tourismusbranche. Damit sind enorme wirtschaftliche Einbußen für Hotellerie und Gaststätten verbunden.

Den wirtschaftlichen Wert des Tourismus für Schleswig-Holstein brauche ich nicht extra hervorzuheben. Aus diesem Grund bin ich unserem Tourismusminister Meyer für seinen Vorstoß dankbar, dieses Problem in der Wirtschaftsministerkonferenz angehen zu wollen.

(Flemming Meyer)

Ich bin aber auch der Ministerin Wende dankbar, dass sie den Vorstoß sozusagen aus pädagogischer Sicht unterstützt und sich in der Kultusministerkonferenz für eine 90-Tage-Regelung einsetzen will. Das ist ein sehr gutes Signal an die Tourismusbranche in Schleswig-Holstein und verdient die Unterstützung des Landtags.

Den **Kreuzfahrt- und Fährtourismus** werde ich an dieser Stelle nur kurz anreißen, da wir dieses Thema zu einem späteren Zeitpunkt gesondert behandeln werden.

Auf zwei weitere Dinge möchte ich in diesem Zusammenhang eingehen. Es ist schon bemerkenswert, dass die CDU in ihrem Antrag an die Landesregierung die Forderung stellt, sie möge mit der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein über eine intensivere und zielgerichtete Vermarktung Schleswig-Holsteins als Kreuzfahrt- und Schifffdestination diskutieren.

Wenn ich mich recht erinnere, war es die CDU, die die Mittel für die TASH massiv kürzen wollte. Wir haben uns zur TASH bekannt und diese Kürzung zurückgenommen. Denn wir wissen, wie wichtig die TASH für den Tourismus in diesem Land ist und was sie leistet.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den Bericht rege ich noch an, auch auf die **Angebote der Hafencities** einzugehen. Speziell sollte aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten die Kreuzfahrttouristen beim Landgang erwarten, um das Stadtleben zu genießen, und wie sich die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort darstellen.

Als sozialpolitischer Sprecher des SSW freut es mich, dass wir die Stärkung des **barrierefreien Tourismus** auch auf der heutigen Tagesordnung haben, obwohl sie einen eigenständigen Platz verdient hätte.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Thema ist seit Längerem ein Anliegen des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung. Uli Hase hat hierzu bereits einiges in die Wege geleitet und auf die Problematik aufmerksam gemacht. Daher begrüßen wir die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen der TASH und dem Landesbeauftragten sehr.

Schleswig-Holstein soll ein **Tourismusland für alle** sein. Die ersten Schritte sind bereits getan. Die Anforderungen der mobilitätseingeschränkten Men-

schen sind jedoch sehr unterschiedlich, sodass es keine Pauschallösung geben kann.

Ich hatte zwischen dem 31. Mai 2013 und dem 2. Juni 2013 Besuch von der Handicapforeniger Århus und Randers. 36 Menschen mit Behinderung wollten gern unsere Kulturmetropole in Schleswig-Holstein, also die Stadt Schleswig, besuchen. Es war eine Herausforderung, 36 Menschen mit Behinderung unterzubringen. Ich habe gerade gehört: Der Kreisbahnhof in Schleswig ist super.

(Regina Poersch [SPD]: Ja, der ist super!)

Wir waren da. Auch dort kann man ganz klar merken, dass man an seine Grenzen stößt. Der Fahrstuhl war zum Beispiel gerade so groß, dass kaum ein Elektrofahrzeug hineinpasst.

Es gibt dabei wirklich noch **Nachholbedarf**. Daher brauchen wir Konzepte und Strukturen, die genau all dies berücksichtigen und nach außen darstellen. Denn es nützt nicht viel, wenn ich ein Hotel suche, in dem ich mit einer Behinderung unterkommen kann, und mir die Tourismusbüros nicht sagen können, wo ich so etwas finde.

(Regina Poersch [SPD]: Ja!)

Auch das muss gewährleistet sein. Ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind. Aber es gibt noch genug zu tun. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat Minister Reinhard Meyer das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Tourismusminister kann sich ja nur freuen, wenn zu drei Themen sechs Anträge vorliegen, die alle ein Ziel im Blick haben, nämlich den **Tourismus in Schleswig-Holstein** zu stärken und ihn weiter voranzubringen.

Wir wollen, dass mehr Menschen in Schleswig-Holstein Urlaub machen. Deswegen haben wir auf der Wirtschaftsministerkonferenz die Initiative für eine **Entzerrung der Sommerferientermine** ergriffen. Wir wollen möglichst auf 90 Tage kommen. Herr Kumbartzky, ich kämpfe schon länger dafür. Jetzt wird es aber ernst. Die Frage ist: Wie machen wir weiter?

(Minister Reinhard Meyer)

Zunächst einmal ist zu sagen, dass es viele Gründe für eine Entzerrung der Sommerferientermine der einzelnen Länder gibt. Ich sage Ihnen aber ganz offen: Die Wirtschaftsminister können das nicht allein umsetzen. Ich danke deshalb Bildungsministerin Wara Wende für ihre Unterstützung in der Kultusministerkonferenz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt wird es zum Schwur kommen. Ich glaube, dass sich am Ende auch die Ministerpräsidenten mit dieser Frage befassen müssen. Das hatten wir alles schon einmal im Jahr 2009. Es ist wichtig, dass wir alle, egal welcher politischen Fraktion wir angehören - das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen in Bayern und Baden-Württemberg -, dafür werben müssen, dass ein Kompromiss geschlossen wird.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir müssen allerdings auch prüfen, ob es Optimierungsmöglichkeiten hinsichtlich der anderen Ferientermine in Deutschland gibt. Herr Tietze, vielen Dank, dass Sie in diesem Zusammenhang die DTV-Studie erwähnt haben; ich hätte das nicht gewagt. Die Diskussion darüber müssen wir entfachen; denn es ist wichtig, auch hinsichtlich der übrigen Ferien zu einer Entzerrung zu kommen. Wir wollen insgesamt eine Saisonverlängerung.

Damit sind wir bei einem Kernthema: Wir brauchen die **Saisonverlängerung**, aber wir müssen auch **überzeugende Angebote** haben. Das bedeutet, dass Themen wie Städtetourismus, Gesundheitstourismus, Kulturtourismus sowie Geschäfts- und Tagungstourismus wieder häufiger auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Ganz wichtig dabei ist: Hinsichtlich des Tourismus muss Schleswig-Holstein für alle offen sein. Das Thema Barrierefreiheit ist keine Selbstverständlichkeit, aber wir müssen es im Tourismus zu einer Selbstverständlichkeit machen,

(Beifall Regina Poersch [SPD], Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

weil wir dadurch neue Zielgruppen erschließen können. Wir müssen auch den Unternehmen, den Investoren klarmachen: **Barrierefreiheit** ist ein **Qualitätsmerkmal**. Wir werden das Förderkriterium Barrierefreiheit auf jeden Fall beibehalten.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir fördern die entsprechenden Projekte bei der TASH, und wir sichern die Vertretung in Bundesprojekten und in überregionalen Gremien. Wir brauchen eine gute Vernetzung, Standards und gute Ideen. Herr Hamerich hat ja auf einige gute Ideen hingewiesen. Wir werden natürlich auch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft „Barrierefreie Reiseziele in Deutschland“ prüfen.

Beim Thema Barrierefreiheit ist es wichtig, dass wir nicht immer nur singuläre Lösungen finden, sondern alle an einem Strang ziehen. Wir müssen Barrierefreiheit als übergreifendes Thema verstehen, und alle Akteure müssen beteiligt werden. Der ÖPNV und der Schienenpersonennahverkehr sind hinsichtlich der Barrierefreiheit noch nicht optimal. Auch das ist wichtig für ein Tourismusland wie Schleswig-Holstein.

Wir müssen darüber nachdenken, ob Menschen mit Handicap eine Beschäftigung im Gastgewerbe finden können, insbesondere, wenn das Gastgewerbe für Barrierefreiheit steht. Auch das sind Dinge, über die wir gemeinsam mit den Unternehmen im Rahmen der Fachkräfteinitiative sprechen.

(Beifall)

Ein weiteres Thema ist der **Kreuzfahrttourismus**. Darüber werden wir an dieser Stelle und in den Ausschüssen sicher noch diskutieren. Ich begrüße das ausdrücklich. Wir werden gern einen Bericht dazu verfassen. Wir werden Sie informieren und dann eingehender über dieses Thema diskutieren. Ich sage zu diesem Thema aber schon hier und heute: Angesichts mancher Investitionen, die wir in Kiel oder Lübeck getätigt haben, dürfen wir die kleineren Häfen mit ihrem Fähr- und Ausflugsverkehr nicht vergessen. All dies trägt zum Bild des Urlaubslandes Schleswig-Holstein bei.

(Beifall SPD, CDU, FDP und SSW)

Wir können mehr im Tourismus erreichen. Der Tourismus ist nicht nur ein großer Wertschöpfungsfaktor für unser Land, sondern es geht auch um Werbung für unser Land, in dem man gern lebt, arbeitet und Urlaub macht. Das ist Werbung für den echten Norden. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Ich habe das so verstanden,

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

dass gebeten wurde, über die Teile a) und b) der Beratung in der Sache abzustimmen und den Teil c) in den Ausschuss zu überweisen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Bei der Abstimmung zu a) geht es um den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/808, und den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/951 (neu). Dabei geht es um die Sommerferien. Diese Anträge müssen zunächst zu selbstständigen Anträgen erklärt werden. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/808, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von FDP, CDU, PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/951 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind ebenfalls die Mitglieder der Fraktionen der FDP, der CDU, der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SPD. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Teil b). Ich frage zunächst, ob Sie einverstanden sind, den Antrag der CDU, Drucksache 18/909, sowie den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/952, zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 18/909, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Herr Hamerich, Sie melden sich zu Wort?

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich meine, dass das anders gedacht war. Wir haben zu den beiden Anträgen zum barrierefreien Tourismus Ausschussüberweisung beantragt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay. Ich habe das vorhin abgefragt. Da wurde meiner Lesart nicht widersprochen. Aber natürlich können wir das gern so machen, wenn Sie sich alle einig sind, dass Sie diese beiden Anträge in den Ausschuss überweisen wollen. - Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dialog!)

- Dann können Sie den Dialog dort weiterführen.

Wir machen das jetzt formal: Wer den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/909, sowie den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/952, in den Wirtschaftsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von FDP, CDU, PIRATEN, der Abgeordneten des SSW sowie der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Schließlich kommen wir zu Teil c) der Beratung. Es ist für den Antrag der Fraktion der CDU mit dem Titel „Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Schleswig-Holstein voranbringen“, Drucksache 18/910, sowie für den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/950, Ausschussüberweisung beantragt worden.

(Regina Poersch [SPD]: Frau Präsidentin, die Drucksache 18/950 ist ein Berichtsantrag! Den müssten wir bitte beschließen, um die Unterlagen zusammen zu haben!)

- Gut. Dann machen wir das noch einmal neu. Also: Wer den Antrag der CDU, Drucksache 18/910, in den Ausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. Es geht um den Wirtschaftsausschuss. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU, PIRATEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Es gibt keine Gegenstimmen. - Es gibt auch keine Enthaltungen.

Dann müssen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/950 - das ist der Berichtsantrag -, in der Sache abstimmen. - Vielen Dank, Frau Kollegin. - Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU, PIRATEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? - Ent-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

haltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen. - Ich danke Ihnen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, vor der Mittagspause den Tagesordnungspunkt 21 aufzurufen. Das tue ich hiermit:

Sicherheit für alle Bürger - Kein Rückzug der Polizei aus der Fläche!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/831

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Frau Kollegin Astrid Damerow von der CDU das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine große Stärke und ein maßgeblicher Grund für die erfolgreiche Arbeit unserer Polizei ist ihre Nähe zu den Menschen in unserem Land. Unsere Polizei ist eine Bürgerpolizei und nicht eine reine Ordnungsmacht. Sie wird von den Bürgern unseres Landes als Freund und Helfer empfunden.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Sie gilt für unsere Bürger als Garant für ein Gefühl der Sicherheit.

Für unsere **Polizei** ist es erforderlich, dass Sie das **Vertrauen der Bevölkerung** genießt. Das kann am besten dadurch aufgebaut werden, dass die Polizei in Kontakt zu unseren Bürgerinnen und Bürgern steht. Die Nähe zu den Bürgern war bisher dadurch gewährleistet, dass die Polizei auch in der Fläche und gerade nicht nur an den Zentralstandorten präsent war.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Diese **Kleinteiligkeit** ist nicht Selbstzweck oder teurer Luxus, sie ist Folge der **Struktur unseres Landes**. Unser Land wird eben nicht geprägt durch eine Vielzahl von Großstädten, sondern ist maßgeblich geprägt von einer großen Zahl von Gemeinden, durchaus auch kleineren Gemeinden in der Fläche.

Natürlich hat auch die Haushaltslage unseres Landes Einfluss auf die Überlegungen zur Polizeistruktur unseres Landes. Wir müssen **bestehende Strukturen** auf den **Prüfstand** stellen, und wir müssen fragen, wie effektiv der Aufbau unserer Polizei im Einzelnen ist. Das allerdings darf nicht mit dem Rasenmäherprinzip passieren, sondern wir müssen

Rücksicht auf die Strukturen und auf die Erfordernisse in unserem Land nehmen. Wenn wir Veränderungen vornehmen, muss dies mit der gebotenen Sensibilität erfolgen. Es muss im Einzelfall geschaut werden, wo Doppelstrukturen vermieden werden können und wo die bestehende Kleinteiligkeit ohne Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung reduziert werden kann. Denn dann muss man genau hinschauen, Herr Minister. Wenn ich Ihre Antwort auf unsere Kleine Anfrage lese und lese, dass geprüft wird, die Polizeistationen Wankendorf, Probsteierhagen und Laboe aufzulösen, denke ich: Hier lohnt ein zweiter Blick. Das sind **Tourismusstandorte**. Wie ist die Sicherheit unserer Bürger in der Ferienzeit gewährleistet? Wie stellen wir die Präsenz in der Fläche sicher? Wie stellen wir auch sicher, dass Polizei im Bedarfsfall in der entsprechenden Zeit am Einsatzort ist?

Im Übrigen denke ich auch - das hören wir immer wieder aus der Region -, dass es nicht sein kann, dass man, wenn gestiegene Aufgaben in den Städten dazu führen, dass man mehr Personal braucht, dieses aus der Fläche abzieht. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Das kann nicht sein. Hier müssen andere Lösungen gefunden werden. Mir ist durchaus klar, dass das sehr schwer ist; aber das ist die Herausforderung, vor der diese Landesregierung steht.

Der Dialog, den Sie führen wollen, ist auch in diesem Punkt durchaus ausbaufähig. Die Menschen in den betroffenen Regionen haben eher das Gefühl, dass sie die Ergebnisse mitgeteilt bekommen. Herr Minister, Sie haben uns im Ausschuss mehrfach gesagt, dass dies Forderungen aus der Polizei sind. Das mag so sein. Das entbindet Sie aber nicht von der Verantwortung, am Ende eine politische Entscheidung darüber zu treffen, wo Polizei in Zukunft präsent ist und wo nicht.

(Beifall CDU und FDP)

Das kann man nicht auf unsere Polizei delegieren. Damit würde man sie überfordern. Im Übrigen schafft auch dies unnötige Unsicherheit in unseren Polizeistrukturen. Unsere Polizisten vor Ort müssen die Diskussion aushalten. Sie haben einen Anspruch darauf, dass sie durch Politik unterstützt und in Schutz genommen werden.

Unser Antrag zielt nicht darauf ab, dass einfach alles so bleibt, wie es ist, dass wir Reformen innerhalb der Polizei verhindern wollen oder grundsätzlich ablehnen. Allerdings sind wir der Ansicht, dass sich Reformen am Ziel orientieren müssen und nicht das Ziel an der Reform. Hier warten wir nach

(Astrid Damerow)

wie vor auf ein **Gesamtkonzept** von Ihnen, Herr Minister, wie unsere **Landespolizei** in vier bis fünf Jahren aussehen soll. Im Moment schaffen Sie große Unsicherheit in der gesamten Polizei, indem immer nur kleckerweise Ankündigungen aus Ihrem Ministerium oder gar aus der Staatskanzlei kommen. Das gilt für die Verteilung der Polizei in der Fläche. Das gilt für die Personalstärke der Polizei insgesamt. Das gilt im Bereich der Beförderungsstruktur. Das zieht sich wie ein roter Faden durch. Sie geben immer nur Stück für Stück Informationen, und unsere Polizei weiß bis heute nicht, woran sie ist. Auch wenn Sie heute sagen, dass es vor 2016 nicht zu Personalabbau kommen wird, ist das eine Aussage, die Sie zwar über zwei Jahre rettet, unsere Polizei aber zutiefst verunsichert. 2016 ist bald. Unsere Polizisten, aber auch unsere Bürger haben ein Anrecht darauf, von Ihnen zu erfahren, wie unsere Polizei in unserem Land, wie die Sicherheit unserer Bürger, langfristig gesichert werden soll. Deshalb fordern wir Sie auf: Treffen Sie endlich klare Aussagen zur Polizeistruktur in unserem Land und gehen Sie mit viel Fingerspitzengefühl an die Polizeistruktur in unserem Land in der Fläche und nicht einfach mit dem Rasenmäherprinzip, um Geld zu sparen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Die Polizei muss in der Fläche erhalten bleiben, bürgernah und transparent sein.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erwarte auch Applaus von der Gegenseite, denn so steht es im Koalitionsvertrag geschrieben. Insofern wird es mit uns einen Rückzug aus der Fläche nicht geben und überhaupt aus keinem Zipfel dieses Landes.

(Beifall SPD - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Bereits aus 2010 stammen die **polizeistrategischen Überlegungen**, unsere Landespolizei zukunftsfähig aufzustellen. Dazu gehörte eben auch, Kriterien zu entwickeln, wonach landesweit eine flächendecken-

de Präsenz unserer Landespolizei erhalten bleibt. Eine bürgernahe Polizei allerdings schafft sich nicht allein durch kurze Wege. Entscheidend sind schnelle Erreichbarkeit, Zuverlässigkeit und ständige Einsatzbereitschaft. Das schafft Vertrauen in der Bevölkerung, und das schafft Sicherheit.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere **Landespolizei** ist durch moderne Sachausstattung, insbesondere durch **moderne Kommunikationsmittel**, mobiler und erreichbarer geworden. Ihre Präsenz beschränkt sich schon lange nicht mehr auf Streifengänge und auf Streifenfahrten. Immer mehr Menschen nutzen die Möglichkeit dieser Kommunikationsmittel. Auch Anzeigeverfahren via Internet werden angewandt.

Worauf es uns allen ankommen sollte, ist die Qualität der Einsätze. Ich selbst habe noch einen Bereitschaftsdienst allein versehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aha!)

Vor dem Hintergrund steigender Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte - auch das ist immer wieder Thema - sollten wir genau auf die Standards der Einsatzwahrnehmung achten und in allen Bereichen entsprechende Personalstärke vorhalten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Antragsteller, mit Ihrer Überschrift „Sicherheit für alle“ suggerieren Sie, dass es sie nicht gebe oder nicht mehr geben wird. Dem will ich hier und heute deutlich widersprechen, sicherlich auch im Namen der Landespolizei.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darüber hinaus beantragen Sie, dass bei den Planungen von Zusammenlegungen von Polizeistationen der **Dialog mit den Kommunen** gesucht werden soll. Nichts anderes geschieht bereits.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Wenn jemand betreffend die Weiterentwicklung der Landespolizei einen intensiven Dialog führt, dann ist es unser Innenminister Herr Breitner, dem ich an dieser Stelle ganz herzlich Dank sagen möchte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihrem Antrag werden wir heute nicht zustimmen, auch wenn wir uns über den Eingangssatz sicherlich einig sind. Wir haben es im Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Wir werden entsprechende Per-

(Simone Lange)

sonalstärken in der Fläche vorhalten können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Kolleginnen Damerow und Nicolaisen vom 2. Mai 2013 über die Anzahl und den weiteren Bestand der **kleinen Polizeidienststellen** im Land Folgendes: Es gibt in Schleswig-Holstein derzeit 128 Reviere mit fünf oder weniger Beamtinnen und Beamten. Bei 20 betroffenen Stationen handelt es sich um Ein-Mann- beziehungsweise Eine-Frau-Stationen. Bei acht Stationen versehen nur zwei Beamtinnen oder Beamte den Dienst. Zehn Stationen sind von drei Polizistinnen oder Polizisten besetzt.

Bei 45 von diesen 128 Stationen gibt es Pläne beziehungsweise Beschlüsse über eine **Schließung oder Zusammenlegung**. Einen konkreten Zeitpunkt für die Schließung oder Zusammenlegung gibt es bereits für zehn Standorte. Bei 35 Stationen läuft die Diskussion noch und soll mit der Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2014 abgeschlossen werden. - So weit die Zahlen. Wo ist das Problem?

Der Antrag der CDU-Fraktion suggeriert, dass die derzeitige Landesregierung die Menschen auf dem Land ohne Schutz und Hilfe dem Zugriff der Kriminellen ausliefern will. Nach dem Rasenmäherprinzip soll ohne Augenmaß und Beteiligung der betroffenen Kommunen ein Kahlschlag für die dörfliche Sicherheitsstruktur geplant sein. - Diese Darstellung geht in allen Punkten an den Realitäten vorbei.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Unruhe)

Erstens. 83 Klein- und Kleinststationen im ländlichen Raum bleiben bestehen, davon 22 mit ein- und zweifacher Besetzung. Rasenmäher sieht anders aus.

Zweitens. Die Schließung beziehungsweise Zusammenlegung von 45 Kleinststationen ist Bestandteil

der bereits von Klaus Schlie als Innenminister auf den Weg gebrachten Organisationsleitlinie für die Polizei. Andreas Breitner setzt im Wesentlichen nur das um, was bereits in der 17. Wahlperiode unter einem CDU-Innenminister auf den Weg gebracht wurde.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Drittens. Die Erhaltung der Polizeistation in einem Dorf ist kein Selbstzweck. Die konkrete Sicherheitslage und Kriminalitätsbelastung vor Ort muss letztlich darüber entscheiden, ob eine Ministation mit unverhältnismäßig hohen Kosten aufrechterhalten bleibt oder nicht. Die Fallzahlen sind entscheidend.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der demografische Wandel auf dem platten Land in zweierlei Hinsicht berücksichtigt werden muss: Zum einen nimmt die Bevölkerung auf dem Land in vielen Regionen immer mehr ab, zum anderen wird sie im Durchschnitt immer älter. Aus der Kriminalitätsforschung wissen wir, dass die kriminogensten Bevölkerungsgruppen jung, wenig gebildet und vor allem städtisch angesiedelt sind. Der seit Jahren zu konstatierende Rückgang in den meisten **Kriminalitätserscheinungsformen** betrifft daher die Landbevölkerung überwiegend positiv. Dort, wo es gravierende Zuwächse gibt, zum Beispiel bei der Computerkriminalität, nutzt der Dorfscherr überhaupt nichts. Hier ist die spezialisierte Kripo in der städtischen Polizeistation gefragt.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Auch nicht, weil die keine Geräte haben! - Unruhe)

Viertens. Sehr kleine Polizeistationen sind ineffektiv und auch unter Sicherheitsaspekten nicht erstrebenswert. Denn sie können tagsüber überhaupt keine verlässlichen Öffnungszeiten anbieten und sind somit im Falle eines Falles gerade nicht Ansprechpartner für die Bevölkerung. Die immer wichtiger werdende Eigensicherung erfordert darüber hinaus, dass eine personell stärker ausgestattete Dienststelle für die Zwei-Mann-Streife bei gleichzeitiger Dauerbesetzung der Station selbst sorgen kann.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Damerow?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

(Burkhard Peters)

Astrid Damerow [CDU]: Herr Kollege Peters, stimmen Sie mir zu, dass die Polizeistationen Wankendorf, Probsteierhagen, Laboe und einige mehr keine Ministationen mit Dorfsheriff sind?

- Es gibt auch welche mit vier und fünf, das ist richtig. Auch dort werden die Strukturüberlegungen angestellt werden müssen, die ich Ihnen gerade zu erklären versucht habe.

Fünftens. Der laufende **Umstrukturierungsprozess** findet unter intensiver Beteiligung der betroffenen **Kommunalverwaltungen** statt. Ich sehe keine Anhaltspunkte für die im Antrag enthaltene Unterstellung, der gebotene Dialog mit der kommunalen Ebene unterbleibe bei der Umstrukturierung der Polizei.

(Beifall Beate Raudies [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sehr geehrte Frau Kollegin Damerow, Ihr Antrag ist gänzlich unsubstantiiert. Er ist das Paradebeispiel für einen sicherheitspolitischen Fensterantrag. Er simuliert Aktivität im Interesse der Sache. Er bedient aber nur Vorurteile und schürt unbegründete Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung. Wir wollen den Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus der Stadt Flensburg. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Peters, ich würde mich freuen, wenn wir wenigstens bei dem wichtigen Thema der inneren Sicherheit von der etwas überheblichen Arroganz, die auch mir gelegentlich zu Eigen ist, Abstand nähmen.

(Beifall FDP und CDU - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gemeinsame Arbeitsgruppe! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gerade Sie sagen das!)

Bei dieser Frage populistische Anträge auszutauschen, hilft in der Sache nicht weiter, denn wir stehen tatsächlich vor einem Problem, auf das ich zu sprechen kommen möchte - der Innenminister weiß das auch; völlig egal, welcher Fraktion oder Partei wir angehören -, das uns innerhalb des Landes die nächsten Jahre beschäftigen dürfte.

Aus unserer Sicht dürfte einer Zustimmung seitens der SPD-Landtagsfraktion zu diesem Antrag nichts im Wege stehen. Denn Sie sprechen sich in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2012 zu diesem Thema wie folgt aus:

„Wir wollen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein auch in Zukunft sicher leben können. Deshalb wird es mit uns keinen Rückzug der **Polizei** aus der **Fläche** geben.“

(SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Diesem Wahlversprechen - so scheint es - misst die SPD als regierungstragende Partei nun etwas weniger Gewicht bei. Denn zusätzlich zur ohnehin existierenden strategischen Lücke von 160 Stellen bei der Landespolizei plant die Landesregierung, 120 zusätzliche Stellen, also insgesamt 280 Stellen, abzubauen.

Herr Innenminister, Sie haben in den vergangenen Monaten regelmäßig öffentlich festgestellt, dass es bei der **Polizei** im Land keine **Stelleneinsparungen** geben wird. So hieß es zum Beispiel im Holsteiner Anzeiger am 11. September 2012:

„Innenminister Andreas Breitner (SPD) stellte klar: ‚Es wird bei der Landespolizei Schleswig-Holstein keine Stelleneinsparungen geben!‘ Zwar halte er persönlich mehr Personal für angebracht, das sei aber angesichts der Finanzlage nicht durchsetzbar.“

Die Finanzministerin wiederum schlug in Umdruck 18/620 vor, im Bereich des Innenministeriums sogar insgesamt 75 mehr Stellen abzubauen, als es die Vorgängerregierung tun wollte.

Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob sich der Herr Innenminister gegenüber seiner Finanzministerkollegin nicht durchsetzen konnte oder ob es grundsätzlich keine Gegenwehr bei den Abbauplänen in dem Ministerium gibt.

Herr Kollege Peters, was unter den Personaleinsparungen bei der Polizei insbesondere leiden wird, ist nach Aussage des heutigen Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, vor al-

(Wolfgang Kubicki)

lem die **Präventionsarbeit** sowie die **Verkehrsüberwachung**.

Herr Innenminister, ich mache Sie nur sehr ungern darauf aufmerksam, dass Sie dann in Zukunft auf publicityträchtige Verkehrsaktionen wie zuletzt bei Ihrem groß angelegten „Blitzer-Marathon“ verzichten müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem geht aber tiefer. Die „Kieler Nachrichten“ berichteten am 8. Februar dieses Jahres über zwei Polizei-Einsatzfälle in Melsdorf, bei dem die Polizei 30 und 45 Minuten brauchte, um am Einsatzort zu sein. Das lag wahrscheinlich nicht an den Straßenverhältnissen. In dem einen dargestellten Fall erreichte die Polizei den Tatort fünf Minuten zu spät, die Täter waren gerade mit dem Diebesgut geflüchtet.

Natürlich passieren solche Begebenheiten nicht jeden Tag in Schleswig-Holstein, sie deuten aber auf ein Problem hin, das uns möglicherweise in den kommenden Jahren immer häufiger beschäftigen wird. Die **Zusammenlegung von Polizeistationen** wird die **Einsatzgebiete** faktisch vergrößern und die Wege zu den Einsatzorten verlängern. Damit steigt natürlicherweise auch die Zahl der Minuten, die ein Einsatzfahrzeug braucht, um am Tatort zu sein. Herr Kollege Peters, was nützt die Erreichbarkeit? Sie haben angerufen, aber es kommt keiner, weil der Weg zu lang ist.

Das **Vertrauen** der Bürgerinnen und Bürger in die **Einsatzleistung** ihrer **Polizei**, eben dann zur Stelle zu sein, wenn es die Situation verlangt, wird durch die Zusammenlegung von Polizeistationen nicht gestärkt. Vielmehr hat der Rückzug der Polizei aus der Fläche gravierende Folgen für das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort.

In diesem Zusammenhang wurde der Vorsitzende der GdP-Regionalgruppe Mitte, Torsten Jäger, zitiert, der befürchtete, dass der Kontakt zu den Bürgern immer mehr verloren gehe, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt und weiter Personal eingespart werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir aus der Polizeiarbeit wissen, ist, dass die Kenntnis der Lage vor Ort, die **Kenntnis der Menschen vor Ort** nicht nur das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort steigert, sondern auch Kriminalität und Straftaten verhindern kann und die Aufklärungsquote wesentlich erhöht. Bei allen Planungen, die zur Zusammenlegung von Polizeistationen notwendig sind, muss dies im Auge behalten werden.

Deshalb sage ich mit Bedacht und ohne Polemik: Es muss in jedem Einzelfall geprüft werden, wie weit die logistische Entfernung zu den nächstgrößeren Einheiten ist, um sicherzustellen, dass auch in Laboe, in Wankendorf, im gesamten Kreis Plön - nachts muss ein Einsatzfahrzeug das riesige Kreisgebiet abdecken -, die innere Sicherheit in der Fläche gewährleistet werden kann - und das in aller Ruhe und Gelassenheit, ohne polemische Argumentation, Herr Kollege Peters. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag suggeriert überhaupt nichts. Er formuliert einen richtigen Anspruch, er ist richtig formuliert, und ich begrüße ihn deshalb.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Er ist schon gar nicht populistisch, sondern er entspricht genau dem, was sich die Koalition in den Koalitionsvertrag geschrieben hat und was wir PIRATEN uns auch ins Wahlprogramm geschrieben haben. Dazu gehört eben die **Polizei** in der **Fläche**. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass so viele Polizeistationen wie möglich in der Fläche erhalten bleiben.

Das Gefühl, gut von der Polizei be- und geschützt zu sein, darf kein Privileg städtischen Wohnens sein. Dazu darf es auch angesichts der von uns PIRATEN anerkannten Sach- und Sparzwänge nicht kommen. Es ist unsere Aufgabe hier im Parlament und Ihre in der Administration, Herr Breitner, dafür zu sorgen, dass Lebensqualität in diesem Land keine Frage der Wohnsitznahme ist. Die Bevölkerung auf dem Land ist meiner Meinung nach ohnehin schon genug gestraft mit dem Zustand der Straßen, die sie tagtäglich beim Pendeln zur Arbeit nutzen muss.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn sich dazu noch das Gefühl gesellt, infrastrukturell auch bei der **Sicherheit** abgehängt zu sein, wird das **Leben auf dem Lande** noch ein Stück unattraktiver. Das wollen wir alle nicht.

Mehrfach habe ich das Wort „Gefühl“ benutzt. Sicherheit - das wissen alle Fachleute - ist zunächst

(Wolfgang Dudda)

eine Frage des Gefühls. Wenn ich meinen Schutzmann um die Ecke erreichen kann und ihn auf Streife in der Nähe meines Wohnbereichs sehe, dann fühle ich mich eben wesentlich sicherer, als wenn der nächste Polizeiposten 10 km weit entfernt ist. Das Blaulicht und das zu hörende Martinshorn, die im Falle des Falles von den so weit von mir entfernt stationierten Polizisten benutzt werden müssen, um zu mir zu kommen, erzeugen das gegenteilige Gefühl.

Was für den Bewohner Schleswig-Holsteins gilt, das gilt auch für unsere Gäste. Andere Bundesländer - zum Beispiel die Nachbarländer Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen - haben das schon lange erkannt und dafür im Sommer den **polizeilichen Bäderdienst** eingerichtet. Bei uns müssen Bürgermeister in Tourismuszentren verbal Amok laufen, weil die Polizei vor Ort abgezogen werden soll.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Mit der von der Landesregierung betonten Professionalisierung des Tourismus hat das nichts zu tun.

Ich erinnere mich an eine Diskussion im Wahlkampf letztes Frühjahr. Herr Kubicki, Sie waren dabei. Der Herr Landtagspräsident war noch in anderer Funktion dabei. Da hat es mich tatsächlich geschauert, als Herr Habeck den absonderlichen Gedanken geäußert hat, dass Bagatelldelikte wie Landendiebstahl künftig vom Ordnungsamt abgearbeitet werden könnten, oder den Verzicht auf Polizei bei Sachschäden durch Verkehrsunfälle, zu denen sie nicht mehr zu kommen brauche, vorgeschlagen hat.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Ich weiß, dass Sie damit mit Sicherheit Denkblockaden auflösen wollten, Herr Habeck, aber „gut gemeint“ ist nicht „gut gemacht“, und das war gar nicht gut gemacht. Warum erwähne ich das? Es müssen tatsächlich neue Antworten für die Polizei in der Fläche her, wie auf vernünftige andere Art und Weise das Sicherheitsgefühl erzeugt oder erhalten werden kann als durch die bisherige Polizeidichte. Das ist auch unbedingt umzusetzen. Das gebietet auch der vernünftige Umgang mit den Steuergeldern. Wo also tatsächlich ein Zuviel von Polizei vorhanden ist, müssen wir darüber reden, wie wir dafür sorgen, dass diese Polizistinnen und Polizisten an anderer Stelle eingesetzt werden können. Ich habe allerdings festgestellt, dass das kaum der Fall ist.

Dies jedoch braucht zuvor eine umfassende und sorgfältige Analyse. In diese **Analyse** müssen **kriminalgeografische Aspekte** genauso einfließen wie **verkehrstechnische**. Auch der Umstand, dass wir in diesem Land einen Bauch von 50- bis 60-jährigen Polizisten haben, die aufgrund ihrer großen Erfahrung sehr wohl sehr gut selbstständig arbeiten können, jedoch alters- und schichtdienstbedingt nicht mehr uneingeschränkt einsetzbar sind, muss dabei eine Rolle spielen.

Der im Antrag der CDU-Fraktion genannte **Dialog mit den Verantwortlichen** auf kommunaler Ebene ist aus unserer Sicht auch unverzichtbar. Dieser kluge Ansatz bedient auch die von der Landesregierung immer wieder bemühte Dialogkultur. Dass tatsächlich wohl nicht alle ländlichen Polizeistationen erhalten werden können, leuchtet uns allen ein. Das wissen wir auch alle im Hause. Aber man muss eben mit Augenmaß vorgehen. Es kann sein, dass eine Ein-Mann-Station sinnvoll ist, es kann auch sein, dass eine Fünf-Mann-Station nicht sinnvoll ist. Das muss man im Einzelfall prüfen.

Der damalige Innenminister Klaus Schlie brachte es in der genannten Diskussion auf den Punkt, indem er sagte, dass kleine Polizeistationen nicht mehr ganz zeitgemäß seien.

Einen Rasenmäher - das muss ich allerdings auch sagen - kann ich in der Arbeit des Innenministers nicht erkennen. Auch aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Kolleginnen Damerow und Nicolaisen kann ich das nicht erkennen. Das ist schon sehr differenziert, wenn auch nicht so, wie ich mir das idealerweise vorstelle.

Mit anderen Worten: Wie alle wissen, dass nicht alles so bleiben kann, wie es ist. Den Wandel müssen wir im Dialog mit den Leuten vor Ort gestalten - vor dem Hintergrund, dass Sie, Herr Minister Breiter, gesagt haben, es genauso tun zu wollen, macht es Sinn, diesem Antrag zuzustimmen und ihn nicht im Ausschuss zu beraten. Das Signal, das das Land draußen braucht, ist ein Bekenntnis zur Polizei in der Fläche. Darum bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Polizei in Schleswig-Holstein befindet sich im stetigen Wandel, ganz genau wie viele andere Organisationen in unserem Land auch. Täglich stehen die Beamten neuen Herausforderungen gegenüber, stets bemüht, den Anforderungen mit Engagement und Flexibilität zu begegnen. Sie bewerkstelligen täglich einen Spagat zwischen dem fachlich Wünschenswerten und dem, was finanziell für unser Land tragbar ist. Dieser Wandel hat natürlich auch Veränderungen mit sich gebracht, die meistens nicht von heute auf morgen eingetreten sind.

Heutzutage begegnet man eben nicht mehr dem **Polizeibeamten von nebenan**, der im Alleingang gerade eine Geschwindigkeitskontrolle auf der Landstraße durchführt. Diese Veränderung ist natürlich nicht per se auf das Polizeiwesen zurückzuführen, sondern sie ist eben an die gesellschaftlichen Veränderungen geknüpft. Es ist auch nicht besonders zielführend, wenn man irgendwo eine Polizeistation hinsetzt, die kürzere Öffnungszeiten als ein Dorfbäcker hat. Denn wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein - und das zu jeder Tages- und Nachtzeit.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Ein-Mann-Polizeistationen in den Dörfern nun nicht mehr die Regel sind, heißt jedoch nicht, dass sich die Polizei aus der **Fläche** verabschiedet. Wir haben es hier mit einer **Reorganisation** zu tun, die **Personalverschiebungen** mit sich bringt. Diese Entwicklung ist auch nicht mehr ganz so neu. Seit mehr als einem Jahrzehnt stehen die kleineren Polizeistationen zur Debatte, in einem immer wieder weiterentwickelten Landespolizeikonzept. Die letzte größere Umstrukturierung erfolgte - Sie erinnern sich - durch den damaligen Innenminister Schlie.

Um auf den Wortlaut des Antrages zu sprechen zu kommen: Schleswig-Holstein ist nun einmal ein Flächenland. Ein sogenanntes Aus-der-Fläche-Ziehen ebenso wie ein „Rasenmäherprinzip“ kann und wird es für uns als Küstenkoalition nicht geben.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Regionalist und aus nordfriesischer Sicht kann ich die neueste Entwicklung nur begrüßen, denn endlich bekommt zum Beispiel der Kreis Nordfriesland die Polizeibeamten, die er auch wirklich braucht. **Umstrukturierung** heißt somit nicht immer automatisch weniger Polizisten, sondern es

geht um echte **Qualität unserer Landespolizei** und um ihre Arbeitsfähigkeit in der Fläche. Da mag es sein, dass es an einigen Stellen Rückgänge gibt, aber es gibt eben auch Aufwüchse an anderen Stellen. Auch das bitte ich entsprechend zu berücksichtigen. Gerade im Beispiel Nordfriesland macht man sich eben wieder auf den Weg in die Fläche. Ich glaube, das ist auch ganz gut so.

Zur Präsenz der Polizei müsste vielleicht noch eine Anmerkung mehr gemacht werden. Im Anhörungsverfahren zur Beamtenbesoldung ist vonseiten des Landesrechnungshofes sowie vom Steuerzahlerbund auf eine ganz andere Sachlage aufmerksam gemacht worden. Im Ausschuss hat man darauf hingewiesen, dass es in Schleswig-Holstein aus Sicht der genannten Anzuhörenden eine immer noch zu hohe Anzahl an Beamten, insbesondere an Polizeibeamten, gibt und dass man mehr Polizisten einsparen sollte, als dies bisher geplant sei.

Diesen Hinweis haben wir zur Kenntnis genommen, jedoch wollen wir als rot-grün-blaue Koalition daran festhalten, dass sowohl finanz- als auch personalpolitisch kein weiterer Spielraum nach unten besteht als der, den wir alle als Personaleinsparungen in der Landesverwaltung festgeschrieben haben.

Wir wollen solide **Verkehrserziehung** für unsere Schülerinnen und Schüler, wir wollen auch darauf pochen, dass die **Präventionsarbeit** bestehen bleibt. Hier geht es um Gewaltprävention, Informationsarbeit bei sexuellem Missbrauch und auch zum Beispiel um Jugendmedienschutz. Das Gesamtkonzept muss stimmen. Wir brauchen in Zukunft eine umfassende Präventionsarbeit sowie eine vernünftige Verkehrserziehung. Deswegen ist noch mehr Personalabbau wenig sinnvoll.

Alles in allem kann ich feststellen, dass von Rückzug aus der Fläche nicht die Rede sein kann. Die Landespolizei und die zuständigen Polizeistationen stellen sich immer wieder klug auf unsere Gegebenheiten ein. Das ist gut so. In der Vergangenheit hat man mit der Landespolizei und den Direktionen vernünftig zusammengearbeitet, und wir tun dies als neue Koalition auch in Zukunft. Deswegen ist mir auch um die Präsenz der Landespolizei in der Fläche überhaupt nicht bange. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Herr Innenminister Andreas Breitner.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben heute ein Beispiel dafür, dass - kaum ist man in der Opposition - viele Regeln und Grundsätze der Regierungszeit scheinbar vergessen sind. Nach zahlreichen Schließungen von Polizeidienststellen in der Zeit Ihrer Verantwortung höre ich heute - ich zitiere - Ihre Liebe zur lokalen Verbundenheit und der Polizei möglichst in jedem Winkel des Landes.

Die Grundlagen für die **Organisationsentwicklung in der Landespolizei** sind die 2010 entwickelten Organisationsleitlinien. Diese Leitlinien spiegeln den aktuellen Stand polizeistrategischer Überlegungen wider. Sie berücksichtigen die wesentlichen Erkenntnisse interner und externer Organisations- und Aufgabenuntersuchungen. Nach Maßgabe dieser Leitlinien werden landesweit in den Polizeibehörden Pläne entwickelt, und zwar nach fachlichen Gesichtspunkten. Unser Ziel ist es, die Polizei zukunftsfähig aufzustellen und die Organisation aktuellen Entwicklungen und Rahmenvorgaben anzupassen. Die Organisationsleitlinien des Innenministeriums geben für kleine Polizeistationen die Kriterien vor, nach denen über Schließung, Zusammenlegung oder deren Erhalt entschieden wird. Diese Kriterien gelten seit vielen Jahren und sehen ausdrücklich die Einbindung der betroffenen Kommunen vor. Wir streben dabei einvernehmliche Lösungen an.

Deshalb bedarf es nun wirklich keiner Aufforderung zum Dialog. Genau diesen führen die Direktionsleiter zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Weil der Dialog so frühzeitig gesucht und geführt wird, gibt es dann auch Diskussionen vor Ort. Aber diese Diskussionen vor Ort und gelegentlich auch die Unruhe vor Ort, die ist gewollt, gewünscht und dem Umstand geschuldet, dass wir, bevor etwas entschieden ist, auf die **Kommunen** zugehen und mit ihnen den **Dialog** suchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Dabei werden die fachlichen Gründe, die beispielsweise für die Zusammenlegung oder den Erhalt einer Einzelstation mit der nächst größeren Polizeistation sprechen, in der Regel auch von den Kommunen akzeptiert.

Die Landespolizei wird den Kommunen bei polizeilichen Organisationsentscheidungen mit Auswirkungen auf den Personal- und Sachhaushalt der Landespolizei in allerletzter Konsequenz nach einer langen Dialogphase allerdings kein Vetorecht einräumen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch die Organisationsmaßnahmen werden die Kräfte der Landespolizei in der Fläche gebündelt. Damit wird auch berücksichtigt, dass bei Ein-Mann-Polizeistationen das Schild „Polizei“ eine Sicherheit suggeriert, die tatsächlich nicht immer gegeben ist. Der Beamte hat Urlaub, der Beamte ist zur Fortbildung, oder der Beamte ist auch einmal krank und noch dazu in überörtliche Schutzkonzepte eingebunden. An Ein-Mann-Polizeistationen steht oft „Polizei“ dran, aber es ist nicht immer Polizei drin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch einen weiteren wichtigen Aspekt verstärkt im Auge: Das ist die zunehmende **Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte**. Es ist unsere Aufgabe, dieser Entwicklung zu begegnen. Wir verbessern weiter die Ausstattung der Polizeibeamten und intensivieren die Aus- und Fortbildung sowie insbesondere das Einsatztraining. Dazu gehört aber auch, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst nicht dauerhaft auf sich allein gestellt sind. Wir wollen eine konsequente Doppelbesetzung von Funkstreifenwagen. Das gebietet die Eigensicherung. Die Doppelbesetzung fällt bei Ein-Mann-Polizeistationen naturgemäß schwer.

Eine Beeinträchtigung der inneren Sicherheit durch Strukturveränderungen wird es nicht geben und ist damit nicht verbunden. Der Zeitraum der Umsetzung, der Stellenverschiebungen und Organisationsentwicklungen ist auch mit Rücksicht auf die Altersstruktur des Personals bewusst mehrjährig angelegt. Es handelt sich also um einen langfristigen Prozess, der flexibel auf Entwicklungen reagiert.

Damit ist im Falle von Organisationsveränderungen sichergestellt, dass erstens die Polizei konzentriert in der Fläche erhalten bleibt

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und zweitens durch personalstärkere Dienststellen eine verbesserte Ansprechbarkeit für Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Andreas Breitner)

- Vielen Dank; es kommen noch drei weitere gute Punkte.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Serpil Midyatli [SPD]: Wir klatschen auch gern noch dreimal!)

Drittens ist gewährleistet, dass die Polizei ihre Organisation effektiv gestalten und an veränderte Rahmenbedingungen anpassen wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens ist gewährleistet, dass die Veränderungen im Dialog mit betroffenen Kommunen stattfinden, und fünftens die Präsenz der Polizei erhalten bleibt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landespolizei Schleswig-Holstein bleibt damit auch in Zukunft Garant für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, in den Städten, Frau Damerow, und im ländlichen Raum. Wir sollten den Menschen angesichts der demografischen Veränderungen nicht vermitteln, dass es immer so bleibt, wie es war. Die heile Welt von früher ist nicht konservierbar, schon gar nicht in Fragen der Sicherheit. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause und unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:56 bis 15:03 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und begrüße bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag 50 Mitglieder der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Es gibt den Wunsch, zur Geschäftsordnung zu reden. Das Wort hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion hat eben gerade in der Mittagspause noch einmal über Äußerungen von Herrn Dr. Stegner und Herrn Habersaat auf Twitter beraten. Wir sehen diese Äußerungen nicht als sachlich und vernünftig an. Wir weisen die dort getroffenen Anschuldigungen entschieden zurück. Daher beantragen wir eine Unterbrechung der Sitzung und die Einberufung des Ältestenrats.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir liegen drei Anträge von Fraktionen vor, jetzt eine Ältestenratssitzung einzuberufen und die Sitzung des Landtags zu unterbrechen. Gemäß § 8 unserer Geschäftsordnung verfare ich so. Ich unterbreche die Sitzung und bitte den Ältestenrat zu einer Sitzung in mein Dienstzimmer.

(Unterbrechung: 15:05 bis 15:34 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne unsere nachmittägliche Sitzung wieder.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 52 auf:

Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/889

Ich erteile das Wort dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Danke für die Chance, hier zum Zustand der Energiewende zu berichten.

Erlauben Sie mir, anlässlich des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Schleswig einige Sätze zur atompolitischen Situation zu sagen. Sie ist ja eng

(Minister Dr. Robert Habeck)

mit dem Thema verknüpft. Energiewende im engsten Sinn der politischen Interpretation heißt ja **Ausstieg** aus der **Atomenergie**. Insofern gibt es einen ursächlichen Zusammenhang mit der Debatte. Ich hoffe, dass ich meine Redezeit nicht zu sehr überschreiten werde. Lassen Sie mich vier Anmerkungen machen.

Erstens. Es ist gestern ein Urteil zu einer Klage gekommen, die über zehn Jahre gedauert hat. Das wird eine politische Diskussion nach sich ziehen und zieht sie nach sich. Ich finde, es ist gutes Recht in einem Rechtsstaat, und ich habe persönlichen Respekt davor, dass die Kläger so einen langen Weg zur Überprüfung ihrer Anliegen vor Gericht gewählt haben. Das sollte man bei all dem nicht vergessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Das ist das ausdrückliche Recht und eine große Chance für uns, aus der Klagebereitschaft der Menschen und der Überprüfung der Genehmigungen immer klüger zu werden und Schlüsse zu ziehen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Zweitens. Für Schleswig-Holstein hat das Urteil unmittelbar - ich betone: unmittelbar - keine direkten Auswirkungen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ob und wann es rechtskräftig wird, wird entscheidend davon abhängen, wie die Klageverlierer, also der Bund, vertreten durch das Bundesamt für Strahlenschutz, gegebenenfalls Vattenfall, vor einer anderen Kammer vor dem Bundesverwaltungsgericht eine Revisionsklage anstrengen oder auch nicht. Das heißt, für den gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Atomaufsicht - mein Ministerium und die Atomaufsicht in Schleswig-Holstein - weder die Notwendigkeit noch die Befugnis, in irgendeiner Form aktiv zu werden.

Drittens. Unabhängig von dem juristischen Ausgang und der Rechtswirksamkeit des Urteils bereiten wir uns selbstverständlich darauf vor, was passieren könnte. Es ist auf eine erstaunliche Weise ein viel komplizierterer Vorgang, ein **Zwischenlager** zu haben, in dem schon **Castoren** stehen, das dann möglicherweise seine Genehmigung verliert beziehungsweise seine Genehmigung dann auch rechtskräftig verliert, als eine Genehmigungssituation für Castoren zu haben, die noch nicht in einem Zwischenlager sind. Zum Letzten komme ich gleich.

Natürlich ist die Situation, dass ein Zwischenlager die Genehmigung verliert und Castoren schon da sind, auf eine gewisse Art viel komplizierter, als

neue Genehmigungen für Castoren auszustellen, die erst noch kommen sollen. Diesen Vorgang gab es noch nicht in Deutschland. Wir bereiten uns juristisch darauf vor, diesen ungewöhnlichen Zustand dann zumindest vorübergehend so zu heilen, dass er juristisch und politisch handhabbar sein wird.

Viertens. Ein Satz zur bundespolitischen Debatte über das **Endlagersuchgesetz**. Auf eine grundsätzliche Art führt uns dieses Urteil noch einmal vor Augen, dass wir ein Atomproblem haben, dass wir Müll haben, von dem wir nicht wissen, wo er letztlich gelagert werden soll, und dass wir die Frage der Sicherheit an den Zwischenlagern immer wieder nur relativ überprüfen können. Diese Relativität - das hat das Gericht gestern festgestellt - konnte nicht dokumentiert werden. Das heißt, zu Ende gedacht ist der Weg zu einem möglichst sicheren Endlager die richtige politische Antwort darauf. Ich kann nur hoffen und bin erfreut, dass sich Ministerpräsident Weil in Niedersachsen jetzt erst einmal so geäußert hat. Ich kann nur hoffen, dass der Weg zu einem Endlagersuchgesetz und damit hoffentlich zu einem möglichst sicheren Endlager in Deutschland durch diese Diskussion nicht verbaut wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, und SSW)

Ich komme damit zu dem eigentlichen Thema dieser Debatte, dem Energiebericht, den wir vorgelegt haben in Kontinuität der Vorgängerregierung - allerdings so zeitnah wie noch nie zuvor. Ich sagte schon: Energiewende verstanden im engeren Sinne bedeutet Abkehr von der Atompolitik und Ausstieg aus der Atomenergie. **Energiewende** in einem vollumfänglichen Sinn verstanden heißt auch eine möglichst CO₂-arme - wenn es nach mir geht bis Mitte des Jahrhunderts eine CO₂-freie Gesellschaft - zu entwickeln. Die Analyse, wie weit wir auf dem Weg sind, wo es Handlungsbedarf gibt und wo wir Fortschritte erzielt haben, legt der Bericht vor. Ich will die drei Handlungsfelder einmal kurz aufrufen.

Wir sind nicht gut - sowohl im Bund als auch im Land - im Bereich des Verkehrs. Der CO₂-Ausstoß des **Verkehrs** beträgt noch immer 20 % des CO₂. Der Fortschritt ist dort eine Schnecke. Wenn ich einmal als Klimaschutzminister rückblickend auf die beiden Debattentage dieses Hohen Hauses schauen darf, ist es für mich zumindest logisch anspruchsvoll, wenn man an dem einen Tag darüber diskutiert, wie wir mehr Geld für Deicherhöhung und Klimaschutzmaßnahmen bekommen, um die Auswirkungen des Klimas zu beschränken, und am anderen Tag darüber diskutieren, wie wir mehr Geld für neue Autobahnen bekommen. Das ist zu-

(Minister Dr. Robert Habeck)

mindest logisch nicht trivial und leicht zusammenzubringen aus Sicht des **Klimaschutzes**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bereich der **Wärme** sind wir auf dem Pfad, aber auch nicht besser als der Pfad. Wir versuchen dort, auch lernend vom Nachbarn Dänemark, noch eine Schippe draufzulegen. Ich bedanke mich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit mit dem Innenministerium. Eines der Schlüsselprojekte ist sicherlich die Quartiersanierung, die Umstellung auf vernetzte Wärme. Wenn die dann auch noch erneuerbar produziert wird, haben wir viel richtig gemacht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unmittelbar mit dem Thema Atomausstieg verknüpft ist die Energiewende auf dem **Strommarkt**. Dort ist das Land in der Tat so gut davor, dass wir eine Chance haben, bilanziell, also in den einzelnen Sparten - Verkehr und Wärme habe ich schon genannt -, zwar nicht das Ziel null CO₂-Emissionen zu erreichen, aber durch die Wende am Strommarkt am Ende des Jahrzehnts tatsächlich CO₂-neutral aufgestellt zu sein. Auch das wäre tatsächlich ein politisches Ausrufezeichen hier aus diesem Land.

Der Schlüssel dazu ist der Ausbau der **erneuerbaren Energien** im Strombereich. Sie kennen die Ausweisung der **Windeignungsgebiete** und die Berichte um die Genehmigung, die auch heute medial nachzulesen sind. Ich möchte an dieser Stelle nur Folgendes sagen, weil das immer wieder für Diskussionen sorgt: Die Ausweisung der Windeignungsgebiete schafft noch kein Baurecht. Das heißt, die einzelnen Mühlen müssen beantragt, genehmigt und sauber abgeprüft werden. Die Schaffung des Baurechts kann durch die Ausweisung der Flächennutzungspläne und der B-Pläne vorbereitet werden, dadurch aber nicht durchgesetzt werden. Es sind jeweils Einzelfallprüfungen angezeigt. Das macht Sinn. So soll auch die Akzeptanz für die Energiewende im ländlichen Raum hochgehalten werden.

Der Kern der Arbeit für die Energiewende ist der Ausbau der **Stromnetze**. Sie wissen, dass wir in Schleswig-Holstein viel Erfahrung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien haben. Wir haben aber noch nicht viel Erfahrung mit dem Ausbau der Stromnetze. Diese Erfahrung ist erst in der jüngsten Zeit gesammelt worden. Diesbezüglich kann ich über einige Fortschritte berichten: Die Trasse Hamburg/Nord-Dollern ist vor wenigen Monaten planfestgestellt worden. Das heißt Tennet kann diese Trasse bauen und damit den Strom aus Schleswig-Holstein über die Elbe bringen. Das ist ein wichtiger Schlüssel zur Energiewende.

An der Westküstentrasse gibt es eine Realisierungsvereinbarung. Ich erzählte Ihnen vor einem Jahr, als ich hier zum ersten Mal zum Thema Energiewende sprach, wie die Realisierungspläne aussehen. Wir planen jetzt, drei Jahre schneller fertig zu sein. Die Planung ist das eine, die ständige Überwachung der Realisierungsvereinbarung bindet aber durchaus viele Kräfte in meinem Haus. Dennoch bin ich der Meinung, dass die Leitung an der Westküste 2017/18 stehen kann. Der erste Planungsabschnitt ist zur Planfeststellung eingereicht worden. Es geht also voran.

An der Ostküste ist die Situation ein bisschen komplizierter, weil die Daten, die die Netzbetreiber eingereicht haben, von der Bundesnetzagentur so nicht anerkannt wurden. Wir stehen in intensiven Gesprächen, und ich bin zuversichtlich, dass wir diesen Zustand Ende des Jahres geheilt haben werden. Die Trasse an der Ostküste ist 60 km lang, also deutlich kürzer. Insofern gibt es eine große Chance, diese Trasse, wie auch immer sie ausfällt, in dem genannten Zeitraum zu bauen.

Der Korridor C, der den Strom, der in Schleswig-Holstein gesammelt wird, nach Süddeutschland führen soll, ist ebenfalls genehmigt. Das ist übrigens der Korridor, in dem Erdverkabelung, in dem eine HGÜ-Leitung, möglich sein wird. Ich hoffe, dass die Planfeststellung schleunigst erfolgt, sodass wir 2018/19 mit dieser Trasse ebenfalls fertig sein können.

Parallel dazu haben wir, wenn ich das so sagen darf, das Rennen mit Niedersachsen um die Verbindung nach Norwegen gewonnen. Hinsichtlich des NORD.LINK-Kabels soll der Planfeststellungsbeschluss bis 2015 vorliegen, und dann soll bis 2018 gebaut werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich das alles zusammennehme - ich will die Schwierigkeiten im Detail überhaupt nicht geringreden -, muss ich feststellen, dass wir drei bis vier anstrengende, arbeitsreiche und komplizierte Jahre vor uns haben. Wir haben aber die große Chance, bis 2018 einen Großteil unserer Hausaufgaben erledigt zu haben. Dann dürften die meisten **Windkraftanlagen** stehen. Dann wird das Netz stehen. Dann wird es keine Abschaltungen mehr geben oder nur noch in minimalem Maße. Wenn auch der Bund seine Hausaufgaben macht, dann fließt der Strom nach Süden ab, sonst gegebenenfalls nach Norwegen. Das heißt, wir stehen vor vier spannenden Jahren.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit, gerade mit der Opposition. Ich weiß, dass es für die Opposition verlockend ist, immer dann, wenn unbequeme Entscheidungen zu treffen sind, draufzuhauen. Das passiert, soweit ich das sehe, nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Abweichungen in der Sache - das ist ja auch der Sinn der Opposition -, aber der Konsens, der in Schleswig-Holstein hinsichtlich der Energiewende gefunden wurde, trägt.

Wenn das alles gelingt, sind wir in vier, fünf Jahren deutlich weiter. Ich stehe mit hochgekrempelten Ärmeln vor Ihnen und hoffe, dass wir auf diesem Weg - wenn auch im Einzelnen kritisch, so doch konstruktiv im Sinne der gemeinsamen Sache - schnell vorangehen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um fünfeinhalb Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen, wenn sie dies unbedingt wünschen, zur Verfügung.

Ich mache folgenden Vorschlag zur Worterteilung: Zuerst die Fraktion der CDU als erstgenannte Fraktion des ursprünglichen Berichtsantrags, Drucksache 17/2384, und dann die Fraktionen nach Stärke. - Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Jens Magnussen.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bedauerlicherweise wird dieses zukunftsweisende Thema von dem gestrigen Urteil überschattet. Ich möchte mich jetzt aber im Wesentlichen auf das Thema **erneuerbare Energien** konzentrieren und mich mit dem Bericht auseinandersetzen.

Herr Minister, Ihnen und Ihren Mitarbeitern herzlichen Dank für den Bericht.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank. Detlef, ich glaube, wir sind enger zusammen, als wir denken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Warte einmal seine Rede ab!)

Vor einem Jahr hat die alte Koalition aus CDU und FDP ein Monitoring zur **Energiewende** in Schleswig-Holstein angestoßen. Angesichts der Wichtigkeit des Themas sind wir sehr froh, dass unser Antrag nicht der Diskontinuität zum Opfer gefallen ist. Wir stellen fest, dass Sie ein bestelltes Feld übernommen haben. Schleswig-Holstein ist bei der Energiewende vorne mit dabei. Aber die Situation ist nicht nur schön und schon gar kein Grund, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen; denn die anderen Länder schlafen nicht.

Wir alle sind gefordert, weiter Visionen zu entwickeln und Perspektiven zu konstruieren. Viele Initiativen wurden in der Vergangenheit auf den Weg gebracht. Es wurden gute Ideen entwickelt, die wir im Grundsatz allesamt begrüßen und teilen. Trotzdem ist noch ein langer Weg zu gehen. Es sind Ideen und Ansätze zu entwickeln und fähig für den freien Markt zu machen.

Es ist längst nicht ausgemacht, dass die **Energiepreise** auch ohne Ausbau der erneuerbaren Energien angestiegen wären. Derartige Behauptungen gleichen mittlerweile eher dem Blick in die Glaskugel, als dass sie nahe an der Realität sind. Das war auch Ihrem Bericht zu entnehmen. Fakt ist eines: Die Strompreise steigen. Ob das nun ein bisschen mehr am EEG oder doch eher an den steigenden Netzentgelten für den notwendigen Netzausbau liegt oder ob die Stromsteuer oder die Börsenpreise der Grund sind, ist im Grunde einerlei. Am Ende muss das einer bezahlen. Bezahlen werden es die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in unserem Land. Deshalb ist es unsere Pflicht als gewählte Vertreter, alles dafür zu tun, dass die Strompreise nicht zu stark steigen.

(Beifall CDU)

Es freut mich, dass die Landesregierung das genauso sieht. Trotzdem bin ich nicht froh darüber, dass die Strompreisbremse noch nicht da ist.

Nach Auffassung der CDU braucht es aber auch konkret definierte Ziele. Diesbezüglich haben Sie Nachholbedarf. Bei der **energetischen Gebäudesanierung** haben Sie im Vermittlungsausschuss im Deutschen Bundestag ein 1,5-Milliarden-€-Projekt blockiert und stattdessen das PROFI-Programm mit einem Volumen von 50 Millionen € aufgelegt. Das Verhalten auf Bundesebene hat jetzt, im Vorwahlkampf, eher mit einem Schwarzer-Peter-Spiel zu tun.

(Jens-Christian Magnussen)

Bei Forschung und Wissenschaft und in der Clusterbildung haben wir - das wissen wir spätestens seit der Problematik bei der CEwind - Nachholbedarf. Die Erforschung des wissenschaftlichen Untergrunds ist ein Stichwort, die Moderation zwischen den Partnern in den Bündnissen ein zweites. CEwind ist ein gutes Beispiel. Obwohl es sich um Zukunftstechnologien handelt, gibt es Diskrepanzen, möglicherweise aufgrund von Kompetenzgerangel.

Hinsichtlich der weiteren Markteinführungen im Bereich der erneuerbaren Energien brauchen wir einen besonderen Schub für die **Speichertechnologien**. Ihr Ziel lautet: bis 2025 6 % der schleswig-holsteinischen Erzeugerleistung. Ob 6 % ausreichen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, bezweifle ich. Dies ist ein Indiz dafür, dass wir dringend marktfähige und erprobte Übergangslösungen benötigen.

Internationale Verantwortung und Vernetzung im europäischen Verbundnetz sind notwendig. Herr Minister, Sie haben das NORD.LINK-Kabel angesprochen. Wir hätten es 2000 schon haben können. Darüber haben wir im Landtag damals diskutiert. Heute diskutieren wir wieder darüber. Mittlerweile können wir aber hoffen, dass dieses NORD.LINK-Kabel mittelfristig zur Verfügung steht. Grundlastfähigkeit durch Kraftwerkskonzeption finde ich in Ihrem Bericht nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Magnussen, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Magnussen, ist Ihnen bekannt, dass das Viking-Kabel durch die Regierung Simonis und Steenblock voll genehmigt war?

- Das war genehmigt. Das ist mir sehr wohl bekannt, Herr Kollege. Sie wissen aber auch, warum der Vorhabenträger von dem Vorhaben zurückgetreten ist: Weil Umweltverbände Klage eingereicht haben gegen die Verlegung des Kabels im Wattenmeer. Ich hoffe, dass Ihnen das auch bekannt ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir befinden uns hier in einer politischen Debatte!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, falls Sie eine zweite Frage stellen wollen, frage ich gern nach. Wir wollen doch die Regeln einhalten. - Wollen Sie eine zweite Frage stellen?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Dann haben Sie auch nicht das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ist auch nicht nötig!)

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Das Thema Zwischenlagerung beziehungsweise **Endlagersuche** haben Sie mündlich ausgeführt. Ich bin sehr froh, dass wir uns seitens der CDU in der letzten Debatte zur **Zwischenlagerung** mit unserem Vorhaben ein Stück ins Verfahren haben einbringen können. Viele Fragen, die wir da gestellt haben, stehen heute zur Disposition. Es war gut, dass wir seinerzeit hartnäckig dabeigeblichen sind und einen gemeinsamen Beschluss des Landtags auf den Weg gebracht haben. Vielen Dank noch einmal an meine Fraktion, dass wir da nicht klein beigegeben haben.

(Beifall CDU)

Das Urteil von gestern hat eine nicht unbedeutende Tragweite. Ich will es einmal unjuristisch formulieren. Herr Minister, Sie haben uns vorhin kurz vor der Mittagspause darüber informiert, was aus Ihrem Hause aufgenommen wurde und wie Sie das Urteil interpretieren. Vielen Dank dafür. Eine Sicherheitsanalyse beziehungsweise Bewertung des Gerichts gibt es nicht. Das haben Sie - glaube ich - eben nicht ausgeführt. Letztendlich geht es um die Ermittlungsdefizite zur Genehmigung aus dem Jahr 2003. Da gilt es, Abhilfe zu schaffen. Das sollten wir als Land Schleswig-Holstein konstruktiv begleiten. Ich kann Ihnen zusichern, dass die CDU diesen Prozess konstruktiv begleiten wird.

Ich könnte mich jetzt noch zu den Aufträgen aus dem Antrag Drucksache 17/2384 äußern, nehme aber zur Kenntnis, dass der von uns zugestandene Aufschub für die Beantwortung genutzt wurde, um fokussierter auf die Beantwortung der Drucksache 18/750 eingehen zu können. Im Übrigen finde ich, dass unser Antrag aus der letzten Legislaturperiode nicht richtig ernst genommen wird. Es wurde von allen Fraktionen, auch im Ausschuss, eindeutig beschlossen, einen wissenschaftlichen Beirat zu bilden, der das jährliche Monitoring beraten und begleiten soll. Stellungnahme in Ihrem Bericht - Fehl-anzeige! Die Energiewende darf nicht zum Spiel-

(Jens-Christian Magnussen)

ball der Politik werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Überschattet wurde die Zukunftsperspektive der schleswig-holsteinischen Energiewende durch die Diskussion um Artenschutz und Flugsicherung - Sie haben es kurz angesprochen - für ausgewiesene Windeignungsflächen.

Diskussionen um Offshore - ja oder nein - tragen ebenfalls nicht zum Vertrauen bei. Zu Offshore haben Sie sich eben gar nicht geäußert.

Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind nur zwei Indikatoren für den Erfolg der Energiewende und für Investitionsbereitschaft. Mit dem Umbau der Energiewirtschaft sollten wir nicht gleichzeitig den Prozess der Deindustrialisierung befeuern. Ihr Bericht führt dankenswerterweise aus, dass die **Industrie** Energieoptimierung und Energieeffizienz in der Größenordnung von 12 % vorgenommen hat. Gewerbe, Handel und Dienstleistungen haben ebenfalls reduziert.

Wir sollten die Zeit nutzen, um uns im Ausschuss intensiv mit dem Antrag auseinanderzusetzen, um die notwendigen Schlüsse zu ziehen und weiter die Fortschritte Ihrer Politik aktiv begleiten zu können.

Als Fazit fasse ich zusammen: Sie verwalten bislang das Vermächtnis der Vorgängerregierung. Zwölf Monate im Amt und aktuell nichts Zukunftsweisendes erkennbar. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Magnussen, es war schon interessant zu sehen, wie Sie am Anfang gelobt und gesagt haben, alles sei gut, um dann den Schlenker hinzukriegen, dass doch alles schlecht sei. Das war schon nicht so schlecht, aber wir werden einmal gucken, wie es weitergeht.

Erst einmal vielen Dank an die Landesregierung für den umfangreichen Bericht zur **Energiewende** und zum **Klimaschutz**. Der Bericht zeigt, dass wir schon auf einem guten Weg sind, die Klimaschutzziele zu erreichen. Wie wichtig der Klimaschutz auch für Schleswig-Holstein ist, zeigt das Elbhochwasser dieser Tage noch einmal eindrucksvoll. Ein

Weiter-so-wie-bisher können wir uns nicht mehr erlauben.

Wir brauchen neue Maßnahmen für den Klimaschutz und mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung. Hier ist nicht allein die Landesregierung gefragt. Wir werden das umsetzen, was wir dazu beitragen können. Dies nützt jedoch nur bedingt, wenn die Bundesebene nicht mitzieht, stattdessen die Klimaschutzziele aufweicht und den erneuerbaren Energien den Kampf ansagt. So kommen wir nicht weiter.

Der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase hat nach Berechnungen des Bundesumweltamts in Deutschland 2012 sogar wieder zugenommen, um 1,6 %. Deutschland hatte in Europa und weltweit einmal eine Vorbildfunktion. Davon ist mit der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung nicht mehr viel übrig.

Dagegen zeigt der Bericht der Landesregierung detailliert auf, wie mit der Energiewende die Klimaschutzziele, eine Minderung der Treibhausgasemissionen um 40 % bis 2020 und um 80 bis 95 % bis 2050, erreicht werden sollen. Minister Habeck hat eben gesagt, dass er - wenn ich ihn richtig verstanden habe - fast 100 % bis 2050 anstrebt. Da haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion wird sich auch weiterhin für ein Gelingen der Energiewende einsetzen. Es geht darum, Energie einzusparen, Energie effizient zu nutzen und **erneuerbare Energien** weiter auszubauen. Es geht auch darum, mit der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein zu fördern. Der Bericht zeigt eindrucksvoll auf, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen die Energiewende für Schleswig-Holstein hat. Kollege Magnussen, Industriebranchen werden wir hier nicht zulassen. Dafür bürgt diese Landesregierung.

(Christopher Vogt [FDP]: Dafür bürgt sie?)

Das zeigt auch die Energiewende.

(Vereinzelter Beifall SPD - Lachen FDP)

- Da sind sehr viele Arbeitsplätze entstanden. Ich weiß, dass Sie das vielleicht noch nicht wissen, aber es ist so. Auch der Bericht zeigt, wie viele Arbeitsplätze da entstanden sind. Insofern sollten Sie sich den Energiebericht noch einmal genauer durchlesen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

(Olaf Schulze)

Es ist eine große Chance für die strukturelle Entwicklung unseres Landes, die wir nicht vergeben dürfen. Es ist eine große Herausforderung, dies im Einklang mit der Natur zu erreichen. Dessen sind wir uns bewusst. Gerade weil sich die Landschaft durch die Energiewende stark verändert, ist die Akzeptanz der Menschen dafür besonders wichtig. Deshalb beziehen wir sie in unsere Entscheidungen mit ein.

Schleswig-Holstein war schon immer das Land der erneuerbaren Energien, und es ist gut, dass wir nicht den Ausstieg aus der Atomkraft mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke verbunden haben.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das Minister Habeck angesprochen hat, macht deutlich, dass das Endlagerproblem endlich und dringend gelöst werden muss, und zwar gemeinsam von Bund und Ländern.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei hat die Sicherheit im Vordergrund zu stehen.

Deshalb müssen wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Hierbei spielt die **Windkraft** eine besondere Rolle in unserem Land, aber auch Photovoltaik und die Nutzung von Biomasse wurden weiter ausgebaut.

Die Energiewende besteht aber nicht nur aus dem Bereich der Stromerzeugung. Gerade der Bereich der **Wärmeversorgung** wurde in den letzten Jahren etwas vernachlässigt. Wenn ich mir das Grünbuch von Herrn Austermann ansehe, stelle ich fest, dass sie dort gar nicht stattgefunden hat. Insofern sind wir jetzt einen großen Schritt weiter. Hier beschreibt der Bericht der Landesregierung den Stand und zeigt neue Wege auf. In den Bereichen der Mobilität und dem Wärmesektor gibt es noch erhebliche **CO₂-Reduktionsmöglichkeiten**, da wir hier noch in sehr großem Umfang fossile Energieträger einsetzen.

Die beschriebenen Maßnahmen der Landesregierung sind vielfältig und berücksichtigen alle Bereiche: Forschung und Innovation, die Landesplanung, die Kommunen, die Unternehmen und die privaten Haushalte. Sie alle können zu einem Gelingen der Energiewende und damit zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen.

Der Bericht zeigt, dass es noch viel zu tun gibt. Wir sind auf dem richtigen Weg und setzen die richtigen Prioritäten - mit Wärme und Mobilität. Gerade auch hier brauchen wir in den nächsten Jahren gute Konzepte. Auch und gerade **Speichertechnologien**

werden zukünftig für Schleswig-Holstein für die Energiewende einen wichtigen Aspekt darstellen. Mit diesen Dingen werden wir die Energiewende und den Klimaschutz in Schleswig-Holstein, hoffentlich dann auch deutschlandweit, voranbringen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktion bei Ihnen, Herr Minister, für diesen ausgezeichneten Bericht. Ich bedanke mich auch für die kurzfristige Unterrichtung der Fraktionen über das gestrige **OVG-Urteil**, mit dem das Schleswiger Gericht die **Genehmigung für atomare Zwischenlager** beim stillzulegenden AKW-Standort Brunsbüttel versagte - eine Entscheidung von womöglich großer Tragweite, die uns aktuell alle bewegt.

Was sind die Folgen? - Die FDP sieht sich in ihrer Skepsis gegen den **Endlagerkompromiss** bestätigt. Da besteht leider aber gar kein Zusammenhang, denn das Verbringen von Castoren nach Gorleben hätte ein Zwischenlager zum Ziel, das wegen seines Alters tendenziell technisch eher schlechter geeignet ist als Brunsbüttel.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das behaupten Sie! Nur weil Sie es behaupten, muss es noch lange nicht richtig sein!)

- Ach, das können wir ja klären, Herr Kollege. Es gibt so einen Satz: „Detlef hat immer Recht!“

(Heiterkeit - Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Ich will Ihnen bei einiger sozialpolitischer Kompetenz, die ich Ihnen zutraue, trotzdem sagen, dass Sie mir glauben können, dass ich hier keine falschen Tatsachen behaupten werde.

(Christopher Vogt [FDP]: Na ja!)

Erstens ist es älter, und zweitens ist es technisch nicht besser ausgerüstet als das neuere Zwischenlager, das inzwischen in Brunsbüttel errichtet ist.

(Detlef Matthiessen)

(Christopher Vogt [FDP]: Aber Sie sind auch älter als Herr Garg. Da sollten wir keine falschen Schlüsse ziehen! - Glocke Präsident)

- Ausnahmen bestätigen die Regel.

Darf ich fortfahren, meine Damen und Herren? Die FDP will sich damit profilieren, welche Folgen das Urteil hat, weil sie sich bestätigt sieht. Ich möchte damit aber kein kleinliches Parteiengzänk einläuten.

(Christopher Vogt [FDP]: Das haben Sie gerade schon gemacht!)

Atomausstieg und Energiewende sind Themen, die wir nur alle zusammen - als Parteien, als Bevölkerung und als Wirtschaft - in Deutschland stemmen können.

Ich möchte für die grüne Fraktion schon reklamieren, dass wir seit Langem immer wieder in zahlreichen Anfragen, Landtagsdebatten und Stellungnahmen vor einer Unterschätzung der **Terrorgefahr** durch Einwirkung Dritter gewarnt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Insofern sehen wir uns durch dieses Urteil bestätigt. Anlass zur Freude kann das nicht sein. Vielmehr wird immer deutlicher, dass die Hinterlassenschaften des Atomprogramms zu fast unlösbaren Problemen führen. Wir Grünen wollen uns dennoch der Verantwortung stellen.

Welche Folgen das gestrige Urteil haben kann, ist noch nicht absehbar, da andere Zwischenlager, zum Beispiel Krümmel oder Brokdorf - wie Brunsbüttel selbst - nur die Erlaubnis haben, Atommüll aus der eigenen Produktion zu lagern. Der Plan, im Falle eines Falles die Castoren schnell einmal herüberzuschieben, zum Beispiel nach Brokdorf, träfe auf sehr hohe Hürden.

Es bedarf also ruhiger und gründlicher Beratung, wie mit dem **Urteil aus Schleswig** umzugehen ist. Die Rechtskraft hängt vom Ausgehen des sicher zu erwartenden Beschwerdeverfahrens gegen den Revisionsausschluss ab. Wir sollten uns alle die Worte meiner Fraktionsvorsitzenden Eka von Kalben zu Herzen nehmen. Sie sagte, wir sollten darüber nachdenken, ob wir nicht viel früher und vollständig aus dem Atomprogramm aussteigen sollten. Das Atomkraftwerk Brokdorf darf nicht, wie vorgesehen, bis 2021 weiterlaufen. Jedes Kilogramm zusätzlicher Atommüll ist zu viel.

Ein anderer Punkt, der aktuell von Bedeutung ist, betrifft die **Gefährdung der Genehmigung von Windparks in Ostholstein** und anderswo durch UKW-Drehfunkfeueranlagen. Das sind Anlagen der **Flugsicherheit**. Sie dienen der Funkleitortung der Flugzeuge. Diese Technik ist abgängig und wird hoffentlich einmal durch GPS und später Galileo vollständig verdrängt. Sie wird aktuell heute meistens schon nicht mehr gebraucht. Warum 1998 ein Windpark in einem 3.000-m-Radius genehmigt und nicht vom Bundesaufsichtsamt beanstandet wurde und heute plötzlich 15.000 m Abstand erforderlich sein sollen, erschließt sich mir nicht, zumal der Nachweis möglicher Störungen über Simulationen und nicht über Messungen erfolgt. Es werden bei dieser Technik Richtungsabweichungen von mehr als 3,5 Grad auch ohne Windmühlen festgestellt. Das ist rechtlich wie technisch eine sehr komplexe Materie, die wir im Ausschuss - es hilft ja nichts - vertiefen müssen.

Mein Dank geht auch hier an die Landesregierung für den Bericht, den wir gestern zu diesem Thema erhalten haben, Herr Minister Meyer. Es geht um Investitionen in vielfacher - dreistelliger - Millionenhöhe. Da kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Der **Energie- und Klimaschutzbericht** ist eine schleswig-holsteinische Erfolgsgeschichte. Wir schaffen es, den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen zu senken. Wir ersetzen fossile Stromerzeugung zunehmend durch erneuerbare Energien.

Ich war in der vergangenen Woche in Toronto auf einer Konferenz, der 8th World Hydrail Conference. Da konnte ich berichten, dass es auch in Schleswig-Holstein eine Arbeitsgruppe aus Unis und Wirtschaft gibt, die sich unter Führung der WTSH mit oberleitungsunabhängigem elektrischen Bahnantrieb befasst. An dieser Stelle auch ein Dank, Herr Minister Meyer, und Anerkennung für die Initiative von Herrn Staatssekretär Dr. Nägele.

Wenn man dort in seiner Rede beiläufig berichtet: „We cover 60 percent of our electricity consumption by renewables“, als sei das selbstverständlich, und dann in die Gesichter der Teilnehmer schaut, dann wird man doch ein bisschen stolz auf unser kleines Schleswig-Holstein.

Der Erfolg, den wir hier haben, kommt nicht von allein. Erfolg hat gewöhnlich viele Väter. Das ist in Schleswig-Holstein natürlich auch so. Wir können feststellen, dass die Vorgängerregierungen den Kurs in Richtung Erneuerbare eingeschlagen und

(Detlef Matthiessen)

gehalten haben. Wir können feststellen, dass bei den Themen Atomausstieg und 100-%-Ziel-Erneuerbare Einigkeit bei den Parteien in Schleswig-Holstein besteht. Das war in der heutigen, gefestigten Form nicht immer so. Ich glaube, wir Grünen waren und sind dabei eine treibende Kraft.

(Zuruf Jens-Christian Magnussen [CDU])

- Kollege Magnussen, ich weiß, dass für manche der Weg länger war, aber angekommen sind wir jetzt.

Diese Einigkeit ist eine Besonderheit hier in unserem Land. Dieser Weg geht von einer starken Anti-AKW-Bewegung aus, von tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmern, die Windmühlen und Solaranlagen betreiben, von einer Politik, die diese Entwicklung vorangebracht hat. In der Umsetzung gibt es viele, die mitgewirkt haben. Dazu gehört - ich finde, dieser ist an erster Stelle zu nennen - der bis 1993 amtierende Energieminister Günther Jansen, der schließlich das erste Förderprogramm für Windenergie beziehungsweise für Erneuerbare überhaupt in Deutschland aufgelegt hat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall SPD)

Beim ersten Stromeinspeisegesetz wirkte Peter Harry Carstensen - damals als schleswig-holsteinischer Bundestagsabgeordneter - mit,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall CDU und FDP)

Willi Voigt als Staatssekretär mit emsiger, akribischer und sachkundiger Arbeit in der Regierung Simonis, und unsere Vorgängerregierung mit Minister de Jager und Staatssekretärin Zieschang. Daher ist es auch richtig, dass der Bericht darauf Bezug nimmt, dass sich Robert Habeck in diese Tradition stellt.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Wir sind beim Thema Energiepolitik, Herr Dr. Garg.

Wir haben mit den anstehenden Genehmigungen, mit der Beendigung des Atomprogramms mit dem Ausbau der Stromnetze viele Aufgaben und Schwierigkeiten vor uns. Darüber lässt uns streiten, das können wir als Politiker gut. Mir lag daran, auf die Gemeinsamkeiten hinzuweisen und auf den gesellschaftlichen Konsens, den wir für die **Mammutaufgabe Energiewende** brauchen.

Ich freue mich daher auf die weitere Beratung des Berichtes im Ausschuss, weil er uns eine hervorragen-

gende Grundlage und Begleitung für die weitere Arbeit liefert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

(Serpil Midyatli [SPD]: Heiner? - Sandra Redmann [SPD]: Heinrich ist immer gut! - Weitere Zurufe und Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Sandra, damit muss sich jetzt der Kollege Matthiessen auseinandersetzen. Der Kollege Detlef hat immer recht.

Wir in der FDP-Fraktion haben gerade darüber gerätselt, mit welchem CO₂-freien Verkehrsmittel Sie denn nach Toronto gekommen sind, nachdem der Umweltminister ein Plädoyer für die CO₂-freie Gesellschaft gehalten hat. Ich gehe einfach einmal davon aus - -

(Zuruf: Das war eine Zeitreise! - Heiterkeit und weitere Zurufe)

- Das war eine Zeitreise. Ich bin immer wieder davon fasziniert, dass auch Grüne pragmatisch sind und ganz offensichtlich die Vorteile des modernen Luftverkehrs zu schätzen wissen, Herr Kollege Matthiessen. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie die Strecke so bewältigt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Bericht macht deutlich, dass Schleswig-Holstein durchaus schon eine ganze Strecke auf dem Weg der **Energiewende** zurückgelegt hat. Er macht auch deutlich, wo die Schwächen in unserem Bundesland liegen.

Herr Minister, Sie haben die drei Punkte aufgezählt; Sie haben einmal Klimaschutz und Verkehr zueinander in Beziehung gesetzt, dann den Klimaschutz und die Wärme und den Klimaschutz und den Strom. Ich teile nicht die Auffassung, die Sie zum Thema **Klimaschutz und Verkehr** vertreten haben. Sie haben das etwas verkürzt dargestellt, dass heute Morgen eine Debatte über den Bau neuer Autobahnen oder Straßen stattgefunden habe und dass sich das mit dem Klimaschutz nicht vertrage. Ich glaube, es verträgt sich dann mit dem Klimaschutz, wenn wir weiterhin in Deutschland alle

(Dr. Heiner Garg)

Voraussetzungen dafür schaffen, an emissionsärmeren beziehungsweise **emissionsfreien Antrieben** zu arbeiten. Es lohnt sich auch, einmal darauf zu gucken, dass es inzwischen abriebärmere Asphaltbeläge gibt. Das alles müsste eigentlich in Ihrem Sinne sein, es sei denn, Sie wollten - was ich Ihnen tatsächlich nicht unterstelle - die Mobilität einschränken. Auch in Zeiten von Twitter - Herr Stegner - und Facebook, dem Internet, glaube ich, dass die **Mobilität** nach wie vor ein **Grundbedürfnis** einer modernen und freien Gesellschaft bleiben wird.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Wir haben vor allem im Bereich der erzeugten Strommenge durch erneuerbare Energien im Verhältnis zum verbrauchtem Strom in Schleswig-Holstein einen Spitzenwert. Das gilt übrigens auch für die installierte **Leistung von Erneuerbare-Energien-Anlagen**, auch hier ist Schleswig-Holstein gut davor. Dabei ist es mir - offen gestanden - relativ egal, wer in den letzten 25 oder 30 Jahren was in Gang gesetzt hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das glaube ich, dass Ihnen das egal ist!)

- Ja, Herr Stegner, wissen Sie, Ihnen würde es vielleicht ab und zu auch einmal ganz gut zu Gesicht stehen, ein bisschen großmütiger und ein bisschen großzügiger in Ihrem Auftreten zu sein, dann könnte man sich vielleicht sogar die eine oder andere Sitzungsunterbrechung sparen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, bedauerlich ist aber ein anderer Punkt. Ich glaube, man müsste einen pragmatischen Weg finden, um die berechtigten Interessen einiger Gemeinden in **Ostholstein**, die sich aus meiner Sicht zu Recht darüber ärgern, dass sie von der Erweiterung nicht profitieren können - jedenfalls derzeit -, ernst zu nehmen. Sie haben das erst vor einigen Wochen erfahren. Die Landesregierung wusste das offensichtlich schon länger. Ich appelliere an Sie oder bitte Sie einfach darum, dass Sie da vielleicht einen pragmatischen Weg finden. Das sollte man aus folgendem Grund tun: Wenn man die Menschen vor Ort mitnimmt, dann gewinnt man sie auch leichter für Projekte. Das hat man gerade an der Westküste gesehen. Das ist eine gute Geschichte, die da mit Altmaier gelaufen ist. Deshalb wäre es vielleicht besser, hier einen pragmatischen Weg zu finden und, anstatt die Menschen zu vergraulen, sie auf dem Weg der Energiewende mitzunehmen.

Ich glaube, das Hauptproblem liegt nicht im Ausbau von Anlagen, sondern natürlich im **Abtransport des erzeugten Stroms**. Das macht der Bericht unmittelbar deutlich. Im Jahr 2011 lagen wir bereits bei 308 GW/h abgeschalteter Strommenge. Das sind heute bereits 3,5 % der erzeugten Bruttostrommenge aus erneuerbaren Energien, und es sind 73 % der in ganz Deutschland abgeregelten Strommenge. Dafür hat kein Mensch Verständnis, und deshalb ist und bleibt der **Netzausbau** unsere vorrangigste Aufgabe. Das sieht auch unsere Fraktion so.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Wenn der Netzausbau in den kommenden Jahren also nicht Schritt hielte mit dem Ausbau der Windenergie in unserem Land, dann würde die Summe dieses sogenannten Phantomstroms sich weiter erhöhen. Das wäre ökonomisch unsinnig und würde auch die Zustimmung zu dem Jahrhundertprojekt nicht gerade befördern.

Vor allem vor dem Hintergrund, dass andere Bundesländer auch einen Ausbau ihrer erneuerbaren Energien vorantreiben werden, gibt es nach wie vor Nachholbedarf im Hinblick auf die Koordination der Energiewende. Wir brauchen keine 16 Energiewenden in 16 Bundesländern, sondern wir brauchen eine **abgestimmte Energiewende**, die tatsächlich zum Ziel führt.

Meine Damen und Herren, es muss auf der Ebene der Verteilernetze sowie auf der Ebene der Hoch- und Höchstspannungsleitungen der Netzausbau weiter konsequent vorangetrieben werden. Nachholbedarf hat Schleswig-Holstein - auch das macht der Bericht deutlich - im Bereich der **Speichertechnologien**. Wir haben in Schleswig-Holstein gerade einmal einen Stromspeicher, und zwar das Pumpspeicherwerk in Geesthacht. Dies wird in Zukunft natürlich nicht ausreichen, um in windreichen Nächten den Strom der Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein kurzfristig zu puffern.

Aus meiner Sicht fehlt in dem Bericht die **Erforschung von Druckspeichern** in Schleswig-Holstein. Zugegebenermaßen steckt die Forschung in diesem Bereich noch am Anfang. Aber ich sehe hier durchaus eine Möglichkeit, gerade in den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland, möglicherweise ein Forschungsprojekt aufzubauen.

Betrachtet man den Rest des Berichtes, fallen aus meiner Sicht vor allem die ambitionierten Pläne der Landesregierung in vielen Bereichen auf. Ich will dann doch noch einmal die Lohhuderei über das vermeintliche **Leuchtturmprojekt PROFI** anspre-

(Dr. Heiner Garg)

chen. Dazu ist im Finanzausschuss sehr deutlich geworden, dass es wenig Sinn macht zu behaupten, man würde 60.000 € mit energetischer Sanierung einsparen, wenn mit Zins und Zinseszins für diese Investition insgesamt über 1 Million € neue Schulden aufgenommen werden müssen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Das macht aus betriebswirtschaftlicher Sicht ernsthaft keinen Sinn, Herr Minister. Vielleicht kann man sich in Zukunft - auch wenn es zum guten Stil gehört, irgendein Prestigeprojekt anschieben zu wollen - ein Prestigeprojekt aussuchen, das auch betriebswirtschaftlich und ökonomisch Sinn ergibt.

Hingegen bin ich ziemlich enttäuscht über die Vorstellungen der Landesregierung zur **zukünftigen Gestaltung** eines klimafreundlichen und attraktiven **ÖPNV**. Neben den bekannten Projekten S 4, S 21 und der **StadtRegionalBahn**, die sich ausschließlich innerhalb von Metropolregionen abspielen, fehlen beispielsweise Forderungen wie die **Elektrifizierung der Bahnstrecken** nach Sylt oder von Lübeck nach Kiel. Hier könnte der Bahnverkehr aus unserer Sicht deutlich optimiert werden.

Wir sind also gespannt, wie viele von den Zielen, die die Landesregierung in ihrem Bericht aufzählt, in einem, zwei oder - Sie nannten vier Jahre - vier Jahren noch übrig sind.

Dieselbe Debatte haben wir heute Morgen bei der **Kostenbetrachtung** von Verkehrsprojekten geführt: Finanzielle Ressourcen sind endlich. Mir geht es darum, dass vor allem die notwendigen Ressourcen für den dringend notwendigen Netzausbau nicht auf der Strecke bleiben. Ich glaube, das ist das primäre Ziel, und das wird auch das sein, Herr Minister Habeck, an dem Sie am Ende der Legislaturperiode gemessen werden. Die Frage ist, ob es dann gelungen sein wird, hier den erforderlichen Schritt weiter zu gehen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diese Rede heute in Vertretung von Frau Beer.

Sehr geehrter Herr Minister Habeck, der Bericht Ihres Hauses gibt uns einen Eindruck davon, welche Chancen Sie sich für unser Land versprechen, und für das erste Jahr haben Sie bereits einiges in Angriff genommen. Die Zielvorstellungen in den Bereichen Technologiewandel, Effizienz, Wertschöpfung und Klimaschutz sind klar definiert. Auf eine so deutliche Überzeugung trifft man nicht häufig.

Der Bundesumweltminister bezeichnet die **Energiewende** immer wieder als deutsche Mondlandung. Dazu möchte ich sagen: Ja, das Bild ist stimmig. Es gibt aber doch einen Unterschied. Präsident Kennedy sagte in seiner berühmten Rede vor dem amerikanischen Kongress, dass das Apollo-Programm schwierig und kostspielig werden würde, aber er sprach immer mit einer solchen Begeisterung, dass er damit allen Amerikanern das Gefühl gab: Ja, wir wollen die Mondlandung!

Während die Mondlandung ein relativ nutzloses Unterfangen war, haben wir in Deutschland im Moment das Problem, dass fast nur noch über die Kosten der Energiewende gesprochen wird, kaum mehr über den Gewinn. Von Begeisterung und wirklicher Überzeugung ist kaum noch eine Spur.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn der Bundesumweltminister sagt, dass er voll und ganz zur Mondlandung steht, dass ehrlicherweise aber auch darauf hingewiesen werden muss, dass diese 1 Billionen € kosten würde, dann frage ich mich: Will er die Energiewende wirklich? - Wenn er sie wirklich will, dann sollte er diese 1 Billionen € den Kosten von Kohle und Atomstrom, von Asse und Co., gegenüberstellen.

(Beifall PIRATEN)

Ansonsten bleibt das Bild unvollständig. **Kohle- und Atomstrom** bergen noch immer versteckte Kosten. In Bezug auf Brunsbüttel sage ich: Hier haben wir im schlimmsten Fall bald die Situation, dass weder die Lagerung noch der Abtransport der darin enthaltenen Brennstäbe zulässig ist. Egal was wir machen, es bleibt immer falsch.

Herr Habeck hat es vorhin selbst erwähnt, dass dem Gericht die Geheimunterlagen zur Sicherung des Zwischenlagers vorenthalten werden müssen, damit die Sicherung des Zwischenlagers nicht in Gefahr gerät. Diese Unterlagen braucht das Gericht aber, um darüber urteilen zu können, ob die Absicherung tatsächlich gegeben ist.

(Beifall PIRATEN)

(Sven Krumbek)

Fassen wir das Ganze zusammen: Atomenergie war Mist, ist Mist und wird immer Mist bleiben.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass der ganze Atommist in der Debatte über die **Kosten der erneuerbaren Energien** unerwähnt bleibt, ist noch nicht einmal das Schlimmste. Wirklich schlimm ist: Die Debatte verdirbt einem die Laune. Sie kostet Kraft, sie raubt einem den Nerv, sie ist nicht nach vorn gewandt und taugt nicht im Geringsten dazu, Menschen zu motivieren. Sind wir nun sprichwörtlich das Land der Ingenieurskunst, des Handwerks und der Ideen oder nicht? - Wollen wir jetzt auf den Bäumen sitzen bleiben, oder wollen wir neue Maßstäbe setzen?

(Beifall PIRATEN und SSW)

Weil die Kostendebatte zum jetzigen Zeitpunkt völlig kontraproduktiv ist, haben wir PIRATEN uns nicht daran beteiligt. Vorschläge dazu, wie man die Schwächeren in der Gesellschaft zielgerichtet entlasten kann, werden wir aber vorlegen. Klar ist: Keine Landesregierung veröffentlicht einen Bericht, in dem die eigene Arbeit als unzureichend dargestellt wird. Ja, ein unabhängiger Gutachter würde hier und da vielleicht zu etwas weniger optimistischen Ergebnissen kommen. Es wird aber deutlich: Vernünftigerweise braucht Schleswig-Holstein diese **Energiewende**, und zwar wirtschaftlich und moralisch; heute wie zukünftig. Wir brauchen die **technologische Entwicklung**, wir brauchen die Wertschöpfung.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen in einer komplizierter werdenden Welt die Sicherheit, unabhängiger zu werden. Da ich jedoch der Opposition angehöre, gehört es dazu, dass ich dort Kritik übe, wo die Landesregierung in meinen Augen noch etwas nachbessern muss: Herr Minister, auf Seite 9 Ihres Berichts begründen Sie den **Klimaschutz** auch damit, dass der Klimawandel die **biologische Vielfalt** gefährde. Wenn man das wirklich so sieht, dann sollte man auch sehen, an welchen Standorten die Windenergieanlagen die Artenvielfalt gefährden.

(Beifall PIRATEN)

Ich denke, Sie erinnern sich noch an die Antworten, die Sie uns hier im Plenum zum **Naturpark Au-krug** gegeben haben. Da Sie das Schreiben unterschrieben haben, kennen Sie auch die daran anschließende Korrespondenz zwischen Ihrem Haus

und meiner Fraktion. Ich gehe also davon aus, dass Sie auch wissen, wo wir bereits deutlich mehr Gründlichkeit erwarten dürfen. Ich würde mich freuen, wenn diese Gründlichkeit in Ihrer weiteren Arbeit zum Ausdruck käme.

(Beifall PIRATEN)

Herr Minister, zum Abschluss gebe ich Ihnen die Hand und mit auf den Weg: Lassen Sie sich von den Kollegen in der Landesregierung nicht bremsen, machen Sie weiter.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits beim Kauf von Äpfeln stellt sich die Frage nach dem Klimaschutz: Greift man lieber bei hiesigen Sorten zu oder landen importierte Äpfel, die schon ein paar tausend Flugkilometer hinter sich haben, im Einkaufswagen? - In unserer globalisierten Welt stellt sich diese Frage nach **angewandtem Klimaschutz** mehrmals täglich. Inzwischen betrifft Klimaschutz fast alle Lebensbereiche. Wer aber in der Frage des Klimaschutzes alles befolgt, dem droht, sich zu verzetteln oder das Anliegen zu verwässern, denn wenn alles klimarelevant ist, dann spielt die individuelle Entscheidung keine Rolle mehr.

Darum ist es unerlässlich, Prioritäten zu setzen. Genau das tut der vorliegende Bericht, für den ich mich auch im Namen meiner Partei bedanken möchte. Dieser Bericht setzt Schwerpunkte. Dazu gehören der Ausstieg aus der Atomenergie und die **Förderung regenerierbarer Energieformen**. Außerdem will die Landesregierung klimaschonende Mobilitätsformen etablieren. Diese drei Schwerpunkte werden im Bericht jeweils mit Maßnahmen beziehungsweise mit Vorschlägen für Maßnahmen unterlegt. Nur auf diese Weise, nämlich durch die Konzentrierung, erreichen wir dauerhafte Erfolge.

Dementsprechend fehlen einige Bereiche wie zum Beispiel **Beschaffungsmanagement** der Landesregierung oder die Waldwirtschaft. Das ist aber nicht anders zu machen. Ansonsten bleibt der Klimaschutz ein nebulöses Ziel, das nur dazu taugt, Sonntagsreden zu garnieren. Stattdessen gilt: je konkre-

(Flemming Meyer)

ter, desto wirkungsvoller. Genau das belegt der vorliegende Bericht auf eindrucksvolle Weise.

Die Umsteuerung hin zu Energiewende und Klimaschutz funktioniert. Fairerweise muss man sagen, dass das keine Erfindung der aktuellen Regierung ist, denn auch die Vorgängerregierungen haben teilweise beachtliche Erfolge erzielen können. So sinkt beispielsweise der **Endenergieverbrauch** dank der Anstrengungen der letzten Jahre seit 1996 kontinuierlich. Jede Kilowattstunde Strom, die nicht verbraucht wird, ist letztlich eine Investition in die Zukunft, denn die Energiewende ist ein Generationenprojekt, von dem unsere Kinder und deren Kinder profitieren werden.

Die Energiewende eröffnet aber vor allem Gewinne. Der Bericht nennt wirtschaftlich positive Effekte und liefert auch die Zahlen dazu. Man kann mit alternativen Energien Geld verdienen. Voraussetzung ist aber, dass man ständig am Ball bleibt. Ein Beispiel: Die Flensburger Werft erforscht und baut neuartige Schiffsrümpfe mit extrem kleinen Wellenwiderstandswerten. Dieser Wettbewerbsvorteil am Markt sichert der Werft langfristig Aufträge und den Beschäftigten Arbeitsplätze; unterstützt durch eine entsprechende Förderung seitens der Landesregierung und durch Know-how durch die Flensburger Hochschulen. Dieses Bündnis steht stellvertretend für andere. Diesen Bündnissen muss unsere Unterstützung gelten.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Symbol für das Energieland sind die **Windenergieanlagen**, die auch im Bericht einen breiten Raum einnehmen. Die Bürgerwindparks zeigen neue Wege und werden inzwischen im selbst ernannten Hightech-Land Bayern erfolgreich kopiert. Das, was da von unten gewachsen ist, ist vorbildlich und lässt mich insgesamt positiv in die Zukunft blicken.

Die Bürgerinnen und Bürger bringen ihre Ortskenntnisse und ihren Sachverstand ein. Dieser Umstand kommt im nächsten anstehenden Schritt, nämlich bei der **Ertüchtigung der Leitungsnetze** und dem Trassenneubau, zum Tragen.

In Sachen Leitung und Energieeinspeisung sind wir allerdings teilweise noch im Growian-Stadium. Vor ziemlich genau 30 Jahren, im Oktober 1983, wurde die Anlage im Kaiser-Wilhelm-Koog als Zweiflügler errichtet. Damals wusste man kaum etwas von einer optimalen Windnutzung an Land. Das hat sich inzwischen gründlich geändert. Ich hoffe nicht, dass wir noch einmal 30 Jahre warten müssen, bis die **Leistungsfähigkeit der Netze** den erneuerbaren

Energien gerecht wird. Das Abstellen der Anlagen aufgrund von Leitungsengpässen ist und bleibt ein enormes Ärgernis, das möglichst schnell aus der Welt geschafft werden muss. Die Landesregierung steht darum im ernsthaften Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Das war nicht immer ganz einfach, nachdem einige Parteien den Protest gegen CCS zunächst überhaupt nicht ernst genommen hatten. Damals wurde viel Vertrauen verspielt, das jetzt mühsam wieder aufgebaut werden muss. Gerade vor diesem Hintergrund hätte ich mir einen leichter lesbaren Bericht gewünscht. Zugegeben, die Materie ist nicht leicht. Die Förderpolitik der EU durchdringt man sicherlich nicht einmal bei der EU selbst in allen Facetten. Dennoch sollte die Überarbeitung des Textes erwogen werden, damit sich möglichst viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner eine Meinung zur Energiewende bilden können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne 50 DGB-Senioren der Region Schleswig-Holstein Südost aus Lübeck. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich hat das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 12. Juni 2013 zusätzlich das Thema auf die Tagesordnung genommen, inwieweit die **Flugsicherung** die Möglichkeit der **Ausweisung von Windeignungsflächen** und die bauliche Einrichtung von Windanlagen oder Repowering beeinträchtigt. In diesem Zusammenhang ist uns ein Bericht zugesagt worden, für den ich mich beim Wirtschaftsministerium recht herzlich bedanken möchte, das diesen Bericht in Abstimmung mit der Landesplanung und dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gefertigt hat.

Das, was hier passiert ist, hat in den Regionen zu erheblicher Verunsicherung geführt. Ich bedanke mich hier noch einmal ausdrücklich dafür, dass Minister Robert Habeck deutlich gemacht hat, dass

(Hartmut Hamerich)

die Opposition hier nicht nur den Finger in die Wunde legt, sondern in erster Linie versucht, gemeinsam mit anderen die Energiewende weiter nach vorn zu bringen, um dieses hehre Ziel auch erreichen zu können.

Es geht uns hier nicht um Klamauk, es geht uns auch nicht darum, Schuldige zu suchen, sondern es geht uns einfach darum, die Betroffenen vor Ort mitzunehmen.

(Beifall CDU und FDP)

In kommunalen Parlamenten gibt es eine Menge Enttäuschung. Ich komme aus dem Kreis Ostholstein. Meine Heimatgemeinde ist betroffen. Wenn man den zeitlichen Ablauf sieht, dann hat dies auch schon ein Stück weit damit zu tun.

Die Flugsicherung hat sich sicherlich geäußert, und dazu hat es auch ein Schreiben der Landesplanung gegeben, in dem zum Ausdruck gebracht worden ist, dass abgewogen worden sei.

Das Problem, das wir jetzt haben - und das ist natürlich schon eine etwas größere Schwierigkeit -, ist, dass die Synopse aufgrund technischer Fehler in der kompletten Datenbank keine Stellungnahme dazu ausweist. Das heißt, man konnte die Region letztlich nicht rechtzeitig darüber informieren. Es hat nämlich am 11. Juli 2013 eine Stellungnahme der Flugsicherung gegeben. Ganz klipp und klar wird hier auch gesagt, das sei abgewogen worden.

Die Probleme, die es jetzt gibt, liegen darin begründet, dass wir jetzt zwei unterschiedliche Sachverhalte haben. Wir haben auf der einen Seite Windweignungsgebiete, über die in langwierigen Prozessen in den Kommunen über fünf Jahre begleitend diskutiert worden ist. Kommunalpolitiker haben sich in der Öffentlichkeit wirklich von vielen Leuten auf die Ohren hauen lassen müssen. Das alles sind keine Windkraftgegner, wie ich vor Ort immer wieder gehört habe. Aber diese Menschen wollen die Windkraft nicht direkt vor ihren Augen sehen. Das gleiche Problem werden wir beim Leitungsbau auch haben.

Die Problematik besteht darin, dass man solche Windweignungsgebiete in der Regionalplanung nach langen Kämpfen im Herbst letzten Jahres veröffentlicht hat und die Gemeinden nun plötzlich Gegenwind bekommen. Auslöser hierfür waren sicherlich die beiden Klagen, die geführt worden sind. Damit habe ich in gewisser Weise meine **Probleme**. Es kann nämlich schon zu Regress führen, wenn eine einmal erteilte **Baugenehmigung** wieder zurückgezogen wird; denn diese hatte ja baurechtlichen Be-

standsschutz. Es war sicherlich richtig, dass alle anderen Windweignungsflächen baurechtlich noch keinen Bestand hatten, weil das Baurecht entweder nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz oder begleitend durch einen B-Plan erst noch erteilt werden sollte.

Hier sind wir gefordert. Der Ansatz, der in dem Bericht seinen Niederschlag gefunden hat, ist sehr gut. So will man also gemeinsam mit der Flugsicherung versuchen, einen Weg zu finden, einfach einmal darüber nachzudenken, ob die gegenwärtige Form der **Flugsicherung** überhaupt noch **zeitgemäß** ist. Es wäre doch hanebüchen, wenn wir jetzt Windweignungsgebiete untersagen und in vier Jahren baut die Flugsicherung diese alten Klamotten wieder ab und sagt: „Jetzt machen wir das alles über GPS.“

(Beifall CDU und FDP)

So etwas brauchen wir nicht. Ich bin froh, dass der Bericht entsprechende Ansätze enthält, Herr Minister Meyer oder Herr Staatssekretär, der Sie dafür ja auch verantwortlich waren. Ich hoffe, dass wir insoweit auf zukunftsweisende Techniken verweisen können und die Flugsicherung auch ein Stück weit zur Einsicht bringen können, damit wir die Energiewende gemeinsam zum Erfolg bringen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen für einen Dreiminutenbeitrag das Wort.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Kollege hat das für mich schon mit erledigt!)

- Der hat das für Sie also schon mit erledigt, gut, wunderbar.

Dann gibt es aber noch eine Ergänzung durch die CDU-Fraktion. Dazu erhält der Herr Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Habeck, vielen Dank für den Bericht. Trotzdem - Sie wissen, ich bin Sprecher für ländliche Räume - fehlt mir noch einiges in Bezug auf die Aussage, wie es mit der Landwirtschaft weitergeht. Über den **Klimasünder Landwirtschaft** wird hier immer wieder diskutiert. In Ihrem Bericht fin-

(Heiner Rickers)

den sich aber nur relativ wenige Ansätze dazu, was die Zukunft insoweit bringen soll.

Auch den **Moorschutz** haben wir rauf und runter begleitet, in Workshops und Podiumsdiskussionen. Ein bestes Beispiel dazu hat es in der letzten Woche in Lütjenholm gegeben.

Auch beim **Ökolandbau** sind Sie aus Ihrer Sicht wahrscheinlich auf dem richtigen Weg. Aber wie gehen Sie mit einem Zubau von Biogasanlagen um? Wir werden ja wahrscheinlich in den Tagungen der Monate September, Oktober und wahrscheinlich auch noch November noch etwas zum Thema Grünlandumbruchverbot hören.

Ich frage mich aber auch: Wie geht es weiter mit **Photovoltaik** in den ländlichen Räumen? Werden Sie versuchen, innovative neue Programme aufzulegen?

Gibt es ähnlich wie in Hamburg vielleicht auch Ideen, zur **Dezentralität von Stromerzeugung und Kraft-Wärme-Kopplung** nicht nur ein 1.000-Dächer-Programm, sondern vielleicht auch noch eines für den Keller aufzulegen, wie das die Initiative „Lichtblick“ in Hamburg gestaltet? Wie werden wir zukünftig im Erdreich umgehen mit Erdspeichern oder Wärmeenergie aus Tiefen, die wir in Bezug auf Fracking immer wieder angesprochen haben? Und wie gehen wir letztendlich damit um, dass die Landwirtschaft dort in großem Stil stabilisierend einwirken kann?

Ganz außer acht gelassen haben Sie das Thema **Offshore**. Vor wenigen Tagen war dazu etwas in der Presse zu lesen. Aber auch das ist verwirrend, und das ist auch in dem Bericht so nicht wiedergegeben worden. Deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie dazu in aller Kürze noch Stellung nehmen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, und es ist kein Antrag gestellt worden.

(Zuruf: Doch!)

Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

(Zurufe)

Gibt es noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung? - Ja. Dann erteile ich zur Geschäftsordnung dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich hatte mich zeitig gemeldet auf Ihre Frage, ob ein Antrag gestellt worden sei. Ich hatte den Antrag gestellt, den Bericht an den Ausschuss zu überweisen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wunderbar. Dann haben wir jetzt einen Antrag, und dann können wir auch über den Antrag abstimmen.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/889, dem Umwelt- und Agrarausschuss und dem Wirtschaftsausschuss mitberatend zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. Im Ausschuss können auch die noch ausstehenden Fragen geklärt werden.

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten 23 und 34:

Gemeinsame Beratung

a) Bienen nachhaltig schützen!

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/847

b) Verbesserung der Lebensbedingungen von Bienen und anderen pollen- und nektarsammelnden Insekten

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/922

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst die Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber von der SPD-Fraktion.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Am 24. Mai 2013 hat die Europäische Kommission die Notbremse gezogen und das **Verbot** von drei **Neonicotinoiden** beschlossen. Damit kam sie einer Forderung der Europäischen Behörde

(Kirsten Eickhoff-Weber)

für Lebensmittelsicherheit nach. Die als eher industriefreundlich eingestufte EFSA hatte ein besonders hohes Risiko durch Neonicotinoide bestätigt und gefordert, drei Wirkstoffe strenger als bisher zu kontrollieren. Das Verbot gilt ab Dezember und ist als Versuch angelegt. Für zunächst zwei Jahre darf kein Saatgut von Mais, Sonnenblumen, Raps und Baumwolle ausgesät werden, das mit Neonicotinoiden gebeizt wurde.

Nach Einführung dieser Wirkstoffe ab 1994 haben französische Imker die Hälfte ihrer Bienenvölker verloren. Im Frühjahr 2008 fielen in der Region Oberrhein 11.000 Bienenvölker dem **Insektengift** zum Opfer. Die Wirkstoffe sind nicht nur extrem bienentoxisch, sie bewirken auch eine Verringerung der Intelligenzleistung der Insekten. Dies führt Studien zufolge in mehr als der Hälfte der Fälle dazu, dass die Bienen aufgrund von Orientierungslosigkeit den Weg zu ihrem Stock nicht mehr finden und verenden. Durch das Verbot wird jetzt eine Bedrohung für unsere Bienenvölker gebannt.

Unstrittig ist, dass **Bienen** ein wichtiger **Indikator für den Zustand unserer Umwelt** sind.

(Beifall SPD)

Sie sind vielfältigen negativen Umwelteinflüssen ausgesetzt: Luftschadstoffe, einseitiger Pflanzenanbau, blütenarme Landschaften und nicht zuletzt der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln; das alles wissen wir. Dennoch ist keine wesentliche Besserung der Lage festzustellen. Die Bienen sterben weiter, während wir um die Frage streiten, ob es wissenschaftlich erwiesen ist, dass Pflanzenschutzmittel am Bienensterben beteiligt sind.

Dass Pflanzenschutzmittel ihren Teil dazu beitragen, ist für mich unbestritten. Wie groß er ist, kann so einfach aber nicht festgestellt werden. Bienen sind mehr als nützliche Honigspender oder Anschauungsobjekte, um Kinder in bestimmte Grundsätzlichkeiten des Lebens einzuführen.

(Heiterkeit SPD)

Ohne die Bestäubungsleistung der Bienen gäbe es viele Früchte nicht. Rund 80 % der heimischen Nutz- und Wildpflanzen sind auf die **Bestäubung** durch Bienen angewiesen. Etwa 85 % unserer Erträge im Obst- und Pflanzenbau hängen direkt von der Bestäubung durch Bienen ab. Die wirtschaftliche Bestäubungsleistung in Deutschland beläuft sich nach Schätzungen der Universität Hohenheim auf rund 2,5 Milliarden €. Damit ist die Biene das wichtigste Nutztier nach Rind und Schwein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bestäubungsleistung der Bienen - nicht nur unserer Honigbienen, sondern auch ihrer wildlebenden Vertreter - trägt aber auch in hohem Maße dazu bei, die Artenvielfalt auf den Feldern, im Wald und auf Naturschutz- und Brachflächen zu sichern. Bienen sind unersetzlich, kein anderes Tier und kein Mensch kann ihre Arbeit übernehmen.

Daher bitten wir die Landesregierung, gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Imkern bis Ende 2013 über die Situation der Bienen in Schleswig-Holstein zu berichten und sich beim Bund dafür einzusetzen, dass ein wissenschaftlich fundiertes Monitoring für Honig- und Wildbienen fortgesetzt wird. Das soll nämlich 2013 enden. Wenn wir mit dem Versuch anfangen und zwei Jahre ohne Neonicotinoide unterwegs sind, ist es wichtig, dass wir am Ende des Versuchs harte Zahlen und Fakten zur Verfügung haben, um dann nicht wieder da zu stehen und uns zu fragen: Waren es nun die Neonicotinoide oder nicht? Ich bitte dafür um Zustimmung.

Der Antrag der PIRATEN beinhaltet weitere, darüber hinaus gehende Fragen, die wir nach dem Vorliegen des Berichts im Ausschuss beraten wollen. Daher bitte ich um Überweisung. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

„Wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, kein Mensch mehr.“

(Zuruf: Keine PIRATEN mehr! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kommt noch vor den Bienen!)

Dieses Zitat stammt Gerüchten zufolge von Albert Einstein. Aber es trifft so nicht zu. Zum einen gibt es neben den Bienen noch weitere blütenbestäubende Insekten oder auch Vögel wie die Kolibris. Zum anderen werden sehr viele Pflanzen über den Wind

(Sven Krumbeck)

bestäubt. Richtig ist, dass unser Speiseplan ohne Bienen deutlich zusammengestrichen werden müsste, weil Bienen von allen **Bestäubern** die leistungsfähigsten sind. Diese Klarstellung ist mir deshalb wichtig, weil im Zusammenhang mit dem Bienensterben immer wieder Panikmache betrieben wird. Die hilft uns ganz sicher nicht dabei, ein komplexes Problem zu beheben.

Die Befürchtung, die wir haben müssen, ist nicht das Aussterben der Bienen. Die Sorge, die wir haben sollten, ist vielmehr die deutliche Abschwächung einer Dienstleistung, die einen gravierende Einfluss auf die **landwirtschaftliche Wertschöpfung** hat. Um hier ein Ziel zu nennen: Im EU-Bericht Effects of Neonicotinoid-Pesticides on Bees ist davon die Rede, dass 80 % aller in der EU angebauten Feldfrüchte auf bestäubende Insekten angewiesen sind oder zumindest davon profitieren.

Dass die Colony Coolapse Disorder in der Fachwelt für viel Aufregung gesorgt hat, ist in erster Linie damit zu erklären, dass wir es mit einem **weltweiten Problem** zu tun haben, dessen Ursachen noch nicht vollständig verstanden sind. Vor wenigen Jahren galt die Varroamilbe noch als Hauptverdächtige. Dann richtete sich das Augenmerk verstärkt auf Pflanzenschutzmittel, insbesondere die schon genannten Neonicotinoide. Eine weitere Theorie besagt, dass aufgrund des großflächigen Anbaus von Monokulturen das Nahrungsangebot der Bienen so stark beschränkt wird, dass diese unter Mangel- und Fehlernährung leiden. Die Feststellung, jeden Tag nur Raps vorzufinden, würde uns wohl auch nicht schmecken. Dass sich Monokulturen ungünstig auf die Fitness der Bienen auswirken, ist naheliegend.

(Beifall PIRATEN)

In der Wissenschaft braucht man aber empirische Nachweise. Die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften in Bern hat daher ein **Feldforschungsprogramm** aufgelegt. Untersucht wird, wie sich speziell auf die Bedürfnisse der Bienen abgestimmte Blumenwiesen auf die Widerstandskraft der Tiere auswirken. Nach inzwischen zwei Jahren Forschungsarbeit ist zumindest ein Trend erkennbar: Auf den Bienenweiden wurden fünfmal mehr Bienen und zwei- bis dreimal mehr Wildbienen gezählt als auf ökologischen Ausgleichsflächen.

Einen Hinweis darauf, dass die Leistungsfähigkeit der Natur abnimmt, wenn man unaufhörlich versucht, ihr noch höhere Leistungen abzuverlangen, gibt es in Bezug auf CCD, aber auch noch an anderer Stelle. So wird auch die Möglichkeit einer In-

zuchtdepression diskutiert. Die Masse der heutigen Bienen aus einseitiger Zuchtauswahl, so die These, habe die Tiere insgesamt anfälliger gemacht.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen den Antrag der Küstenkoalition. Einen Bericht, der die Situation der Bienen in Schleswig-Holstein beschreibt, kann uns nur weiter voranbringen. Auch der Hinweis auf den für die Bienen problematischen Einsatz von Neonicotinoide ist richtig und wichtig. Was Ihrem Antrag aus unserer Sicht noch fehlt, ist aber die klare Feststellung, dass es sich beim **Bienensterben** um ein äußerst komplexes Problem handelt, bei dem sehr viele Faktoren zusammenspielen. Auch ein sehr kalter Winter führt dazu, dass ungewöhnlich viele Völker sterben. Wie viele Völker hätten aber überlebt, kann man hier auch fragen, wenn das Nahrungsangebot vielfältiger, die Varroamilbe seltener und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln geringer gewesen wäre?

Ich wünsche mir daher, dass wir in dem Bericht der Landesregierung auch Kapitel bekommen, in denen das Phänomen des Bienensterbens in seiner Gesamtheit beschrieben wird. Ich denke, der Bericht würde damit eine wirklich gute Grundlage dafür bieten, die sehr konkreten Forderungen unseres Antrags genauer zu erörtern. Einer Überweisung unseres Antrags in den Ausschuss stimme ich daher gern zu. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

(Beifall CDU und FDP)

Heiner Rickers [CDU]:

Wer Peter Harry als Imker an vorderster Front in der CDU erwartet hat, den muss ich leider enttäuschen. Aber ich hätte ihn hier gern gehabt; er hat garantiert mehr Sachverstand als wir.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber wir sind uns einig: Die Verbesserung der **Lebensbedingungen von Bienen** und anderen nektarsaugenden Insekten und die Bienen nachhaltig zu schützen, kann natürlich nur unser aller Anliegen sein. Wir würden aus dem Grund natürlich - das kann ich vorweg sagen - Ihre Anträge unterstützen. Ich werde Ihnen auch sagen, warum.

(Beifall SPD)

(Heiner Rickers)

Im Grunde genommen - das ist eigentlich das Enttäuschende heute bei der Debatte - ist das, was wir hier diskutieren, abgearbeitet. Denn, das wurde gesagt, in der EU-Kommission ist entschieden worden, ab Dezember 2013 für eine Dauer von zwei Jahren den Einsatz einiger Wirkstoffe aus diesen sogenannten Neonicotinoiden auszusetzen. Das scheint ein letzter Hilferuf zu sein; auch das wurde von Frau Eickhoff-Weber erwähnt. Das ist auch in Ordnung so.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

In Deutschland sind diese drei Wirkstoffe aufgrund ihrer hohen Toxizität seit 2008 im Einsatz im Getreide und im Mais verboten. Sie werden im Moment nur noch unter sehr strengen Vorgaben für die Beizung für Raps und für die Zuckerrübe verwendet. Für den Raps ist das sehr wichtig, weil der Rapserrdfloh nur über diese Beizung bekämpft werden kann. Wenn diese Beizung zukünftig wegfallen sollte - das wird sie ja für mindestens zwei Jahre -, wird es Probleme geben. Dann wird es zumindest eine Spritzung - also Pflanzenschutzmittel von oben auf diese Bestände - mehr geben müssen, vielleicht auch zwei in einem Bestand. Das macht die ganze Sache umso schwieriger.

Das Problem ist nicht neu, auch das wissen Sie, und die Forderung natürlich nicht unberechtigt. Es hat schon seit 2003 bis einschließlich 2011 Untersuchungen über das LAVES-Institut in Niedersachsen gegeben, die besagen, dass in dem dort beprobten Honig 2 bis 6 % der Proben jährlich in Bezug auf die Neonicotinoide betroffen waren und in diesen Proben nachweislich Neonicotinoide enthalten waren.

Nun ist natürlich die Frage: Neonicotinoide oder Verroamilben? Was hat dazu geführt, dass das **Bienensterben** einen dermaßen großen Umfang angenommen hat? Die Ratlosigkeit, auch das habe ich geschildert, ist nach wie vor gegeben. Es ist natürlich auch das Wetter oder das Klima - wahrscheinlich eher das Wetter - dafür verantwortlich zu machen. Wenn bei einem nassen Sommer wenig Pollenflug vorherrscht und die Bienen wenig Nahrung finden, werden die Völker geschwächt.

Aber es ist im Moment der einzige Weg, diese zwei Jahre durchzuhalten, um dann dieses Problem auf nationaler und internationaler Ebene aufzuarbeiten und zu forschen und vielleicht nach zwei Jahren festzustellen, dass der Wenigereinsatz dieser Neonicotinoide auch wirklich zu einem Ergebnis geführt hat. Meine Frage - sie ist natürlich berechtigt -

ist: Was machen wir, wenn sich der Bestand in zwei Jahren nicht vernünftig entwickelt hat?

(Zuruf SPD: Natürlich!)

Wir versuchen zu forschen, in die Zukunft zu schauen und wissen nicht, wie wir mit diesem Ansatz umgehen. Wie werden wir dann argumentieren? Ich habe aus der Agrarindustrie - so sagen Sie immer so schön - läuten hören: Nach zwei Jahren kein Ergebnis, also keine Verbesserung, würde bedeuten, dass natürlich auch die angesprochenen Wirkstoffe nicht ursächlich dafür verantwortlich sind, dass wir solche Probleme bei den Bienenbeständen haben. Das könnte dazu führen, dass diese Mittel dann wieder einsetzbar würden und Genehmigungen bekämen. Wir würden uns dann im Kreis drehen, beziehungsweise wir hätten das Gegenteil erreicht.

Das wollen wir alle nicht. Insofern sind alle aufgefordert zu forschen. Wir werden dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen zustimmen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir werden auch zustimmen, den Antrag der PI-RATEN im Ausschuss weiter zu diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vieles wurde schon gesagt, nur nicht von jeder. Ich will aber auch nicht alles wiederholen.

Ich will mich zunächst einmal bedanken, Heiner Rickers. Ich freue mich, dass wir mit diesem Antrag Zustimmung finden. Ich freue mich auch, dass Zustimmung gefunden hat, erst einmal von einer Vielschichtigkeit des Problems auszugehen. Das trifft auch das, was wir denken. Niemand hat im Moment die Lösung.

Aber das **Bienensterben** ist so dramatisch und nimmt solche Ausmaße an, dass Handeln dringend überfällig wird und dass wir die Imkerinnen und Imker damit nicht alleine lassen - nicht nur Peter Harry Carstensen. Wir wollen auch die anderen unterstützen.

(Marlies Fritzen)

Zwei Dinge wurden angesprochen: Beim Einsatz von **Pflanzenschutzmitteln** sind sich viele Wissenschaftler einig - nicht bis ins Detail oder mit letzter Sicherheit -, dass dieser zumindest mit ursächlich für das Bienensterben sein kann.

Dann wurde das mangelnde Nahrungsmittelangebot in unserer Kulturlandschaft angesprochen. Der Kolibri wurde genannt, den wir vielleicht aufgrund des Klimawandels hier demnächst haben werden, aber noch nicht haben.

(Martin Habersaat [SPD]: Nicht in ausreichender Anzahl! - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das hat damit zu tun, dass wir immer weniger Sorten Pflanzen anbauen - nicht nur im Garten, sondern insbesondere auch Nutzpflanzen. Diese Bienen brauchen Blumen. Das haben wir alle gelernt. Frau Eickhoff-Weber hat es uns schon eindringlich erklärt; das muss ich nicht wiederholen.

Genau diese **Vielfalt** müssen wir in unserer **Landschaft** wieder herstellen. Das kann man in seinem Garten tun. Das kann man mit Blühstreifen an Straßenrändern machen. Aber wir müssen es vor allem auch in der Landschaft tun.

Da - ich konzentriere mich auf diesen Punkt, um nicht alles zu wiederholen, was schon gesagt wurde - wünsche ich mir, dass man im Rahmen der Veränderung, der Erneuerung, der Modernisierung der Agrarpolitik und der Landnutzung zu einer größeren Diversität käme. Das Greening, Herr Rickers, wäre eine wunderbare Gelegenheit. Man könnte dort Blühstreifen und Leguminosenanbau unterbringen. All das würde Bienen und anderen Insekten nutzen.

Ich vernehme, dass das Greening aus Reihen der Agrarlobby - ich nenne das jetzt allgemein - immer mehr zu einem Green Washing degradiert und diese Chance vertan wird. Aus meiner Sicht sägen sich die Bauern einen Ast ab, auf dem sie heute schon nur höchst unsicher sitzen.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, welche Artenvielfalt an Bienen und bestäubenden Insekten wir im Land hatten. Dann wird vielleicht auch die Dramatik deutlich, wenn wir über das Bienensterben sprechen.

Die **Rote Liste der Wildbienen und Wespen** in Schleswig-Holstein - der letzte verfügbare Stand ist von 2001 - nennt für Schleswig-Holstein sage und schreibe 612 Arten Wildbienen und Wespen - niemand von uns hier hätte das geahnt -, davon sind al-

lerdings 105 Arten verschollen oder ausgestorben. 205 Arten sind gefährdet.

Die Aufstellung der Liste ist jetzt zwölf Jahre her. Ich könnte mir vorstellen, dass der Artenrückgang mittlerweile dramatisch zugenommen hat. Deswegen wäre es notwendig, nicht nur direkt etwas für die Honigbienen oder für die wildlebenden Bienen zu tun, sondern wir alle sollten darüber nachdenken, ob wir anders wirtschaften und leben müssen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf: Bienenpolitischer Sprecher!)

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gerüchte gleich im Keim ersticken und bekanntgeben, dass ich den Kollegen Oliver Kumbartzky vertrete. Ich habe nicht die Bienenpolitik in meiner Fraktion an mich gerissen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie könnten es aber! - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

- Ich könnte das mit Sicherheit, Herr Dr. Stegner. Wir beide wären da nicht schlecht aufgehoben.

(Heiterkeit FDP und CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nicht, dass Stegner das jetzt twittert!)

Aber ich denke, das ist vorübergehend erst einmal okay. Ich komme zum eigentlichen Thema dieses Tagesordnungspunktes.

Wir sind uns alle einig, dass wir Bienen schützen wollen. Bienen sind wertvolle Nutzinsekten und für unser landwirtschaftlich geprägtes Land von enormer Bedeutung; die Kollegen haben es gesagt. Das **Bienensterben** in ganz Europa in den vergangenen Jahren muss uns alle aufhorchen lassen.

Es ist daher richtig, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung seit 2010 gemeinsam mit den Bundesländern das Deutsche **Bienenmonitoring** finanziert, um eine gute wissenschaftliche Grundlage zu erhalten, welchen Einfluss zum Beispiel Pflanzenschutzmittel auf Bienenvölker haben und welche Rückstände im Honig verbleiben.

(Christopher Vogt)

Allein im Jahr 2012 wurden im Rahmen des Monitorings 1.105 Bienenvölker von 110 Bienenständen untersucht. Im Monitoring soll neben dem Einfluss von Pflanzenschutzmitteln aber auch geklärt werden, ob es andere Gründe für das Bienensterben gibt. So werden auch Daten über Parasitenbefall wie durch die Varroamilbe erhoben, der den Bienenstock so weit schwächen kann, dass viele der befallenen Bienenvölker den Winter nicht überstehen.

Gegen diese Milbe wird seit Jahren das Mittel Akarid verwendet, das im Monitoring nachgewiesen wurde. Der Einsatz von Arkazid ist nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen unverzichtbar, um die Überlebenschance des Bienenstocks zu erhöhen.

In den Ergebnissen der letzten Jahre konnte keine bienentoxische Konzentration von Pflanzenschutzmitteln in Pollen nachgewiesen werden, aber dennoch waren relativ viele Proben durch unterschiedliche Mittel belastet.

Daher wird es wichtig sein zu untersuchen, ob das Vorhandensein verschiedener Pflanzenschutzmittelrückstände in Pollen zusammen nicht zu einer kombinatorischen oder chronischen Wirkung der Mittel führt. Es sollten also keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Herr Dr. Stegner, das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen.

Vielmehr sollten zunächst die abschließenden Erkenntnisse abgewartet werden, bevor über ein endgültiges Verbot von Neonicotinoiden - ich wusste, dass ich das Wort nicht richtig aussprechen kann - entschieden wird.

Die zwei Jahre des Moratoriums müssen daher dazu genutzt werden, um zu beobachten, ob ein Verbot eine positive Auswirkung auf die Bienenpopulation hat. Es muss jedoch auch betrachtet werden, inwieweit sich durch das Verbot von Neonicotinoiden - jetzt habe ich es geschafft -

(Beifall FDP, CDU, SPD, PIRATEN und SSW)

der Einsatz von anderen Pflanzenschutzmitteln verstärkt. Wir sollten dieses Thema auf jeden Fall noch einmal im Ausschuss beraten. Dem Koalitionsantrag können wir auch gern schon heute zustimmen.

Auch die FDP-Fraktion hält es für wichtig, dass sich **Schleswig-Holstein** aktiv am **Bienenmonitoring** beteiligt, sodass vernünftige Daten über die Anzahl von Bienenvölkern und ihren Zustand zustande kommen.

Dennoch dürfen wir unsere Landwirte bei all dem nicht vergessen. Sollten die zwei Jahre des Moratoriums in Bezug auf die Neonicotinoide keine neuen Erkenntnisse bringen, muss den **Landwirten** im Zweifel wieder die Möglichkeit gegeben werden, diese Insektizide zu nutzen. Das zweijährige Verbot darf nicht ohne wissenschaftliche und fachliche Begründung als dauerhaftes Verbot weitergeführt werden.

Trotzdem sollten wir im Bereich der Landwirtschaft auch nach **Alternativen zu den Insektiziden** suchen und versuchen, den Einsatz möglichst gering zu halten beziehungsweise sogar zu vermeiden.

Am Ende muss das Ziel sein, den Schutz der Bienen zu gewährleisten und den Landwirten trotzdem ihre Handlungsfreiheit zu lassen.

Landwirtschaft und Imkerei sind in einem gewissen Umfang voneinander abhängig. Eine gegenseitige Information und eine gute Kooperation bringen für beide Seiten Vorteile. Dazu gehört auch die gegenseitige Anerkennung der Erfordernisse von Pflanzen- und Bienenschutz.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Das ist ein wichtiges Thema. Insofern sollten wir es weiter im Ausschuss beraten. Herr Dr. Stegner, vielleicht haben Sie auch Zeit, dazuzukommen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, PIRATEN, SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der starke Rückgang der Bienen ist kein Phänomen, das sich allein auf Schleswig-Holstein erstreckt, sondern weltweit gehen die **Bestände der Bienen** dramatisch zurück.

Die Gründe dafür sind unterschiedlich, wenngleich noch nicht komplett erforscht - aber häufig von Menschenhand gemacht. Der Verlust von Nahrungsflächen, der Einsatz von Pestiziden, der Befall durch Milben und andere Parasiten sowie Krankheiten machen den Bienen seit einigen Jahren schwer zu schaffen.

Das dramatische Sterben der Bienenvölker hat mittlerweile auch die Politik erreicht. So haben sich

(Flemming Meyer)

jüngst die EU-Mitgliedstaaten mehrheitlich für ein Teilverbot von drei umstrittenen Pestiziden ausgesprochen, und es wurde ein EU-weites Verbot für drei Mittel erlassen. Die Sperre gilt zunächst für zwei Jahre und soll wissenschaftlich begleitet werden, bevor die Maßnahme erneut auf den Prüfstand kommt.

Diese Mittel aus der Wirkstoffgruppe der **Neonico-tinoide** - garstiges Wort -

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

gelten als ein Auslöser des Bienensterbens, weil ihnen nachgesagt wird, die Bienen in ihrer Orientierungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Sie können sich nicht mehr um den Nachwuchs kümmern. Zudem haben die Mittel Auswirkungen auf das Immunsystem.

Die intensive Landwirtschaft mit ihren Monokulturflächen und der Verlust von Blühpflanzen bedeuten für die **Bienen** einen Verlust von **Nahrungsflächen**. Zwar finden sie in der Zeit der Obstblüte noch genug Nahrung, aber danach wird es eng. Bei den Imkern ist bundesweit bereits eine Landflucht zu verzeichnen, weil das Nahrungsangebot für ihre Bienen in den Städten mittlerweile größer ist als auf dem Land.

Zu all dem kommt noch der Befall durch die Varroamilbe, die allein im Frühling des letzten Jahres rund 25 % der deutschen Bienenvölker dahingerafft hat. Dieser Milbenbefall wird seit Jahren in einem Langzeitstudium erforscht. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass neben Pestiziden und Flächenverlusten die Varroamilbe die Hauptursache für das Bienensterben ist. Bisher angewandte Bekämpfungsmittel führten langfristig nicht zu Erfolgen, da die Mittel mittlerweile nicht mehr anschlagen.

Hier greifen also mehrere Faktoren ineinander. Daher ist es notwendig, dass wir das **Bienensterben** stärker in den Vordergrund rücken. Gerade für Schleswig-Holstein als landwirtschaftlich geprägtes Land spielen die Bienen eine große Rolle. Rund 80 % aller Nutzpflanzen werden durch Bienen bestäubt. Ohne Bienen würden Rapspflanzen und Obstbäume nicht mehr bestäubt, und die Erträge würden sinken. Es liegt also auch im Interesse der Landwirtschaft, dass das Bienensterben gestoppt wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es laufen derzeit weltweit unterschiedliche **Forschungsprojekte**, in denen das Bienensterben untersucht wird. Zwar wird derzeit die Varroamilbe

als Hauptursache für das Bienensterben angesehen, aber Pestizide und der Verlust von Nahrungsflächen tragen auch nicht zu einer Verbesserung bei. Dort haben wir aber die Möglichkeit, einzugreifen und gegenzusteuern, wie jüngst mit dem Pestizidverbot. Es ist also wichtig, die Zusammenhänge besser zu kennen, um zu erkennen, wie die verschiedenen Faktoren die Bestände der Bienen beeinflussen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

(Heiterkeit)

- Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Ländliche Räume machen wir dann später. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach vielen sehr guten, sehr qualifizierten und ausgewogenen Redebeiträgen bleibt mir nur noch, einige Anmerkungen zu machen. Vor allem möchte ich den Dank der Landesregierung aussprechen, dass diese zwei Anträge eingebracht wurden. Wir führen das deutschlandweite und das EU-weite **Monitoring** herzlich gern durch. Wir bringen aber auch gern ein eigenes Monitoring auf den Weg. Ich verstehe das so, dass wir nicht nur die Entwicklung der Völker auflisten sollen, sondern wir einen klaren Forschungsauftrag haben, dass wir die **Ursachen des Bienensterbens** identifizieren und Maßnahmen vorschlagen sollen, wie es verringert werden kann. Dazu vielleicht zwei, drei Überlegungen:

Dieses Zwei-Jahres-Moratorium, das für die Neonotinoide verhängt wurde, gibt uns nicht sicher Gewissheit, dass der ausgebrachte Wirkstoff damit genull geht. Im Zusammenhang mit einem großen Bienensterben in Süddeutschland wird darüber gestritten, wie lange **Neonicotinoide** nachweisbar sind. Bayer als Firma, die die Beizstoffe - Neonicotinoide sind ja synthetische, nikotinartige Insektizide, also letztlich Giftstoffe, die ausgebracht werden - vertrieben hat, sagt: Sie sind 120 Tage nachweisbar. Es gibt aber Untersuchungen, die besagen, dass sie bis zu drei Jahren oder sogar noch länger im Boden nachweisbar sind. Das heißt, man muss einräu-

(Minister Dr. Robert Habeck)

men, dass der Zeitraum von zwei Jahren möglicherweise zu kurz ist. Gleichwohl bin ich dankbar, dass der Landesverband der Imker seine Unterstützung zugesagt hat. Ich sage dem Landesverband der Imker in diesem Fall die Unterstützung der Landesregierung zu, möglichst ein auskömmliches Blütenangebot in Schleswig-Holstein herzustellen.

Noch zwei Überlegungen zu den angesprochenen Punkten **Greening** und **Blühstreifen**. Das Greening ist eine Maßnahme, um der immer aufgeräumteren und immer angebotsärmeren Landschaft entgegenzuwirken. Es wäre gut, wenn nicht nur über Angebote für die Bienen geredet würde. Wir müssen auch springen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir die Vielfalt in unserer Landschaft durch entsprechende Angebote erhöhen würden. Das sind ja keine Zwangsangebote, sondern das ist nur eine Koppelung öffentlicher Gelder an öffentliche Leistungen. Ich wäre dafür, dass wir das gemeinsam durchsetzen.

Es gibt bereits bestehende **Vertragsnaturschutzprogramme**. 70 Landwirte haben sich verpflichtet, auf 40 ha in Schleswig-Holstein **Blühangebote** bereitzuhalten. Es ist toll, dass Landwirte und Imker mitmachen. Es wäre wunderbar, wenn nicht nur auf das Greening geschaut würde, sondern das Angebot für Insekten in Schleswig-Holstein insgesamt hochgehalten würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In meiner Schlussbemerkung komme ich auf einen Komplex zu sprechen, den Heiner Rickers zu Recht angesprochen hat: Ein Verzicht auf Neonicotinoide, also auf die Beizung des Samens, hätte möglicherweise eine verstärkte Spritzung, also eine verstärkte Ausbringung von anderen sogenannten **Pflanzenschutzmitteln** zur Folge. Herr Vogt sprach in seinem Redebeitrag von Insektiziden. Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass der Begriff Pflanzenschutzmittel in gewisser Hinsicht einen Euphemismus darstellt. Solche Euphemismen gibt es in der agrarpolitischen Debatte häufig. Pflanzenschutzmittel sollen die Pflanzen vor unerwünschten Schädlingen schützen. Diese Schädlinge sind aber häufig in der Natur zu Hause. Wir behandeln hier ein Thema, das besser vor 15 Jahren verhandelt worden wäre. Vor 15 Jahren wurde die Beizung von Rapssorten eingeführt, und heute stellen wir Überlegungen über die Folgewirkungen an. Vielleicht wäre es ratsam, den selbstverständlichen Einsatz von sogenannten Pflanzenschutzmitteln - das fängt mit dem Namen an - einmal zu hinterfragen und ein Stück weit eine Beweislastumkehr zu fordern, dass also

das, was ausgebracht wird, eben keine ökologischen Schädigungen beziehungsweise Nachwirkungen hat, die wir erst später erkennen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 18/847 und 18/922 an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung? - Bitte.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es war so, dass über den Antrag der regierungstragenden Fraktionen - die Drucksachenummer habe ich nicht im Kopf; es geht um den ersten Antrag - in der Sache abgestimmt werden sollte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das ist die Drucksache 18/847.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der Antrag der PIRATEN sollte zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nun hat die FDP aber inzwischen einen Überweisungsantrag gestellt. Es gibt auch den Sachantrag. Es ist nur so, dass, wenn ein Überweisungsantrag gestellt wird, darüber zunächst abgestimmt werden muss. Danach wird darüber als Sachantrag abgestimmt.

(Sandra Redmann [SPD]: Nein!)

- Das wird bestritten. Das ist wunderbar, dann sind wir uns ja einig. Es gibt diesen Antrag plötzlich nicht mehr. Wir verfahren genau so, wie die Frau Abgeordnete Fritzen das klargestellt hat.

Wir stimmen zunächst über den Antrag „Verbesserung der Lebensbedingungen von Bienen und anderen pollen- und nektarsammelnden Insekten“ - das ist der Antrag der PIRATEN, Drucksache 18/922 - ab. Er soll an den Umwelt- und Agrarausschuss

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag mit dem Titel „Bienen nachhaltig schützen!“, Drucksache 18/847. Wer für diesen Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Bitte begrüßen Sie mit mir unsere ehemalige Kollegin, Frau Europaabgeordnete Ulrike Rodust, auf der Tribüne. - Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall)

Nach Absprache der Fraktionen rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 24 auf:

Zulassung von Frequenzen für den lokalen Hörfunk in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/850

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung abgegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich erteile das Wort für die Landesregierung Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gern berichte ich über den aktuellen Sachstand, wie Ende Mai im Innen- und Rechtsausschuss bereits getan. Sie wissen, dass das Kabinett im Rahmen des Arbeitsprogramms der Landesregierung beschlossen hat, die **Voraussetzungen und Konsequenzen** einer eventuellen **Einführung von Lokalfunk** in Schleswig-Holstein zu prüfen. Das tun wir auf der Basis unseres Koalitionsvertrages, in dem vorgesehen ist, dass wir uns für eine größere regionale Programmvielfalt einsetzen wollen. In diesem Zusammenhang soll auch Platz für Bürger- und Campusradios in Schleswig-Holstein sein. Wir haben aktuell zwei Interessenten im Land, die seit geraumer Zeit Interesse zeigen, in Schleswig-Holstein ein werbefinanziertes Lokalradio einzurichten. Es geht um die Regionen Sylt und Ratzeburg.

Vor diesem Hintergrund hat meine Regierung eine ergebnisoffene Prüfung sowohl des nicht kommerziellen als auch des kommerziellen Lokalfunks beschlossen. Geprüft werden soll, ob und unter welchen **Bedingungen** lokaler Hörfunk die bestehende Medienlandschaft in Schleswig-Holstein ergänzen kann, auch und gerade mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung. Dabei haben wir in Auftrag gegeben, die denkbaren Sendefrequenzen durch die Bundesnetzagentur untersuchen zu lassen. Ebenfalls haben wir ein medienwirtschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben. Die Prüfung dessen, was wir über die Gutachten vorgelegt bekommen, soll und wird noch einmal ergebnisoffen erfolgen.

Das heißt, es ist nicht festgelegt und auch nicht absehbar, zu welchem Ergebnis die Prüfung am Ende kommen wird. Am Ende gilt es, die technischen Anforderungen, die medienpolitischen Ziele und die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen abzuwägen.

Das Referat für Medien in der Staatskanzlei hat auf Grundlage dieses Kabinettsauftrags die **juristischen Voraussetzungen und Erfordernisse** geprüft. Die Mitarbeiter schauen, wie eine entsprechende rechtliche Regelung aussehen müsste, die eine begrenzte Öffnung für Lokalfunk ermöglichen würde. Denn wenn überhaupt geht es um nicht mehr als das: eine begrenzte Öffnung für Lokalfunk. Darüber hinaus hat die Arbeitsebene der Staatskanzlei bereits unverbindlich abgefragt, welche UKW-Frequenzen theoretisch verfügbar wären. Es gibt tatsächlich welche; das ist die Rückmeldung.

Die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein hat den Auftrag bekommen, zwei Fragen gutachterlich zu untersuchen. Erstens. Welche ökonomischen Voraussetzungen müsste ein Veranstalter erfüllen, um einen soliden Betrieb zu ermöglichen? Zweitens. Welche Auswirkungen hätte kommerzieller Lokalfunk auf bestehende Anbieter? Das berührt unsere vier landesweiten Hörfunkketten und natürlich auch den lokalen Zeitungsmarkt.

Seit dieser Woche liegt dem Referat die **Stellungnahme** des Direktors der **Medienanstalt** vor. Der Direktor hat den Medienrat informiert. Wir machen uns jetzt daran, dies auszuwerten, juristisch, technisch und medienwirtschaftlich zu analysieren, um nach der Sommerpause die politische Ebene der Landesregierung damit zu befassen. Sobald wir uns eine Meinung gebildet haben, ist es an der Zeit, dem Parlament, den Betroffenen, dem Medienrat und der Öffentlichkeit mitzuteilen, welche Richtung die Landesregierung einschlagen wird. Wie

(Ministerpräsident Torsten Albig)

gesagt, am 21. Mai 2013 ist im Innen- und Rechtsausschuss darüber bereits Bericht erstattet worden. Auf die Antwort auf die Frage von Herrn Dr. Bernstein verweise ich ebenfalls.

Sollten wir zu dem Ergebnis kommen, dass wir am Medienrecht gemeinsam etwas ändern sollten, ist das der richtige Zeitpunkt, um in eine inhaltliche Debatte einzutreten und dann übrigens auch mit unserem Staatsvertragspartner Hamburg in die Diskussion einzusteigen. Dort ist man bisher auch nur auf Arbeitsebene eingebunden, gerade weil wir noch nicht wissen, ob wir über die Arbeitsebene hinaus reden oder ob es eine politische und staatsvertragliche Änderung geben soll.

Wir sind aktuell das einzige Bundesland, das **analogen Lokalfunk** gesetzlich explizit ausschließt. Das ist in den vergangenen Jahren durchaus mit guten Argumenten geschehen, aber es entbindet uns natürlich nicht davon, immer wieder zu prüfen, ob die Argumente noch greifen. Die Medienanstalt hat grundsätzlich die Notwendigkeit gesehen, sich mit dem Thema zu befassen und dabei Vor- und Nachteile genau abzuwägen, gerade weil die **Medienlandschaft** einem ständigen Wandel unterworfen ist. Zuletzt gab es 2008 erste rechtliche Änderungen seitens der Regierung.

Es gibt gute Gründe dafür, Meinungsvielfalt vor Ort zu fördern. Dafür müssten wir den rechtlichen Rahmen für Lokalfunk neu gestalten. Auch mit Blick auf die potenziellen Interessenten für kommerziellen Lokalfunk in Schleswig-Holstein ist es fair, dass wir dies von Zeit zu Zeit prüfen.

Aber es gibt auch gute Gründe dafür, den Markt für werbefinanziertes Radio im Land nicht zu liberalisieren, zum Beispiel weil man übereinkommt, die bestehenden landesweiten Hörfunkangebote oder die regionale Presse maximal zu schützen.

Welche Argumente letztendlich das größere Gewicht haben, werden und können wir erst dann entscheiden, wenn eine solide **Analyse die Voraussetzungen** dafür schafft. Dies sage ich Ihnen zu, ebenso die Einbindung des Parlaments, nachdem all das vorliegt und wir nach der Sommerpause in die Debatte einsteigen. Dann sollten wir die Debatte fortsetzen. So viel als Bericht heute. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich finde es völlig richtig, gründlich zu analysieren, gründlich zu schauen, sich alles anzugucken. Allerdings hätte ich mir in Ergänzung zu dem, was wir im Innen- und Rechtsausschuss hören konnten, schon gewünscht, dass Sie eine Richtung aufzeigen, was Sie sich denn politisch wünschen. Da tapfen wir nach wie vor ein bisschen im Dunkeln. Denn die Koalitionäre haben in ihrem Koalitionsvertrag - wie Sie ausgeführt haben - festgeschrieben, dass sie die **Digitalisierung des Hörfunks** nutzen wollen, um dadurch eine größere regionale Programmvielfalt mit Platz für Bürger- und Campusradios zu schaffen. Okay, das kann man so machen, aber genau das gibt es nicht zum Nulltarif.

Meine Damen und Herren von der Koalition, im Haushalt haben Sie dazu nichts, aber auch gar nichts gesagt. Bemerkenswert fand ich, dass der Kollege Eichstädt bei der Diskussion um werbefinanziertes Lokalradio im Innen- und Rechtsausschuss erklärte, genau das habe man im Koalitionsvertrag ja gemeint. Was denn nun?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Aha!)

Medienpolitisch steht die enorm wichtige Frage im Raum: Wollen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen **Campusradio** einführen, oder wollen sie **werbefinanziertes Lokalradio** einführen? Das sind zwei grundlegend verschiedene Dinge.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Auslöser der Diskussion sind konkrete Vorarbeiten für eine Änderung des Staatsvertrags, die in der Staatskanzlei offensichtlich unternommen wurden. Im Innen- und Rechtsausschuss durften wir lernen, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem Entwurf eines Referenten und einem Referentenentwurf. Das war sehr aufschlussreich. Nach der Darstellung dort war es so, dass man den Rundfunkstaatsvertrag turnusmäßig einer Bewertung unterziehe, ob seine Regelungen noch zeitgemäß seien. Ganz zufällig befand sich zu diesem Zeitpunkt ein Trainee in der Staatskanzlei, der glücklicherweise damit beschäftigt werden konnte, den Entwurf eines Referenten zu fertigen für den Fall, dass man nach

(Dr. Axel Bernstein)

nun fast 30 Jahren Rundfunkstaatsvertrag zu einer anderen, neuen Bewertung der dortigen Regelungen kommt. Aber Bewertung nach welchen und wessen Kriterien eigentlich?

Meine Damen und Herren, unser Land hat in der Tat die Regelung - Sie haben darauf hingewiesen -, dass wir **landesweiten privaten Hörfunk** fest-schreiben. Dafür gibt es gute Gründe. Wenn wir von privaten Sendern journalistische Qualität und damit substantielle Beiträge zur Meinungsvielfalt erwarten, muss ein solcher Sender in der Lage sein, aus Werbeeinnahmen so viele Erträge zu erzielen, dass eine qualitative journalistische Arbeit finanzierbar ist. Wenn nun privates Lokalradio gefordert wird, um die Meinungsvielfalt zu steigern, muss man auch die Frage beantworten, woher denn die Hoffnung gewonnen wird, dass **lokale Sender** entsprechende Einnahmen generieren können. Dafür spricht nämlich nicht viel, genau genommen gar nichts.

Lokale Sender in anderen Bundesländern, die eher eine städtische Struktur aufweisen und damit auch mehr Hörer erreichen können als wir, gehen finanziell regelmäßig am Stock. Das Problem eines von Werbekunden abhängigen Gefälligkeitsfunks ist eine reale Gefahr, wie sie unlängst der NDR im Medienmagazin „ZAPP“ aufgezeigt hat.

Ebenso gewichtig ist aber auch die Gefahr, dass ein solches Experiment die bestehende Medienlandschaft ins Wanken bringen würde. Die bestehenden **privaten Radiosender** in Schleswig-Holstein finanzieren sich überwiegend aus **Werbeeinnahmen**, die aus dem Land stammen. Lokale Radios würden auf denselben Kundenkreis zurückgreifen müssen, der heute auch mit Ach und Krach die Tageszeitungen trägt. Beide, Radio und Tageszeitung, haben Werbeeinnahmen in erheblichem Umfang an das Internet verloren. Die große Gefahr ist also, dass genau das Gegenteil dessen eintritt, was man angeblich will: Die Medienvielfalt wird geschwächt, anstatt sie zu stärken. Ich unterstelle hier niemandem Absicht, aber gut gemeint ist eben nicht gut gemacht.

Meine Damen und Herren, wir fragen uns: War das Ganze tatsächlich ein Gedankenspiel eines Fachreferats in der Staatskanzlei, das unglücklicherweise die Öffentlichkeit erreichte?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Zur Erinnerung: Die Staatskanzlei hat sich begleitend zu dem Entwurf eines Referenten nach verfügbaren Frequenzen erkundigt. Die Landesmedienanstalt wurde gebeten, eine fachliche Stellungnahme

abzugeben, und es liegen angeblich bereits zwei Anträge auf lokales Privatrado vor. Das alles ist doch kein Zufall!

Herr Ministerpräsident, sorgen Sie für ein transparentes Verfahren, und sorgen Sie dafür, dass es eine Debatte in der Sache geben kann! Wenn es eine Unzufriedenheit in der Landesregierung oder den Mehrheitsfraktionen mit der heutigen lokalen Berichterstattung gibt, dann nennen Sie Ross und Reiter, wo hier Defizite sind!

(Beifall CDU)

Für die CDU ist klar: Wir wollen die **Medienvielfalt** erhalten und stärken. Wir wollen, dass die Zeitungen und die privaten Radiosender im Lande das nötige Geld verdienen können, das man für **Qualitätsjournalismus** braucht. Wir lehnen Lokalradio nicht rundweg ab, aber zum jetzigen Zeitpunkt halten wir werbefinanziertes Lokalradio in unserem Land für nicht überlebensfähig. Es schadet der Medienlandschaft insgesamt. Deshalb fordern wir Sie auf: Lassen Sie die Hände vom Staatsvertrag!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Vorredner Axel Bernstein, ich glaube, es ist deutlich geworden, dass Sie ein völlig anderes Verständnis von **Medienpolitik** und **Medienfreiheit** haben. Sie sind schon mit dem Ergebnis durch, bevor überhaupt ernsthaft geprüft wird, was möglich und was notwendig ist. Ich glaube, Sie verkennen dabei ein wenig, dass die Frage, die wir hier diskutieren, nämlich das Verbot von Regionalradio - ob werbefinanziert oder nicht werbefinanziert, sei dabei für den Moment völlig egal - eine Besonderheit in Schleswig-Holstein ist und dass wir das einzige Land sind

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- Moment, Moment, Moment, Herr Kubicki -, das überhaupt nicht die Möglichkeit eröffnet, es zu machen. Sie wollen mir jetzt erklären, dass es auch Länder gibt, wo es nicht gemacht wird. Damit haben Sie recht. Aber per Gesetz erlauben alle Länder, **Lokalradio** einzuführen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bis auf eins!)

(Peter Eichstädt)

- Stellen Sie mir schnell eine Zwischenfrage, sonst komme ich mit meiner Zeit nicht hin. Das machen Sie sicher gleich!

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Fünf Minuten Eichstädt sind genug!)

Aber ich denke, wir werden im Laufe der Diskussion, die erst angefangen hat, noch darauf kommen.

Ich danke zunächst einmal dem Ministerpräsidenten für seinen Bericht, der auf Antrag der CDU erfolgte. Der Antrag war etwas kryptisch, aber ich habe jetzt auch verstanden, worum es eigentlich geht. Das hat Herr Bernstein hier deutlich gemacht.

Inwieweit sich die Landesregierung über die Genehmigung von lokalem Hörfunk in Schleswig-Holstein Gedanken gemacht hat, haben wir jetzt erfahren. Ja, in dieser Regierung wird nachgedacht. Dieser Umstand ist für CDU und FDP ganz offensichtlich überraschend. Anscheinend sind Sie das von Ihrer alten Landesregierung nicht gewohnt gewesen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

So ist das aber bei uns. Natürlich ist es notwendig zu prüfen, ob das für Schleswig-Holstein bestehende **Verbot von lokalen Radioangeboten** weiterhin unter medienpolitischer und medienrechtlicher Hinsicht Bestand haben soll oder nicht. Zur Erinnerung: In unserem Staatsvertrag zur gemeinsamen Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein haben wir geregelt, dass in Hamburg lokales Radio angeboten werden darf, in Schleswig-Holstein allerdings nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist lustig!)

- Ja, aber so ist es. Es freut mich, dass ich Sie erheitern kann. Dass es so einfach ist, habe ich bisher nicht gewusst, aber ich lerne immer dazu.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nun stellen Sie doch endlich eine Zwischenfrage, ich komme hier wirklich nicht klar.

Dies Verbot ist in Deutschland inzwischen einmalig. In allen anderen Bundesländern - das haben wir eben schon gemeinsam mit Herrn Kubicki ausgetauscht - ist es erlaubt, lokales Radio kommerziell oder nicht kommerziell zu genehmigen. Das sehen alle so außer dem Kollegen von der FDP.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Eichstädt, der Herr Kollege Dr. Ralf Stegner möchte Ihnen helfen, die Redezeit

zu verlängern. Jedenfalls ist er sofort aufgesprungen. Er möchte Ihnen eine Frage stellen oder eine Anmerkung machen. Darf er das?

Peter Eichstädt [SPD]:

Ja, wenn es der Wahrheitsfindung dient. - Das wollte ich immer schon einmal sagen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich bin in der Solidarität mit dem Kollegen Eichstädt nicht übertreffbar. - Aber ich wollte Sie gern fragen, ob Sie uns vielleicht die obrigkeitsstaatliche Verbotsgrundhaltung der FDP im Rahmen der Antwort auf diese Frage noch etwas erläutern könnten, sodass wir noch die Gelegenheit haben, die Argumente zu hören.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Kollege Stegner, das würde ich gern tun, aber Sie kennen die Regularien dieses Hauses. Auch dafür hätte ich jetzt nur 1 Minute Zeit. Bei dieser komplexen Thematik würde die 1 Minute nicht reichen. Aber wir machen das einmal bilateral.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Lars Harms [SSW])

Diese Überprüfung - das Verbot, das inzwischen einmalig ist, zu überprüfen - geschieht jetzt im Übrigen genauso wie im Jahr 2008, als sich die CDU-geführte Staatskanzlei mit der gleichen Frage beschäftigt hat. Damals kam man nach ausführlicher Untersuchung zu dem Ergebnis, dass in diesem Sinne keine Änderung an dem Staatsvertrag vorzunehmen sei. All das hat das Parlament damals in der von Ihnen, Herr Bernstein, hier geforderten Breite auch nicht erreicht.

Der Ministerpräsident hat eben berichtet, dass nach einer Begutachtung durch die dafür zuständige unabhängige Medienanstalt MA HSH überprüft wird, ob in Schleswig-Holstein neue Perspektiven für lokalen Hörfunk eröffnet werden sollen.

Lokaler Hörfunk kann eine positive **Ergänzung der Rundfunk- und Medienlandschaft** in Schleswig-Holstein sein, so wie es in vielen anderen Ländern der Bundesrepublik der Fall ist. Sie kann zur Vielfalt beitragen und gerade im lokalen Bereich Informationen für die Menschen liefern, die ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Dazu können

(Peter Eichstädt)

Berichte über kulturelle Ereignisse genauso gehören wie Berichte über Lokalpolitik.

Das Argument, dass diese lokalen Angebote vor allem, wenn sie sich kommerziell finanzieren, was nicht sein muss, auch eine Konkurrenz für die vorhandenen Printmedien oder Radioangebote sind, ist auf der einen Seite natürlich zu beachten - und das werden wir auch beachten. Daneben steht aber die Abwägung, ob durch solche Angebote eine verbreiterte lokale publizistische Vielfalt erreicht wird, die möglicherweise dem zunehmenden Konzentrations-effekt im Bereich der regionalen Printmedien entgegenwirken kann. Dies muss in Ruhe geprüft werden. Hier gibt es viele Aspekte zu beachten, unter anderem auch die, ob überhaupt geeignete Frequenzen zur Verfügung stehen, um ein solches Angebot zu realisieren.

Ob solche Angebote kommerziell oder nicht kommerziell sind, ist völlig offen. Möglicherweise kann nach fachlicher Abwägung darüber auch die Medienanstalt selbst entscheiden, wie ich überhaupt meine, dass wir unterschiedliche Auffassungen haben, wie weit eigentlich unsere Kompetenz und unsere Gestaltungsmöglichkeit in diesem Bereich reicht. Das Ganze soll ja auch politikfern angelegt sein. Deswegen haben wir nebenbei die MA HSH eingerichtet beziehungsweise mussten sie einrichten.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, nicht kommerzieller Hörfunk ist interessant. Er kann ein belebendes **Element der Kommunikation** in einer modernen Bürgergesellschaft sein, wie viele Beispiele in der ganzen Bundesrepublik zeigen. Nicht kommerzielle lokale Sender können dazu beitragen, dass Menschen sich dort selbst aktiv einbringen oder sich zusätzlich zu den vorhandenen kommerziellen Printmedien oder regionalen Radiosendern informieren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Peter Eichstädt [SPD]:

Bei unserem Staatsvertragspartner Hamburg ist dies nebenbei lange Realität, so zum Beispiel der Freie Sender Kombinat - FSK - und das Hamburger Lokalradio.

Ich denke, wir werden zu diesem Thema eine interessante Diskussion führen. Dank der fehlenden Zwischenfrage von Herrn Kubicki und der unnachgiebigen Art des Landtagspräsidenten muss ich mir jetzt leider zwei Seiten schenken. Aber ich stelle

anheim, diese auf der Internetseite der SPD nachzulesen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mehr Programmvielfalt - das ist das Ziel unserer Rundfunkpolitik. Erreicht werden soll es mit dem Ausbau der Digitalisierung des Hörfunks. **Bürger- und Campusradios** sollen einen garantierten Platz in der Medienlandschaft bei uns im Land bekommen. Dieses Ziel haben wir so auch ausdrücklich im Koalitionsvertrag vereinbart. Nun gibt es aber auch das Interesse, auch lokales privates Radio in Schleswig-Holstein zu machen. Dem sind bislang Grenzen durch den Medienstaatsvertrag gesetzt. Dort ist festgelegt, dass privater Rundfunk mindestens landesweit erfolgen soll. Wenn wir also Privatrado zulassen wollen, müssten wir zuerst den Medienstaatsvertrag ändern.

Grundsätzlich sind wir Grüne für mehr **Programmvielfalt**. Wir begrüßen es, wenn Bürgerinnen und Bürger selbst Radio und Fernsehen machen. Dazu stehen ihnen bereits jetzt die Türen des Offenen Kanals in Schleswig-Holstein offen, der sowohl an mehreren Standorten in Schleswig-Holstein vorhanden ist, als auch Campusradio oder auch das Frierenradio auf Föhr macht.

Die Landesregierung prüft nun zuerst, ob überhaupt Frequenzen für ein lokales Privatrado vorhanden sind. Wie wir auch durch die Ausschussberatungen und die Kleine Anfrage des Kollegen Bernstein erfahren, gibt es tatsächlich Minifrequenzen für lokale Radiostationen. Es wird genau geprüft, ob diese **Frequenzen** auch vergeben werden können und welche Auswirkungen eine Frequenzvergabe auf die regionale und lokale Medienstruktur dann hätte.

Diese Prüfung ist sinnvoll, denn der **lokale Werbemarkt** ist stark umkämpft. Werbung, die früher in den Regionalzeitungen geschaltet wurde, ist beispielsweise schon ins Internet abgewandert. Die Zeitungen stehen stark unter Druck. Aus diesem Grund muss geprüft werden, welche Auswirkungen eine Zulassung von Lokalradio hätte und ob da-

(Rasmus Andresen)

durch wirklich die Programmvierfalt gefördert oder eher verringert würde.

Wir Grüne haben uns mit einigen der Interessenten von Lokalradiosendern getroffen, um uns über die genaueren Pläne in Schleswig-Holstein genauer zu informieren. Nach unseren Informationen braucht ein **werbefinanziertes lokales Radio** nämlich pro Jahr **Finanzmittel** von mindestens 200.000 €. Dies ist nicht wenig und würde sicherlich für einige der Ideen, die es auf dem Markt bereits gibt, schon das Ende bedeuten.

Die Versuche, die es bundesweit gegeben hat, ohne öffentliche Förderung Lokalradio außerhalb der Ballungsgebiete aufzubauen, sind weitgehend gescheitert. Das Beispiel der **Privatradiosender** in Schleswig-Holstein zeigt auch, dass es schon landesweit schwierig ist, sich überhaupt über Wasser zu halten.

Auch wenn wir als Legislative nicht über die Zulassung von Radiosendern und deren Geschäftsmodelle entscheiden - was natürlich richtig ist -, müssen wir vor möglichen Änderungen genau diese Fragen im Blick behalten. Uns Grünen ist wichtig, dass neue Initiativen dann auch regional und politisch berichten. Ob dies aber mit einer aussichtsreichen Finanzierung im kommerzialisierten Markt unter einen Hut zu bekommen ist, ist aus unserer Sicht sehr schwierig zu beantworten.

Neben der Geschäftstüchtigkeit der unterschiedlichen Radioprojekte, der formalen Möglichkeiten der Suche nach freien Frequenzen wollen wir aber auch diskutieren, ob für einige der Projekte eine stärkere **Kooperation mit dem Offenen Kanal** nicht der geeigneter Weg wäre.

Grundsätzlich gilt: Es gibt keine Garantie, dass mehr Programme mehr **Programmvierfalt** bedeuten. Viele Programme mit dem gleichen Angebot machen noch keine Programmvierfalt. Das kann jeder feststellen, der die Radiolandschaft beobachtet. Bisher liegen für uns Parlamentarier auch zu wenig Informationen auf dem Tisch. Ich wünsche mir beispielsweise, Herr Ministerpräsident - er sitzt jetzt nicht da; vielleicht kann der Chef der Staatskanzlei dies in Vertretung weiterleiten -, dass Gutachten, die gestern schon der MA HSH zur Beratung vorgelegt wurden, auch uns Parlamentarier erreichen,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

um besser Entscheidungen treffen zu können.

Wir brauchen in dieser Legislaturperiode keine aufgeregte Debatte über vermeintliche Beschlüsse, die

noch nicht gefallen sind, sondern eine grundsätzliche Diskussion über die **rundfunkpolitischen Ziele**. Dazu gehört neben den genannten Fragen nach dem kommerziellen Radio eben auch der Bürgerfunk insgesamt. Es geht darum, wie Kooperationen mit dem Offenen Kanal besser werden können, wie der Offene Kanal gestärkt werden kann und darum, wie sich der NDR in unserem Land weiterentwickeln hat. Alles das sollten wir diskutieren, alles das werden wir sicherlich in der nächsten Zeit im dafür zuständigen Innen- und Rechtsausschuss diskutieren. Ich bedanke mich bei der CDU-Fraktion für diesen Antrag, weil ich es richtig finde, dass wir diese Debatte hier im Plenum des Landtags führen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, diesmal frage ich gleich: War das ein Antrag auf Überweisung?

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Nein, okay.

Als Nächstes haben wir den Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mit einer Legendenbildung aufräumen: Der geschätzte Kollege Eichstädt hat bereits in seiner Pressemitteilung vom 17. Mai 2013 erklärt, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland sei, das **lokalen, werbefinanzierten Rundfunk** per Gesetz unterbinde. Zumindest für den Hörfunk gilt dies aber nicht. Herr Kollege Eichstädt, Recherchen bilden weiter. So finden wir beispielsweise im Hessischen Privatrundfunkgesetz unter § 12 Abs. 1 folgenden sehr eindeutigen Passus:

„In Hessen findet ein ganztägiges landesweites Hörfunkvollprogramm statt, das über UKW-Frequenzen verbreitet wird. Der Veranstalter dieses Programms hat im Rahmen der bereitgestellten UKW-Frequenzen die vollständige und gleichwertige Versorgung des Landes mit dem Programm sicherzustellen.“

(Wolfgang Kubicki)

Lieber Kollege Eichstädt, wir sollten hier sauber argumentieren. Dass Schleswig-Holstein keine Renegatenfunktion einnimmt, wird dadurch deutlich.

Jetzt aber zur Sache: Das Ziel einer Änderung des Medienstaatsvertrages, wie sie ja rechtlich in der Staatskanzlei bereits erarbeitet wurde, sollte sein, das Angebot an Information zu erhöhen beziehungsweise die **Meinungsvielfalt** zu steigern. Hierbei kann - das sage ich ausdrücklich - die Ermöglichung eines privaten Lokalhörfunks eine richtige Maßnahme sein - zunächst unabhängig von der Frage, ob werbefinanziert oder nicht werbefinanziert.

Deshalb möchte ich vor diesem Hintergrund für meine Fraktion zunächst festhalten, dass grundsätzlich gegen die Einführung eines **werbefinanzierten Lokalradios** nichts einzuwenden wäre. Sie muss allerdings an klare und nachvollziehbare **Rahmenbedingungen** geknüpft werden und darf nicht dazu führen, dass einige wenige mehr Rechte bekommen und zugleich weniger Pflichten erfüllen müssen. Kurzum, wir müssen gewährleisten, Kollege Eichstädt, dass der Wettbewerb zwischen den landesweit ausstrahlenden Privatsendern einerseits und den lokal ausstrahlenden Privatsendern andererseits fair ausgetragen werden kann.

(Beifall FDP)

Grundsätzlich müssen wir feststellen, dass im gesamten Land nicht die gleichen Voraussetzungen für den Aufbau eines werbefinanzierten Lokalradios bestehen. Während insbesondere in den Städten Kiel, Lübeck sowie im Hamburger Randgebiet auch die entsprechenden wirtschaftlichen Grundlagen vorhanden sind, um die lokalen Radiosender mit örtlichen Werbeeinnahmen finanzieren zu können, wäre es schwierig, diese Sender in strukturschwächeren Landesteilen wirtschaftlich zu betreiben. Das bedeutet, in Meldorf, Schleswig oder auch in Rendsburg werden sehr wahrscheinlich keine neuen werbefinanzierten Radiosender entstehen - zumindest nicht solche, die sich langfristig selbst refinanzieren können.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Eichstädt?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich habe das gesehen und habe deshalb auch mit meinem Satz aufgehört.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Peter Eichstädt [SPD]: Herr Kollege Kubicki, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in Hessen, unabhängig von der von Ihnen zitierte Rechtslage, die damit in Einklang gebracht werden müsste - das werden wir vielleicht gemeinsam hinkriegen -, Sender wie Freies Radio Kassel, Radio Darmstadt RadaR, Radio RheinWelle, Radio Rüsselsheim, Radio Unerhört Marburg, radio x und RundFunk Meißner, zusammengeslossen in der Gemeinschaft NKL als lokale Radios geführt werden?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich nehme zunächst zur Kenntnis, dass das, was Sie zitiert haben, wohl zutreffend sein dürfte. Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Kollege Eichstädt, dass diese zusammengeschlossenen **lokalen Sender** ein **Landesvollprogramm** anbieten. Wir können natürlich auch in Schleswig-Holstein 14 Städte sich zusammenschließen lassen, die ein Radiovollprogramm anbieten und dann unter dem Namen Radio Rendsburg, Radio Meldorf, Radio Kiel laufen. Es gibt ja auch den Versuch der Privatsender, die wir hier haben, regionale Ausprägungen zu schaffen, beispielsweise für den Nordteil und den Westteil für Lübeck, und trotzdem handelt es sich um den gleichen Sender.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine weitere Anmerkung des Abgeordneten Eichstädt?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit und gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Peter Eichstädt [SPD]: Sind Sie mit mir einer Meinung, dass das nur für einen Teil des Programms zutrifft, dass die Sender, die ich eben genannt habe, im Übrigen sehr wohl getrennte Beiträge liefern?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das ist bei R.SH auch der Fall. Die Nachrichten bei R.SH klinken sich teilweise auch regional aus, wenn sie sich mit Flensburg, Lübeck und anderen

(Wolfgang Kubicki)

Gegenden beschäftigen. Gleichzeitig besteht die Verpflichtung, insgesamt für das Land ein Vollprogramm anzubieten. Wir können gern im Ausschuss näher erörtern, wie die Form der Ausgestaltung

(Beifall SPD)

- oder privat unter vier Augen -, sein kann. Ich will nur davor warnen zu glauben, dass wir, wenn wir ein Radio Timmendorfer Strand in Timmendorf machen, ein Radio Pinneberg in Pinneberg machen, damit keine Probleme für die überregional ausstrahlenden Sender schaffen würden. Dazu komme ich gleich noch.

Vor diesem Hintergrund müssen wir sehr darauf achten, nicht in die Situation zu kommen, dass sich die lokalen Sender die Werberosinen herauspicken können und die landesweiten Sender - wie R.SH oder NORA - in einen Wettbewerbsnachteil geraten, weil sie durch die landesweite Verbreitung natürlicherweise einen höheren finanziellen Aufwand als Lokalsender haben. Denn als Schreckensszenario droht dann, dass das Radioangebot in der Fläche in Gefahr gerät, wenn die landesweit ausstrahlenden Sender durch die unfaire Ausgestaltung des Wettbewerbs ihr Geschäftsmodell nicht mehr aufrecht erhalten können und sich aus wirtschaftlichen Erwägungen nur noch auf eine punktuelle Hörfunkversorgung konzentrieren müssen. Das wäre in unseren Augen tatsächlich kein Fortschritt.

Deshalb ist es aus unserer Sicht im Sinne eines fairen Wettbewerbs notwendig, die Möglichkeiten der **Werbefinanzierung für die Lokalsender** dahin gehend einzugrenzen, dass sie nur Werbung von Kunden aus ihrem unmittelbaren Sendegebiet schalten können. Konkret hieße das, dass der regionale VW-Händler dort werben dürfte, VW im Allgemeinen aber nicht. Ansonsten fände dort, wo es sich lohnt, die Rosinenpickerei statt, und da, wo es sich nicht lohnt, hätten die landesweiten ausstrahlenden Sender die Last zu tragen, was wirtschaftlich kaum noch darstellbar wäre, weil sich der Werbekuchen nicht unendlich verbreitern dürfte. Nur mit diesen Einschränkungen wäre die Einführung eines werbefinanzierten Lokalradios sinnvoll und für uns überhaupt denkbar. Das würde nicht zu einer Kannibalisierung der Sender oder zu einer Reduzierung des Angebots führen. Wie gesagt, die einzelne Ausgestaltung sollten wir nach Vorlage der Gutachten und weiterer Stellungnahmen im Einzelnen erörtern. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der Landesregierung für den eben gehörten Bericht. Es versteht sich fast von selbst, dass wir als PIRATEN alles begrüßen, was zu mehr Kommunikation, mehr Information, mehr Austausch und mehr Kontakt in der Fläche führt.

(Beifall PIRATEN)

Anders als so manche Bedenkenräger hier gehen wir unabhängig von den noch zu besprechenden Rahmenbedingungen davon aus, dass mehr Informationen auch einen Mehrwert für die Menschen und die Meinungsvielfalt gerade in der Fläche darstellen.

(Beifall PIRATEN)

Vor daher haben wir PIRATEN schon ein bisschen mehr an Positionierung zu bieten als der Ministerpräsident, der sich zu einer Tendenz in seinem Bericht, was er politisch will, nicht hinreißen lässt.

Dabei will ich die Leistung der etablierten, landesweit wirkenden Sender überhaupt nicht schmälern. Ich weiß um das Bemühen, auch hier gezielt lokal zu informieren, weiß um die Zeit, sich breit gefächert aufzustellen.

Ich kenne auch die Bedenken, die gegen **lokale Hörfrequenzen** ins Feld geführt werden. Auch die nehmen wir PIRATEN sehr ernst. Allerdings glaube ich, dass wir inhaltlich und sachlich gute Punkte nicht ablehnen können, nur weil es bei der Ausgestaltung Probleme gibt. Im Gegenteil, die Politik sollte genau da ansetzen, denn es ist ihre Aufgabe, die **Rahmenbedingungen** für eine gute Sache so zu stricken, dass am Ende ein Schuh daraus wird, ein Schuh, der neu ist, Neuem passt, ohne Altem und Bewährtem zu schaden.

(Beifall PIRATEN)

Darum stehen wir auch neuen lokalen Hörfrequenzen als Möglichkeit einer begrenzten Öffnung für Lokalfunk aufgeschlossen gegenüber.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wichtig ist uns eine Balance zwischen kommerziellen und nichtkommerziellen Hörfrequenzen. Lokale Radios wie das nichtkommerzielle Campusradio müssen auf jedem Fall eine Chance erhalten.

(Sven Krumbek)

Denken wir auch an Radio Gaarden oder lokale Stadtsender, die sehr ausdrücklich freie Musik und interessante Kultursendungen befördern könnten. Es handelt sich hier um die **Abdeckung gezielter Nischen**, die landesweit zu wenig oder gar keine Beachtung finden, lokal aber durchaus von Interesse sein können. Die Menschen zu bedienen, die sich ausdrücklich auch regional orientieren und informieren wollen, finde ich sinnvoll. Das zu ermöglichen, ist politisch eine Herausforderung.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit wir diese Chancengleichheit auf allen Ebenen sicherstellen können, plädieren wir PIRATEN für eine **öffentliche Ausschreibung**. Das ist keine Vielleicht-Entscheidung, sondern das ist ein unabdingbares Muss.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit ist auch klar, wie wir PIRATEN diese Diskussion führen wollen. Wir haben deutliche Sympathien für lokale Hörfrequenzen. Die Gründe habe ich genannt. Dennoch wollen wir auch das bestehende Angebot insoweit schützen, als es dort zu keinen Einschränkungen kommen soll. Ich glaube, dass es ein ganz normaler Mechanismus ist, dass man zunächst etwas Neues fürchtet, um nicht die eigenen Pfründe zu verlieren. Die Politik hat die Aufgabe, den Rahmen so abzustecken, dass wir den etablierten Sendern diese Angst nehmen. Ich bin davon überzeugt: Vielfalt kann nie schädlich sein.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Lassen Sie uns im Ausschuss über die Möglichkeiten sprechen. Lassen Sie uns am Medienstaatsvertrag feilen und offen für Neues sein. - Ich freue mich auf detaillierte Beratungen nach der Sommerpause.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Ausschuss schon gehört, wie der Stand der Dinge ist. Derzeit gibt es keinen Entwurf für einen neuen Staatsvertrag der Landesregierung. Es gibt jedoch den Koalitionsvertrag, der

Aussagen zu Lokalradios und Campusradios enthält, und es gibt entsprechend eine Stoffsammlung in der Staatskanzlei zu diesem Thema. Es gibt eine Ausarbeitung eines Trainees, und derzeit wird geprüft, was technisch überhaupt möglich ist. Weiter gibt es eine Vorabanfrage bei der MA HSH, in der die fachliche Meinung unserer Medienanstalt abgefragt wird. Das Ganze ist also erst einmal recht unspektakulär. Trotzdem kann man das Thema **Lokalradios** natürlich hier im Landtag diskutieren.

Wenn wir dieses tun, dann mutet es allerdings ziemlich merkwürdig an, dass gerade diejenigen, die sonst für Marktliberalismus eintreten, nun das Heil im Protektionismus sehen. Schleswig-Holstein ist derzeit eines der wenigen Länder in der Bundesrepublik, das in den regionalen Werbemarkt eingreift, indem es werbefinanzierte Lokalradios verbietet. Wir reden hier nicht von Rahmenbedingungen, die etwas den Spielraum einengen, oder von Leitplanken, an denen sich das Marktgeschehen entlang entwickeln kann. Wir reden hier von einem politisch gewollten Eingriff in den Markt. Ich glaube nicht, dass lokale Medien vor lokalen Radios Angst haben müssen. Ich glaube vielmehr, dass es so ist, wie fast immer: Konkurrenz belebt das Geschäft. Das ist jedoch eigentlich nicht die Argumentation, die für mich am wichtigsten ist.

(Beifall SSW und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Egal ob wir über werbefinanzierte Lokalradios oder beispielsweise über Campusradios reden; entscheidend ist doch, ob dies jeweils ein Beitrag zur Meinungsvielfalt sein kann. Wir reden heute nicht nur über eine mögliche Gesetzesänderung, die dann Lokalradios zulässt, sondern wir reden auch über Bedingungen, die in einem möglichen Zulassungsverfahren gestellt werden können.

Was wären das für Bedingungen? - Neben der technischen Machbarkeit und der Zuverlässigkeit des jeweiligen Anbieters wäre es insbesondere der **Beitrag zur regionalen Meinungsvielfalt**, der hier eine Rolle spielen muss. Lokale Berichterstattung muss somit eine Grundlage für die Einrichtung eines oder mehrerer Lokalradios sein. Da mag man die Radiolandschaft und auch die Presselandschaft sehr genau betrachten und sich eine Meinung bilden. Lokalradios können zu einer größeren Vielfalt im Meinungsbildungsprozess vor Ort beitragen und somit auch und gerade einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es um die Weiterentwicklung der Pressefreiheit geht. In Bezug auf die Meinungsfreiheit und auch in Bezug auf die Programmvietalt sind lokale Radiostationen daher eine große Chance.

(Lars Harms)

(Beifall SSW und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der SSW sieht aber gerade in der Weiterentwicklung der Radiolandschaft vor Ort eine große Chance, **Radiosendungen in den Minderheitensprachen** zu etablieren. Große Rundfunkstationen, die landesweit tätig sind, lehnen dänisch- oder friesischsprachige Sendebeträge mit dem Hinweis ab, diese hätten für die Mehrheit einen Ausschalteffekt. Zugegeben, dies ist eine zynische Haltung gegenüber Minderheiten, aber es gibt sie nun einmal hier bei uns.

In den Niederlanden hat man mit Lokalradios sehr gute Erfahrungen gemacht, und gerade in der Provinz Friesland zeigen Lokalradios, wie gut sich auch die Minderheitensprache Friesisch in das Programm integrieren lassen kann. Auch die Slowenen in Österreich sind beispielsweise mit Lokalradios angefangen und haben den öffentlich-rechtlichen ORF auf diesem Wege beeinflusst, mehr für die Minderheitensprache zu tun.

Dem, der sagt, dies sei nicht eins zu eins auf unsere Verhältnisse übertragbar, sei gesagt, dass Antenne Sylt dreimal am Tag zur besten Sendezeit friesischsprachige Nachrichten auf hohem Niveau sendet; und das schon jetzt im Kabelnetz im nördlichen Schleswig-Holstein und in vielen deutschen Ballungsräumen. Auch minderheitenpolitisch sind solche Lokalradios somit als Chance für unser Land zu betrachten.

(Beifall SSW und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich sehen wir die Sorge von **landesweiten Radiostationen** dahin gehend, dass ihnen etwas vom Kuchen genommen werden könnte. Wahrscheinlich ist die Sorge in der **Zeitungslandschaft** sogar noch größer. Derzeit liegen aber nirgendwo in der Republik Erkenntnisse vor, die besagen, dass die Etablierung von Lokalradios zu Zusammenbrüchen in der Zeitungslandschaft oder zur Zerstörung von landesweiten Radiosendern geführt hat. Im Gegenteil: Die Länder, die lokale Radiostationen haben, sind froh darüber und würden diesen Zustand nicht ändern wollen.

So bleibt eigentlich nur die Frage nach dem, was wir gewinnen würden. Wir hätten ein Mehr an Meinungsvielfalt, ein Mehr an Programmvielfalt und Chancen, auch in diesem Bereich minderheitenpolitisch etwas zu bewegen. Vor diesem Hintergrund muss es erlaubt sein, über Lokalradios - gleich welcher Art - nachdenken zu dürfen.

(Beifall SSW, PIRATEN, vereinzelt SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/850 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Noch ein Hinweis: Überweisungen von mündlichen Berichten sind nicht mehr vorgesehen. Im Rahmen der Selbstbefassung können sich die Ausschüsse diesen Bericht jedoch jederzeit wieder vornehmen. Es ist auch sonst kein Antrag gestellt worden, der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 29 und 30:

Gemeinsame Beratung

a) Ausgleichsflächenkataster

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/904](#)

b) Zustimmung zur Bundeskompensationsverordnung (BKompV)

Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/908](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich soll darüber berichten, wie sich die Landesregierung im Bundesrat zu der **Bundeskompensationsverordnung** verhalten wird beziehungs-

(Minister Dr. Robert Habeck)

weise verhalten hat. Wir werden aufgefordert, dieser zuzustimmen.

Ich muss Ihnen von der CDU leider mitteilen, dass das so leider nicht möglich ist, weil die Bundeskompensationsverordnung, die vorgelegt wurde, erstens in vielen Fällen eine Standardabsenkung darstellt und zweitens in vielen Fällen eine Verzögerung bedeuten würde. Das wollen wir nicht. Weder wollen wir abgesenkte Standards noch wollen wir superkomplizierte Verfahren haben. Deshalb ist die Bundeskompensationsverordnung so nicht zustimmungsfähig.

Ich möchte dies an Beispielen ausführen, damit man sieht, worüber man redet. Im Grunde gibt es drei verschiedene Stellschrauben: erstens die Biotypenbewertung, zweitens die Eingriffsbilanzierung und drittens den Kompensationsbedarf, der in verschiedenen Rollen immer wieder attackiert wird.

Ein Beispiel. Durch die **Umbewertung** der **Biotypen** käme es zu Folgendem: Baute man eine Straße und legte eine Böschung an, wäre das ein Eingriff in die Landschaft. Baute man aber für die Straße durch eine neue Böschungsanlage einen kleinen Sichtschutz auf, würde dies nach den Berechnungen des Bundes nicht mehr als Eingriff in die Landschaft gewertet. Demnach wäre Straßenbau für den Naturschutz besser als kein Straßenbau. Hier mögen Sie klatschen, aber das ist so bitter unsinnig, dass ich nicht verstehen kann, wie man sich so verrechnen oder dies so anlegen kann.

Windkraftanlagen werden deutlich niedriger bewertet. Das mag für die Windmüller attraktiv sein, dennoch ist es so, dass wir uns erst im Jahr 2012 auf einen neuen Kompensationserlass für Windkraftanlagen geeinigt haben. Das heißt, es gibt an dieser Stelle kein Problem. Entsprechend gibt es aus unserer - aus schleswig-holsteinischer - Sicht auch keine Notwendigkeit, an dieser Stelle ein solches Entgegenkommen zu leisten.

Wir haben vorhin schon ein bisschen darüber diskutiert: Der Konsens für die erneuerbaren Energien ist aus meiner Sicht zwingend daran gebunden, dass die Eingriffe in die Landschaft in Maßen bleiben. Da dies Eingriffe sind, ist die Übersetzung des Ausdrucks „in Maßen bleiben“ eben, dass **Kompensationsmaßnahmen** durchgeführt werden. Eine reine Industrielandschaft wird - auch wenn wir die Energiewende wollen - im Land keine Akzeptanz finden. Insofern ist auch dieser Vorschlag kontraproduktiv.

Zwei weitere Beispiele noch: Abgrabungen, also die Wegnahme von Erdreich, werden mit 1.000 €

pro Hektar festgesetzt. Das ist ein Fünfzehntel des Hektarpreises bei niedrigen Flächen, also ein konservativerer Ansatz. Ein Fünfzehntel des Hektarpreises in Schleswig-Holstein stellt eine völlige Unterbewertung dar. Außerdem wird aufgehoben, dass die Kompensationsmaßnahmen grundbuchlastig sein sollen. Das heißt, eine Sicherheit für diese Maßnahmen gibt es auch nicht. Der **Funktionsbezug für Kompensationen** wird aufgelöst, und aufgelöst wird auch, dass gleiche Kompensationen hergestellt werden sollen. Insofern ist das ein schlechter Entwurf, eine schlechte Kompensationsverordnung.

Der Bundesrat hat gestern in seinem Umweltausschuss darüber abgestimmt. Nicht nur Schleswig-Holstein oder rot-grüne Länder haben erheblichen **Änderungsbedarf** angemeldet. Es gab insgesamt 224 Änderungsanträge. Ich habe es in diesem einen Jahr meiner Ministertätigkeit noch nie erlebt, dass eine Verordnung so viele Änderungswünsche oder Widerstand ausgelöst hat.

Ich habe es wegen der Atomdebatte bisher nicht geschafft, die einzelnen Änderungsanträge durchzugehen, um zu erkennen, was dabei herausgekommen ist. Immerhin gibt es aber eine Reihe von Maßgaben, die zum Teil mit knapper Mehrheit vom Umweltausschuss beschlossen worden sind. Entscheidend wird sein, welche Güte diese Maßgaben haben und wie die Mehrheiten sind. Erst dann wird man wissen, ob die Kompensationsverordnung von ihrem schlechten Standard noch zu einem besseren Standard überführt werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, dann wird sie nicht zustimmungsfähig sein.

Ich möchte nun noch kurz auf das **Ausgleichsflächenkataster** zu sprechen kommen. Diese Thematik hängt sachlich damit zusammen, ist allerdings eine andere Baustelle. Eingriffe in die Landschaft und in die Natur werden durch Kompensationen ausgeglichen. Das ist die Regel, und das ist eine entscheidende und gute Regel, die auch zu viel Akzeptanz und zu Frieden in der Debatte geführt hat. Es ist gut, dass dieser Mechanismus so gewählt worden ist. Diese Kompensationseingriffe werden durch die unteren Naturschutzbehörden verwaltet. Die Rechtsgrundlage dafür bildet die Ökokontenverordnung. Lage, Größe, Eingriffsgrund und Eingriffsentwicklungsziel müssen dort genannt werden. Allerdings gibt es keine **gemeinsame Schau** der verschiedenen **Eingriffsbewertungen** und **Wandlungen** auf Landesebene. Das ist ein unmittelbarer Missstand.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Deswegen bin ich froh, dass uns die regierungstragenden Fraktionen auffordern, diesen Missstand zu beheben. Dem komme ich sehr gern nach. Wir werden die verschiedenen Datenstandards angleichen müssen, wir werden die Software weiterentwickeln, und wir werden dann vom MLUR eine Zusammenstellung oder Auswertung der vorgenommenen Eingriffe vorgelegt bekommen, um Kompensationsmaßnahmen für diese Eingriffe verfügbar zu haben, was sicherlich auch die Sachlichkeit der Debatte über Kompensationen befördern wird.

Mein abschließender Gedanke dazu ist folgender: Auf die Kampagne „Naturschutz macht Flächenfraß“ würde gekontert werden. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Der Naturschutz ist der Gegner eines Flächenfraßes. Durch das Ausgleichskataster würde nachweisbar werden, welcher geringen Anteil der Naturschutz und die Kompensation an Flächen, die andernfalls landwirtschaftlich bestellt werden könnten, haben. Andererseits würde deutlich werden, dass der ursächliche Grund für die Kompensation, nämlich die Versiegelung von Landschaft, ein ganz anderer ist und insofern dann vielleicht auch einmal Landwirtschaft und Naturschutz, in diesem Fall vielleicht die Landwirtschaft, sehen und lernen würden, dass der Naturschutz an dieser Stelle Allierter ist und nicht Gegner. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Antragsteller zu dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen zum Ausgleichsflächenkataster.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf das Ausgleichsflächenkataster zu sprechen komme, muss ich dem Minister dafür danken, dass er sehr deutlich gemacht hat, dass die **Bundeskompensationsverordnung**, wie sie jetzt nach zähem Ringen zwischen dem alten Röttgen- und dem jetzigen Altmaier-Ministerium und dem Aigner-Haus auf den Weg gebracht wurde, bei Weitem nicht ausreicht beziehungsweise die gesamte Idee von Kompensation, sozusagen den Versuch so einer Wiedergutmachung eines Eingriffs in den Naturhaushalt, von den Füßen auf den Kopf stellt. Aus meiner Sicht ist es nicht annähernd gebo-

ten, dem auch nur die Hand zu reichen. Ich kann auch überhaupt nicht erkennen, dass uns davon auch nur eine einzige Maßgabe zu einem Vorteil verhelfen würde. Insofern bin ich dankbar für die klaren Worte des Ministers. Ich wünsche mir und hoffe sehr, dass dieser Entwurf keine Zustimmung finden wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum **Ausgleichsflächenkataster**. Der Minister hat auch hier bereits ausgeführt: Der naturschutzfachliche Ausgleich ist das wichtigste Instrument, das wir für den Schutz der Artenvielfalt, aber auch für den Schutz der Landschaft in der Fläche und außerhalb von Schutzgebieten haben, egal, ob es um Wohngebiete, Gewerbegebiete, Straßen, Windkraftanlagen oder um den Ausbau der Leitungsnetze geht. Das Bundesnaturschutzgesetz schreibt vor, dass schon bei der Planung die Folgen für den Naturhaushalt mit bedacht werden und die Beeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten werden sollen. Es gilt der Grundsatz „**Vermeidung vor Ausgleich**“.

Wenn man dann aber trotzdem einen Ausgleich machen muss, dann muss ein realer Ausgleich gemacht werden. Es muss also tatsächlich versucht werden, etwas wiederherzustellen, das man vorher weggenommen hat. Nur in **Ausnahmefällen**, also da, wo nichts anderes möglich ist, ist es zulässig, eine **Ersatzzahlung** zu leisten. Auch hier sieht der Entwurf einer Kompensationsverordnung des Bundes vor, dass man mehr in diese Ersatzgeldzahlung geht. Ich glaube, das ist nicht der richtige Ansatz; denn dadurch werden die Eingreifer letztlich nicht dazu gezwungen, ihn nach Möglichkeit zu vermeiden oder ihren Eingriff möglichst so zu gestalten, dass er nur wenig Landschaft und wenig Fläche versiegelt.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, den **Flächenverbrauch** zu verringern. Man sagt seit vielen Jahren, man wolle 30 ha am Tag, aber tatsächlich sind es 80 ha, die in Anspruch genommen werden. Davon sind wir alle noch nicht heruntergekommen. Man sieht also, dass dieses Ding ein wirklich dickes Brett ist, an dem wir alle noch weiter bohren müssen.

Das Ausgleichsflächenkataster ist mir zum ersten Mal in den Sinn gekommen, als ich im Jahre 2003 als KT-Abgeordnete in Ostholstein für ein größeres Bauvorhaben keine Ausgleichsfläche gefunden hatte. Ich kannte die gesetzlichen Grundlagen nicht, habe aber nicht verstanden, warum es nicht möglich ist, dies zu tun, und warum wir deswegen, mögli-

(Marlies Fritzen)

cherweise manchmal auch völlig überflüssigerweise, in Ersatzgeldzahlungen gehen.

Herr Kollege Rickers, Sie haben vor einer Weile einmal eine Anfrage zu der Frage der **Biotopsituation** gestellt. Darin haben Sie auch nach bestimmten Flächenverbräuchen und Flächennutzungen gefragt. Auf Ihre Fragen konnte Ihnen keine Antwort gegeben werden. Das liegt daran, dass man zwar Daten erhebt, also Daten haben müsste, dass man diese aber eben nicht so miteinander in Kombination bringt, dass man daraus Aussagen ableiten kann, die für das gesamte Land hilfreich sind. Vor allem führen sie nicht dazu, dass man eine vernünftige Eingriffs- beziehungsweise Ausgleichsplanung machen könnte, indem man zum Beispiel auch in größeren Zusammenhängen rechnet, zum Beispiel für Biotopverbände.

Ich glaube, dies alles ist zwingend notwendig. Wir sind nicht das einzige Bundesland, das an dieser Stelle noch dramatische Defizite aufweist. Aber ich bin froh, dass wir uns jetzt auf den Weg machen werden, dies zu vereinheitlichen und dann auch mit den anderen Ausgleichsflächenanbietern und Ausgleichsflächenagenturen, der Stiftung oder der Landwirtschaftskammer oder der Landgesellschaft, die **Ausgleichsflächen** anbieten, im Rahmen der Ökokontenverordnung die Daten zusammenzuschneiden. Ich glaube, dass man auf diese Weise ein **praktikableres System für Eingreifer** bekommen kann und auch einen sehr viel größeren Überblick darüber hat, wo bereits Ausgleiche liegen, um Doppelbelegungen zu vermeiden, wenn sie denn da sind. Wir wissen, dass so etwas vorkommen kann und auch vorgekommen ist. Dies gilt es von Anfang an zu vermeiden. Ich glaube, dass uns dies in systematischerer Weise voranbringen würde. Ich bin deshalb sehr froh, dass dies jetzt in Angriff genommen wird.

Insofern möchte ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit meine Rede verkürzen und bitte um Zustimmung in der Sache.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich ziehe jetzt ausnahmsweise einmal die FDP vor, die ihre Rede zu Protokoll gibt. Sehen Sie dies als Ansporn.

(Heiterkeit)

Jetzt kommen wir zum Beitrag der CDU-Fraktion. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heiner Rickers.

(Zuruf FDP: Das könnten ja auch andere Fraktionen so machen!)

Heiner Rickers [CDU]:

Ich bin ja nicht der Einzige, der anderer Meinung ist.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon viel zum **Ausgleichsflächenkataster** gesagt worden. Insofern stimmen wir überein. In Schleswig-Holstein müssen wir das nicht nur deshalb auf den Weg bringen, weil es gesetzlich gefordert ist, sondern auch weil wir das für die bundespolitische Diskussion in der Zukunft unbedingt benötigen. Deswegen bin auch ich in jedem Fall dafür und unterstütze die Landesregierung in dem Ansinnen, ein Ausgleichsflächenkataster zu erstellen.

In der Vorgängerkoalition unter unserer Regierungsverantwortung ist das leider nicht gelungen. Sie können die Diskontinuität dafür verantwortlich machen. Aber im Ansatz hat es diesen Gedanken schon immer gegeben.

Jeden Tag noch bis zu 80 oder 90 ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche in andere Bereiche zu überführen, kann bundesweit nicht unser Ansinnen bleiben. Auch der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Schleswig-Holstein bis zu 5 ha zu entziehen, wollen wir auf Dauer politisch nicht dulden.

Die Frage ist nur: Kann uns ein Ausgleichsflächenkataster beweisen, dass wir einen Status quo erreicht haben, der auch wirklich ausreicht?

Haben wir in irgendeiner Form in Schleswig-Holstein eine Naturflächenausstattung erreicht, die auch wirklich genug ist, wenn ich an Herrn Habecks Worte denke? Vor wenigen Wochen hat er geschrieben: 3 bis 3,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche lägen geschätzt dort. Wenn ich den Kreis Steinburg im Vergleich hinzunehme - meinen Wahlkreis, Hans-Jörn -, dann liegen wir nach Aussagen der unteren Naturschutzbehörde heute bei 6 bis 7 % Ausgleichsfläche der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Schleswig-Holstein.

Insofern ist das ein guter Ansatz. Wir brauchen das Ausgleichsflächenkataster, um weiter diskutieren zu können. Jetzt komme ich zur Bundeskompensationsverordnung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor Sie dazu kommen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Fritzen?

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Rickers, ich möchte Sie doch noch mal fragen. Sie haben gerade von 6 % in Steinburg oder von anderen Prozentzahlen gesprochen. Können Sie auch sagen, was mit diesen Flächen passiert, die dann als Ausgleichsfläche zur Verfügung stehen, und wie sie genutzt werden oder in Anspruch genommen wurden?

Heiner Rickers [CDU]:

Das kann ich Ihnen erklären. Sie wissen, dass es unterschiedliche Ansätze gibt. Nach der Ökopunkteverordnung steht im Grunde genommen fest, in welcher Form im ökologischen Sinn ein Ausgleich oder eine Aufwertung einer Fläche durchgeführt werden kann. Das wird in Absprache mit denen, die Vorhabenträger sind, der unteren Naturschutzbehörde und - wenn das nicht ausgleicht - mit der obersten Naturschutzbehörde abgeglichen. Dann werden Maßnahmen auf diese Flächen gelegt, die umgesetzt werden und grundbuchlich festgehalten auch auf Dauer gesichert sind. Das ist ja in Ordnung. Wir sind uns einig darüber, dass dieses Verfahren - -

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darf ich nachfragen? Entschuldigung! Sagen Sie den Satz gerne zu Ende!)

- Natürlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie dürfen nachfragen.

Heiner Rickers [CDU]:

Wir sind uns einig, dass dieses Verfahren in der Vergangenheit erfolgreich war.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie von Maßnahmen sprechen, können Sie vielleicht Beispiele für solche Maßnahmen nennen?

- Das kann ich. Es gibt zum Beispiel die Aufforstung, es gibt eine Wiedervermessung, es gibt die Entsiegelung von Moorflächen, es gibt Trockenrasenflächen, es gibt offene Weidelandschaft, extensive Beweidung, Konik.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darf ich das mit Ihrer Erlaubnis und der Erlaubnis des Präsidenten ergänzen?)

- Ja.

- Wir haben dazu ein Gutachten aus der letzten Legislaturperiode. Danach waren 1,6 % der Flächen in Schleswig-Holstein mit solch einem Ausgleichs- oder Naturschutzvorrang belegt. Nur 0,6 % davon wurden nicht landwirtschaftlich genutzt. Alle anderen werden weiter, wenn auch mit bestimmten Auflagen, landwirtschaftlich genutzt. Ich möchte damit nur deutlich machen, dass die Flächen nicht der Landwirtschaft verloren gehen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] verlässt das Mikrofon)

- Darf ich Ihnen, bevor meine Zeit weiter läuft, darauf noch eine Antwort geben?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Noch steht die Uhr.

Heiner Rickers [CDU]:

Meine Zeit läuft nicht weiter. - Sehr geehrte Frau Fritzen, das ist ja genau der Punkt. Sie sagen, dass die Fläche nach wie vor landwirtschaftlich genutzt wird. Wir sehen das eben anders. Es ist als Ausgleichsfläche im Kataster festzuhalten, wird auch offiziell landwirtschaftlich genutzt und ist sogar prämienerberechtigt. Aber es steht, wenn Sie ehrlich sind, doch nicht den Landwirten, die aktiv Landwirtschaft betreiben und davon leben müssen, zur Verfügung. Das ist das Problem. Deswegen brauchen wir ein Kataster, was der Wahrheit entspricht.

(Beifall CDU)

Die Zeit kann weiterlaufen. Wir kommen zur **Bundeskompensationsverordnung**. Denn im Kern - da muss ich unserem Minister widersprechen - läuft es dort ganz anders. Wir würden natürlich um Unterstützung bitten. Warum? Weil die Regelung von Kompensationen von Eingriffen in Natur und Landschaft heute aus einem unübersehbaren Bestand an gesetzlichen und untergesetzlichen Normen, Ver-

(Heiner Rickers)

waltungsvorschriften, Erlassen und Leitfäden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene besteht.

Dieser Wust von Vorschriften muss entzerrt werden. Wir meinen, dass ein bundeseinheitlicher Standard, der in irgendeiner Form einen Mittelwert darstellt, in Zukunft zur Verschlankeung und natürlich auch zu einer besseren Bewertung und damit letztlich zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit führen könnte. Besonders positiv sind dabei fünf Punkte zu bewerten.

Erstens. Die pragmatische Regelung beim **Netzausbau** und beim **Bau von Windrädern** ist für Schleswig-Holstein wichtig. Anders als Dr. Habeck das dargestellt hat, sehen wir das als wesentliche Vereinfachung beim Bau und der Ausweisung von Windenergieanlagen, weil zum Beispiel bei der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes dann auch über Ökopunkte ein Ausgleich in Geld möglich wäre und auf Bundesebene die Wettbewerbsfähigkeit bei Windenergieausweisung nicht unterschiedlich gehandhabt würde.

Zweitens. Aus unserer Sicht ist eine sogenannte **Agrarklausel** ganz wichtig. Sie nimmt Rücksicht auf besonders hochwertig agrarlandwirtschaftlich genutzte Flächen hier in Schleswig-Holstein und beinhaltet automatisch, wenn versiegelt oder anders genutzt werden soll, eine Prüfung von Alternativen. Das würde bedeuten, dass man nicht automatisch diese hochwertigen Flächen in Anspruch nimmt, sondern entweder entsiegelt, einen anderen Standort wählt, also erst gar kein Ausgleich notwendig würde, oder mit Bewirtschaftungsauflagen auf diesen guten Böden vielleicht auch produktionsintegrierte Kompensation betreiben kann. Das ist also durchaus zu begrüßen.

Drittens. Aus unserer Sicht wäre natürlich die Einführung eines **Vermeidungsgebotes** zu begrüßen. Das heißt, wieder wird geprüft: Muss überhaupt versiegelt werden, oder kann vermieden werden? Weniger Eingriff, weniger Ausgleich. Das kann jeder nur begrüßen.

Viertens. Unser Minister hat erwähnt, dass das **Biopwertungsverfahren** durch Wertpunktesystem auf Bundesebene nach Berechnungen des BMU einen durchschnittlich durchaus geringeren Wert ergibt, als er heute auf Länderebene zu verzeichnen ist. Die bestehenden Regelungen setzen sehr hohe Niveaus an. Da ist natürlich die Frage, ob diese Unterschiede regional auf Dauer so gelten sollten.

Die **dingliche Sicherung** - auch das hat der Minister angesprochen -, also die grundbuchliche Absicherung dieser vertraglichen Bedingungen, ist bis-

her sehr kompliziert. Wir finden die Idee in der Bundeskompensationsverordnung, das zukünftig nur vertraglich zu organisieren, sehr gut.

Meine Zeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Fazit: Ein Ausgleichsflächenkataster muss her. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf Bundesebene die Politik einheitliche Standards über ein Bundeskompensationskataster und eine -verordnung zukünftig besser gestaltet. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer einen **Eingriff** tätigt und damit die Natur beeinträchtigt, muss hierfür einen Ausgleich leisten. **Ausgleich** und Ersatz sind ein bewährtes Mittel, um Eingriffe zu kompensieren. Die Verringerung des Flächenverbrauchs ist dringend geboten, und die Flächenkonkurrenz - da sind wir uns sicherlich alle einig - stellt uns vor große Herausforderungen in unserem Land.

Scharfe und hitzige Diskussionen werden hierzu geführt. Mehrere Beispiele aus der letzten Zeit lassen sich hierfür finden. Einige von uns haben an durchaus munteren Podiumsdiskussionen teilgenommen. Ich erinnere gerade an die letzte Diskussion in Lütjenholm; da war ordentlich Pfeffer drin.

Das Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird mit Sicherheit nicht kleiner werden. Lassen Sie mich eins vorweg deutlich machen: Wir sehen in den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen keine Form des Flächenverbrauchs, sondern einen unerlässlichen **Schutz der Natur**, der zwingend notwendig ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleich zwei Anträge beschäftigen sich heute mit diesem Thema, zum einen der Antrag der Regierungsfractionen für ein Ausgleichsflächenkataster, zum anderen der Antrag der CDU zur Bundeskompensationsverordnung.

Zum **Ausgleichsflächenkataster**. Wir haben bereits die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen;

(Sandra Redmann)

das hat die SPD über mehrere Monate immer deutlich betont. Allerdings hapert es bei der praktischen Umsetzung, nämlich bei der Datensammlung und der landesweiten Auswertung. Zum großen Teil sind technische Schwierigkeiten der Grund, aber auch Aktualität und klare Vorgaben zur Datenerfassung bedürfen einer Verbesserung.

Viele Gespräche mit Akteuren aus dem Kreis, von den UNB, aber auch dem Land haben dies ergeben. Einig ist man sich in der Notwendigkeit: Wir brauchen ein **Kompensationsverzeichnis** - Herr Rickers hat es eben angedeutet -, das uns Daten über die Flächen, deren Größe, Art des Eingriffs, Ausgleichsmaßnahmen und so weiter zuverlässig liefert. Wenn wir diese Daten haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir darüber streiten, ob das alles so richtig umgesetzt wird oder ob wir unterschiedliche Vorstellungen haben.

Kommen wir nun zur **Bundeskompensationsverordnung**, die ich leider nicht so positiv sehen kann wie die CDU. Ein bundesweit einheitlicher Regelungsrahmen ist sicher sinnvoll. Allerdings hat die Bundesregierung die Chance, einen guten ausgeglichenen Rahmen zu schaffen, nicht genutzt. Etliche Bundesländer kritisieren dies - übrigens nicht nur SPD-rote Bundesländer.

(Zurufe)

- SPD-rot; das wäre schön. Nicht nur rot-grüne Länder.

(Zuruf)

- Doch, das wäre schon ganz schön, aber rot-grün ist auch schön.

Etliche Bundesländer kritisieren dies und haben große Bedenken geäußert. Leider kann ich in der Kürze der Zeit nicht zu sehr ins Detail gehen. Aber der Herr Minister und Frau Fritzen haben eben schon einige Punkte betont. Deutlich wird aber die **Absenkung des Naturschutzstandards**. Selbst Herr Altmaier räumt ein - jetzt möchte ich gerne zitieren, Herr Präsident -, dass mit der Verordnung das Niveau der Ausgleichsmaßnahmen gesenkt wird. - Ich zitiere Minister Altmaier noch einmal:

„Der Kompensationsbedarf dürfte bei überschlüssiger Betrachtung im Vergleich zur gegenwärtigen Praxis in den Ländern im unteren Mittelfeld liegen.“

Nach unserer Auffassung ist selbst das noch übertrieben. Das **Verursacherprinzip** wird komplett verwässert. Es gibt einen viel zu großen Spielraum für Auslegungen. Die angebliche Transparenz ist

für kaum jemanden erkennbar, außer vielleicht für die Bundesregierung. Selbst das bezweifle ich.

(Beifall SPD)

Praxistauglichkeit gleich null. Anstatt eine moderne, zukunftsweisende Bundeskompensationsverordnung zu schaffen, hat man unter dem Deckmantel der Energiewende - das finde ich besonders schlimm - einen von Lobbyinteressen geprägten Entwurf vorgelegt, der an rückwärts gewandtem Denken kaum zu überbieten ist.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

- Mensch, jetzt sind Sie mal wieder aufgewacht. Das ist schön.

Man kann nur hoffen, dass sich die Bundesländer und insbesondere Schleswig-Holstein mit ihrer Kritik und ihren Änderungsvorschlägen durchsetzen.

Da ich dem Minister ordentlich zugehört habe, bin ich sicher, dass das auch umgesetzt wird. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Abgeordneten Sven Krumbeck von der Piratenfraktion und Flemming Meyer vom SSW werden ihre Reden zu Protokoll geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/908 durch Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Beantragt wurde, den Antrag Drucksache 18/904 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Das wäre sonst eine Abstimmung in der Sache gewesen. Aber jetzt gibt es erst einmal einen Geschäftsordnungsantrag. - Bitte.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Ich weise darauf hin, dass der CDU-Antrag ein Berichts Antrag war, der erledigt ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja, er ist erledigt.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Über unseren Antrag sollte - darum hatte ich gebeten - in der Sache abgestimmt werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann werden wir das tun.

Es wurde eine Sachabstimmung beantragt. Wer dem Antrag Drucksache 18/904 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

- Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit schließe ich für heute die Beratung, wünsche Ihnen angenehme Gespräche heute Abend und eine angenehme Nachtruhe. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:12 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Gemeinsame Beratung

a) Ausgleichsflächenkataster

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 18/904

b) Zustimmung zur Bundeskompensationsverordnung (BKompV)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/908

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Flächenverbrauch hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen und die Preise pro Hektar Fläche haben sich vervielfacht. Gerade dem zunehmenden Verlust landwirtschaftlicher Produktionsflächen muss endlich Einhalt geboten werden. Für uns war und ist es ein wichtiges Ziel in der Diskussion um die Bundeskompensationsverordnung, das Ersatzgeld für Eingriffe in die Natur gegenüber dem Realgleich zu stärken. So werden durch die neue Verordnung Verbesserungen für die Natur ohne die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen ermöglicht. Schließlich ist Naturschutz mehr als nur die Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzung.

Ein Beispiel für ein mit Ersatzgeldern sinnvoll durchgeführtes Projekt ist die Fischtreppe in der Elbe bei Geesthacht.

Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist im Vergleich zu einigen anderen Bundesländern schon seit Jahren einen Schritt weiter und besteht bei einigen Projekten, wie zum Beispiel beim Bau von Windkraftanlagen, nicht mehr auf den Ausgleich durch Fläche, es können stattdessen auch Ausgleichszahlungen geleistet werden.

Die Regelungen sind jedoch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und Investoren müssen sich immer wieder auf neue Regelungen einstellen. Vor allem Projekte, die über Landesgrenzen hinweg geplant werden - wie der Bau von Stromtrassen - stellen die Unternehmen und die von ihnen beauftragten Planungsbüros immer wieder vor große Probleme, die aus unserer Sicht vermeidbar sind.

Es gibt bundesweit derzeit noch ein sehr unüberschaubares Sammelsurium an Normen, Erlassen oder auch Leitfäden bis hinunter zur kommunalen Ebene. Daher ist es richtig und wichtig, dass sich die Bundesregierung, um die Energiewende zum Erfolg zu führen, auf den Weg gemacht hat, eine bundeseinheitliche Kompensationsverordnung zu erstellen. Unternehmen müssen sich endlich auf bundeseinheitliche Anforderungen einstellen können. Eine bessere Planbarkeit ist dabei das primäre Ziel. Darüber hinaus werden damit Wettbewerbsnachteile abgebaut, die bislang zwischen den Bundesländern bestehen. Die Verordnung kann also zu besseren Investitionsbedingungen in ganz Deutschland führen.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf wird zu einer größeren Transparenz in diesem Bereich führen und die Eingriffsregelung wird effektiver gestaltet. Auch unsere Gerichte werden durch die Bundeskompensationsverordnung in Zukunft weniger zu tun bekommen. Die Fülle von Regelungen führt nicht selten zu Widersprüchen und unterschiedlichen Auslegungen durch die Verwaltungen, die dann nicht selten vor Gericht entschieden werden müssen. Eine bundeseinheitliche Regelung wird nach einiger Zeit genaue Vorgaben für die Verwaltung ergeben und Entscheidungen der einzelnen Behörden werden damit transparenter und leichter nachzuvollziehen sein.

Ein weiterer Punkt in der Verordnung, den ich gern noch kurz erwähnen möchte, ist die Innenstadtentwicklung. Wir begrüßen, dass durch die Verordnung bei der städtebaulichen Entwicklung ein Schwerpunkt auf die Innenstadtentwicklung gelegt wird. So wird die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen im Außenbereich vermieden. Allerdings bleibt natürlich abzuwarten, inwieweit die Kommunen dieses Instrument nutzen werden.

Meine Damen und Herren! Im März haben sich der Bund und die Länder beim Energiegipfel darauf geeinigt, den Ausbau der Stromtrassen in Zukunft in die Hand des Bundes zu legen, um damit den Ausbau zu beschleunigen. Daher wäre es wichtig, dass in diesem Zuge auch eine einheitliche Kompensationsverordnung verabschiedet wird, um der Bundesnetzagentur die Planung der Trassen zu vereinfachen.

Meine Damen und Herren! Die Energiewende wird in den kommenden Jahren den Flächenverbrauch

noch stärker als bisher beschleunigen, und es wird immer schwieriger werden, geeignete Ausgleichsflächen zu finden. Je stärker es im Rahmen des Vermeidungsgebots gelingt, die Flächenneuanspruchnahme durch den Eingriff selbst zu verringern, desto geringer fällt in der Regel auch der Kompensationsbedarf aus, der eine weitere Flächenanspruchnahme mit sich bringt. Die vom Bundeskabinett am 26. April 2013 verabschiedete Bundeskompensationsverordnung ist aus unserer Sicht ein pragmatischer Kompromiss.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich noch kurz auf den Antrag der Koalition zum Ausgleichsflächenkataster eingehen. Die regierungstragenden Fraktionen fordern die Landesregierung darin dazu auf, sich an das Gesetz zu halten und ihrer Aufsichtspflicht nachzukommen. Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, dass Koalitionsfraktionen ihre eigene Regierung auffordern müssen, die aktuelle Gesetzeslage umzusetzen. Wir werden dem Antrag aber gern zustimmen, denn auch wir halten es für absolut geboten, dass die Landesregierung sich an geltendes Recht hält. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Worte zum Antrag der CDU Fraktion, Drucksache 18/908. Verehrte Kollegen, wir haben uns die Bundesrats-Drucksache 332/13, Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft, sowie die dazugehörige Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates angesehen, um dann festzustellen, dass die vom Bundesumweltministerium vorgeschlagene Änderung zunächst sinnvoll erscheinen.

Allerdings fällt es uns derzeit schwer, eine abschließende Bewertung vorzunehmen, ohne zuvor diejenigen gehört zu haben, die tagtäglich mit der Materie zu tun haben. Der Bundesrat berät die Drucksache im Moment noch in den Ausschüssen, und ich denke, wir sollten die Diskussion dann fortsetzen, wenn die entsprechenden Empfehlungen vorliegen. Gegebenenfalls ließe sich der Antrag der CDU-Fraktion ja auch in unseren Umweltausschuss überweisen, wo uns die Mitarbeiter des MELUR einen genaueren Einblick in die Materie geben könnten.

Nun zur Drucksache 18/904 von SSW, Grünen und SPD: Einer Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion von April 2004 konnte ich entnehmen, dass es zum Zeitpunkt der Anfrage kein zentrales, umfassendes

Ausgleichsflächen- und Ökokontokataster gab. Eine entsprechende Verordnung gemäß § 9 Abs. 9 Landesnaturschutzgesetz, so die damalige Landesregierung in ihrer Antwort, sei jedoch in Vorbereitung. Ein Anruf beim MELUR am gestrigen Mittwoch hat dann ergeben, dass es bis heute kein zentrales Kataster gibt. Sämtliche Daten werden nach wie vor dezentral in den Kreisen verwaltet.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich völlig klar, dass Maßnahmen, die vor Ort vollzogen werden, auch vor Ort bewertet und organisiert werden müssen. Es ist aber kaum nachvollziehbar, dass niemand von uns die Möglichkeit hat, sich schnell und ohne großen Aufwand ein Bild davon zu machen, wie sich die Situation der Ausgleichsflächen landesweit darstellt. Insofern ist es aus meiner Sicht höchste Zeit, das bereits in der Kleinen Anfrage von 2004 angekündigte Versprechen einzulösen. Dem heute hier vorliegenden Antrag der Koalition stimme ich daher voll und ganz zu.

Als PIRAT möchte ich an dieser Stelle noch ein paar Bemerkungen dazu machen, wie ich mir ein solches digitales Kataster vorstelle. Dazu eine kurze Anekdote aus dem Landtag: Unsere Fraktion erhielt letzte Woche einen Anruf von Frau Meyer aus dem MELUR, die uns darum bat, mal nachzusehen, was wir von einem neuen Webseiten-Angebot des Ministeriums halten. Dort steht seit ein paar Tagen jene Excel-Datei zum Download bereit, die Grundlage für die im Energiewende und Klimaschutzbericht dargestellten Grafiken ist. Der Grund für Frau Meyers Anfrage war eine Aufforderung meines Kollegen Uli König, der die Landesregierung vor einiger Zeit darum bat, sich stärker im Bereich Open Data zu engagieren. Wollte Frau Meyer nun also wissen, ob die Veröffentlichung der Excel-Tabellen in unserem Sinne ist?

Zunächst mal: Wir finden es klasse, dass die Landesregierung unser Anliegen ernst nimmt, und begrüßen es, dass das MELUR die hinter den Grafiken stehenden Daten für jedermann bereitstellt. Ganz grundsätzlich ist an dieser Stelle zu sagen: Das Stichwort bei der Datenverarbeitung lautet Maschinenlesbarkeit, und da ist XML die gängigste Variante unter den offenen Formaten. Unsere Empfehlung ist daher, Datenbanken des Landes grundsätzlich XML-basiert zu betreiben. Diesen Hinweis bitten wir auch in Bezug auf das neu einzurichtende, zentrale Ausgleichsflächenkataster zu berücksichtigen. Ebenso wünschen wir uns, dass das Kataster für jedermann einsehbar ist, denn dies würde dann auch ganz klar der in der Bundesrats-Drucksache

che 332/13 angestrebten Verbesserung des Transparenz dienen. - Vielen Dank.

Flemming Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Das Instrument der Eingriffs- und Ausgleichsregelung wurde geschaffen, um Eingriffe in den Naturhaushalt zu kompensieren. Damit sollen Beeinträchtigungen auf Natur und Landschaft verhindert oder minimiert werden. Lässt sich ein Eingriff nicht verhindern, wird er durch Maßnahmen des Naturschutzes kompensiert. Diese Regelung ist kein Selbstzweck, sie wurde zum Schutz von Natur und Landschaft geschaffen.

Das Bundesnaturschutzgesetz ermöglicht dem Bundesgesetzgeber nun - mit Zustimmung des Bundesrates -, per Rechtsverordnung das Nähere zur Kompensation von Eingriffen zu regeln. Intention dieser Neuerung ist, eine bundesweite Einheitlichkeit bei der Umsetzung zu schaffen. Insbesondere Inhalt, Art und Umfang von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Höhe der Ersatzzahlungen und das Verfahren zu ihrer Erhebung wird durch die Verordnung einheitlich geregelt. Durch einheitliche Standards und Vorgehensweisen soll der Vollzug effektiver gestaltet werden. Dies führt laut Bundesumweltministerium zu mehr Transparenz, Planungssicherheit, Verfahrensbeschleunigung, vergleichbaren Investitionskosten und zu geringerer Flächeninanspruchnahme.

Grundsätzlich mag man gegen eine solche bundesweit einheitliche Regelung nichts einzuwenden haben. Denn damit wäre die Eingriffs- und Ausgleichsregelung für alle gleich und es gäbe keine unterschiedlichen Bewertungsgrundlagen und -methoden bei Eingriffen.

Doch mit der Kompensationsverordnung geht auch eine Reduzierung der Standards einher. Dies mag man an mancher Stelle begrüßen, aber letztendlich führt es zu einer Schlechterstellung der Eingriffs- und Ausgleichsregelung. Dies kann nicht gewollt sein. Es kann doch nicht sein, dass das Biotopwertverfahren dazu führt, dass eine Ausgleichsmaßnahme unterm Strich ad absurdum geführt wird, soll heißen: Durch die Abwertung landwirtschaftlicher Flächen muss weniger ausgeglichen werden, wohingegen für Straßenböschungen oder Mittelstreifen eine Aufwertung vorgesehen ist. Überspitzt gesagt: Der Bau einer Autobahn - mit Mittelstreifen und Böschung - auf einer Ackerfläche führt zu einer Überkompensation der Maßnahme. Das ist verkehrte Welt.

Durch die Verordnung käme es zudem zu einer besonderen Berücksichtigung land- und forstwirtschaftlicher Flächen, indem andere Flächen für Ausgleichsmaßnahmen bevorzugt würden. Mit der Bundeskompensationsverordnung verabschieden wir uns vom funktionsbezogenen Ausgleich.

Wie bereits gesagt, das Ziel, zu bundesweit einheitlichen Standards zu kommen, ist begrüßenswert, doch es darf hierbei aus naturschutzfachlicher Sicht keine Verschlechterung geben. Dieser Verordnung kann in der jetzigen Form nicht zugestimmt werden.

Einheitliche Standards können so manche Arbeit erleichtern und für mehr Transparenz sorgen. Dies sollte auch das Bestreben sein, wenn es um die Bestandsdaten für Ökokonten und Ausgleichsflächen bei uns im Land geht. Leider stellen wir in der Praxis jedoch fest, dass sich dies einfacher anhört, als es ist. Die entsprechende Landesverordnung - Ökokontoverordnung - gibt vor, wie ein solches Kataster aussehen soll. Trotzdem hapert es mit der Umsetzung im praktischen Leben.

Zum einen gibt es Schwierigkeiten mit der Umsetzung in den Kreisen, zum anderen werden in den Kreisen unterschiedliche Systeme genutzt, letztendlich trägt es dazu bei, dass eine landesweite Zusammenfassung und Vergleichbarkeit nicht möglich ist. Soll heißen, in den Kreisen wird die Ökokontoverordnung sehr unterschiedlich umgesetzt.

Ausgleichsmaßnahmen richten sich nicht nach politischen Grenzen, sondern nach Natur- und Lebensräumen. Das kann dann dazu führen, dass sich eine Kompensationsmaßnahme über zwei Kreise erstreckt. Das wiederum kann bedeuten, dass die Kreise die Daten unterschiedlich voneinander verarbeiten und speichern. Damit fehlt uns ein einheitlicher und vergleichbarer landesweiter Überblick zur Auswertung der Daten. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.